

# STAATSANZEIGER



## FÜR DAS LAND HESSEN

1989

MONTAG, 25. DEZEMBER 1989

Nr. 52

Seite	Seite	Seite
<b>Hessisches Ministerium des Innern</b>	<b>Hessisches Ministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit</b>	<b>Verordnung über das Naturschutzgebiet „Hölle und Weinberg von Kressenbach“ vom 5. 12. 1989</b> . . . . .
Öffentliches Vereinsrecht; hier: Bekanntmachung der Unanfechtbarkeit des Verbots und der Auflösung des Vereins „C‘Jasmin“ in Mönchengladbach . . . . .	Wasserrecht und Betriebsanlagen der Deutschen Bundesbahn; hier: Richtlinien der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser und der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn . . . . .	2632
2602	2622	<b>Verordnung über das Naturschutzgebiet „Weideswiesen-Oberwald bei Erlensee“ vom 5. 12. 1989</b> . . . . .
<b>Polizeidienstvorschrift 300 „Ärztliche Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und der Polizeidienstfähigkeit“; hier: Berichtigung</b> . . . . .	<b>Hessisches Sozialministerium</b>	2633
2602	Anordnung zur Errichtung eines Hessischen Landesprüfungsamtes für Krankenversicherung . . . . .	<b>Verordnung über das Naturschutzgebiet „Oberwaldsee von Dietesheim“ vom 13. 12. 1989</b> . . . . .
<b>Technische Baubestimmungen; hier: DIN 18 065, Ausgabe Juli 1984</b> . . . . .	Richtlinien für die Förderung von Tierheimen . . . . .	2635
2602	2622	<b>KASSEL</b>
<b>Übersicht über die derzeit bestehenden Tarifverträge</b> . . . . .	Durchführung der Kriegsofferfürsorge; hier: Kraftfahrzeugbeschaffungshilfe-Richtlinien KOF . . . . .	<b>Verordnung zur Änderung der Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung künftiger Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Kassel, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg sowie der Stadt Kassel vom 19. 12. 1986</b> . . . . .
2602	2623	2637
<b>Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Mittenaar, Lahn-Dill-Kreis</b> . . . . .	<b>Personalnachrichten</b>	Vorhaben der Firma Eisenwerk Hasenclever & Sohn GmbH, Battenberg (Eder) . . . . .
2619	im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern . . . . .	2637
<b>Mitteilungen der Vollzugspolizei an die Presse, den Hörfunk und das Fernsehen</b> . . . . .	im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst . . . . .	<b>Verordnung über das Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiet „Habichtstein und Warmetal bei Ehlen“, Landkreis Kassel, vom 2. 11. 1989; hier: Berichtigung</b> . . . . .
2619	2624	2637
<b>Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst</b>	<b>Die Regierungspräsidien</b>	<b>Öffentlicher Anzeiger</b> . . . . .
Änderung der Satzung der Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein . . . . .	<b>DARMSTADT</b>	2638
2620	<b>Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage „Praunheim III“ der Stadt Frankfurt am Main, Stadtwerke, vom 21. 11. 1989</b> . . . . .	<b>Andere Behörden und Körperschaften</b>
<b>Änderung der Satzung der Studentenschaft der Fachhochschule Fulda</b> . . . . .	2625	Umlandverband Frankfurt — Eigenbetrieb Abfallentsorgung; hier: Feststellung und Offenlegung des Jahresabschlusses für das Jahr 1988 . . . . .
2621	<b>Verordnung über das Naturschutzgebiet „Zienerwiesen von Oberzell“ vom 24. 11. 1989</b> . . . . .	2645
<b>Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Technik</b>	2628	<b>Öffentliche Ausschreibungen</b> . . . . .
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen . . . . .	<b>Verordnung über das Naturschutzgebiet „Erlensee bei Erlensee“ vom 5. 12. 1989</b> . . . . .	2645
2621	2630	<b>Stellenausschreibungen</b> . . . . .
		2646

Die zwölfte Folge 1989 der regelmäßig beigelegten, monatlich erscheinenden Beilage

## RECHTSPRECHUNG DER HESSISCHEN VERWALTUNGSGERICHTE

ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt. Sie kann auch in einem Jahresabonnement zum Preis von 15,- DM plus Versandkosten zuzüglich 7 Prozent Mehrwertsteuer bezogen werden.

Bestellungen richten Sie bitte an:

VERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH  
WILHELMSTRASSE 42 · 6200 WIESBADEN · TELEFON 0 61 21 / 3 96 71

1210

## HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN

**Öffentliches Vereinsrecht;**

**hier:** Bekanntmachung der Unanfechtbarkeit des Verbots und der Auflösung des Vereins „C' Jasmin“ in Mönchengladbach

Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), gebe ich nachstehend den verfügbaren Teil des vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen am 4. November 1989 erlassenen Vereinsverbots bekannt:

**Verfügung:**

1. Der Zweck und die Tätigkeit des Vereins „C' Jasmin“ in Mönchengladbach, Waldhausener Straße 41, laufen den Strafgesetzen zuwider.
2. Der Verein „C' Jasmin“ ist verboten. Er wird aufgelöst.
3. Dem Verein „C' Jasmin“ ist jede Tätigkeit verboten. Die Bildung von Ersatzorganisationen ist untersagt.
4. Das Vermögen des Vereins „C' Jasmin“ wird beschlagnahmt und eingezogen.
5. Die sofortige Vollziehung der Verfügung wird angeordnet, dies gilt nicht für die Einziehung des Vermögens.

Düsseldorf, 4. November 1989

Innenministerium  
Nordrhein-Westfalen  
IV a 3 — 2205  
In Vertretung  
gez. Riotte

Wiesbaden, 8. Dezember 1989

Hessisches Ministerium des Innern  
II B 31 — 5 b 02/06 — 27/42  
StAnz. 52/1989 S. 2602

1211

**Polizeidienstvorschrift 300 „Ärztliche Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und der Polizeidienstfähigkeit“;**

**hier:** Berichtigung

**Bezug:** Erlaß vom 25. September 1989 (StAnz. S. 2194)

Die PDV 300 — Ausgabe 1988 — ist wie folgt zu berichtigen:  
Im Inhaltsverzeichnis ist unter Nr. 3 das Wort „Polizeidiensttauglichkeit“ durch das Wort „Polizeidienstfähigkeit“ zu ersetzen.

Wiesbaden, 7. Dezember 1989

Hessisches Ministerium des Innern  
III A 41 — 18 a 2  
— Gült.-Verz. 322 —  
StAnz. 52/1989 S. 2602

1212

**Technische Baubestimmungen;**

**hier:** DIN 18 065, Ausgabe Juli 1984

1. Die Norm  
DIN 18 065, Ausgabe Juli 1984,  
— Gebäudetreppen; Hauptmaße —  
wird hiermit nach § 3 Abs. 3 der Hessischen Bauordnung (HBO) als Technische Baubestimmung bauaufsichtlich eingeführt.  
Die Ausgabe Juli 1984 der Norm DIN 18 065 ersetzt die Norm 18 065 Teil 1, Ausgabe Dezember 1957.
2. Bei Anwendung der Norm DIN 18 065, Ausgabe Juli 1984, ist folgendes zu beachten:  
Abweichungen von den Anforderungen der Norm sind zulässig, soweit sie erforderlich sind,  
2.1 zur Erhaltung und weiteren Nutzung von Baudenkmalern, wenn nicht erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit zu befürchten sind,

- 2.2 bei Modernisierungsvorhaben für Wohnungen und Wohngebäude und bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt und die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet werden, insbesondere wenn Bedenken wegen des Brand-schutzes nicht bestehen.
- 2.3 Nicht notwendige Treppen müssen den bauaufsichtlichen Anforderungen sowie den Anforderungen der Norm DIN 18 065 entsprechen. Es genügt, wenn im Baugenehmigungsverfahren nur noch die Standsicherheit und der Güteschutz überprüft werden. Diese beiden Nachweise sind nicht erforderlich für Treppen, die nach anerkannten Handwerksregeln mit bewährten Baustoffen und Bauteilen errichtet werden.
3. Auf meinen Erlaß zur Überwachung der Herstellung von Baustoffen und Bauteilen für Tragwerkstreppen (Tragbolzentreppen) vom 13. September 1988 (StAnz. S. 2234) wird hingewiesen.
4. Das Verzeichnis der im Lande Hessen eingeführten Technischen Baubestimmungen, bauaufsichtlich bekanntgemacht am 4. September 1987 (StAnz. S. 2091), erhält im Abschn. 3.8 eine Ergänzung.
5. Die Norm DIN 18 065, Ausgabe Juli 1984, ist beim Beuth Verlag GmbH, Burggrafenstraße 4–10, 1000 Berlin 30, erhältlich.
6. Mein Erlaß vom 26. Februar 1985 (n. v.) wird aufgehoben.
7. Dieser Erlaß tritt mit Inkrafttreten der Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Verordnung zur Durchführung der Hessischen Bauordnung in Kraft.

Wiesbaden, 6. Dezember 1989

Hessisches Ministerium des Innern  
V A 2 — 64 b 16/47 — 20/89  
StAnz. 52/1989 S. 2602

1213

**Übersicht über die derzeit bestehenden Tarifverträge**

**Bezug:** Meine Bekanntmachung vom 21. Dezember 1988 (StAnz. 1989 S. 165)

Nachstehend veröffentliche ich eine Neufassung der Übersicht über die derzeit für den Bereich der Landesverwaltung maßgebenden Tarifverträge einschließlich der Satzung der VBL.

Die für die Waldarbeiter des Landes maßgebenden tariflichen Regelungen sind nicht aufgeführt, da sie bereits vollständig in dem vom Hessischen Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz herausgegebenen „Tariferlaß-Handbuch“ enthalten sind, das allen Dienststellen der Staatsforstverwaltung vorliegt.

Zum Verständnis der nachstehenden Übersicht bemerke ich folgendes:

- a) Die Zusammenstellung ist nach den Gliederungsnummern des Gültigkeitsverzeichnisses geordnet. Bekanntmachungen, die vom Inhalt her mehreren Sachgebieten zugeordnet werden können, sind nur einmal — und zwar jeweils unter der niedrigsten Gliederungsnummer — aufgeführt.
- b) Bei der angegebenen Fundstelle handelt es sich — wenn nichts anderes ausdrücklich vermerkt ist — stets um den Staatsanzeiger für das Land Hessen. Die in Klammern aufgeführten Erlaßdaten bzw. Fundstellen beziehen sich auf Wiederinkraftsetzungen.
- c) Bekanntgebende oberste Dienstbehörde ist bis zum 31. Dezember 1969 der Hessische Minister der Finanzen gewesen. Seit dem 1. Januar 1970 erfolgt die Bekanntgabe ausschließlich durch mich.
- d) Tarifverträge mit erfahrungsgemäß kurzer Geltungsdauer (wie z. B. Lohn- oder Vergütungstarifverträge) sind nicht aufgeführt, es sei denn, daß Entgeltregelungen in Form von Änderungstarifverträgen zu den jeweiligen Rahmentarifverträgen vereinbart worden sind. In diesen Fällen ist die derzeit gültige Entgeltregelung mit aufgeführt.

Wiesbaden, 8. Dezember 1989

Hessisches Ministerium des Innern  
I B 43 — P 2000 A — 116  
StAnz. 52/1989 S. 2602

Gliederungs-Nr. 3200

Tarifverträge	Erlasdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlasdatum	Fundstelle (StAnz.)
Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 28. Februar 1986	27. 3.1986	S. 830	Tarifvertrag vom 17. Dezember 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes	23.12.1970	1971 S. 102
<u>geändert durch:</u>			<u>geändert durch:</u>		
ÄndTV Nr. 1 vom 28. Oktober 1986	5.12.1986	S. 2515	ÄndTV vom 12. Mai 1971	16. 8.1971	S. 1459
ÄndTV Nr. 2 vom 30. Juni 1989	21.07.1989	S. 1646	ÄndTV vom 16. März 1974	18. 3.1974	S. 619
ÄndTV Nr. 3 vom 23. Oktober 1989	24.11.1989	S. 2488	ÄndTV vom 12. Juni 1974	31. 7.1974	S. 1511
Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe vom 28. Januar 1970	6. 2.1970	S. 445	ÄndTV vom 7. November 1974	15. 1.1975	S. 180
<u>geändert durch:</u>			ÄndTV vom 17. März 1975	18. 3.1975	S. 564
ÄndTV vom 17. Dezember 1970	22.12.1970	1971 S. 10	ÄndTV vom 17. Mai 1976	10. 5.1976	S. 992
ÄndTV vom 19. Januar 1972	24. 1.1972	S. 268	ÄndTV vom 16. März 1977	25. 3.1977	S. 804
ÄndTV vom 16. März 1974	18. 3.1974	S. 618	ÄndTV vom 18. April 1980	7. 5.1980	S. 1024
ÄndTV vom 12. Juni 1974	31. 7.1974	S. 1511	ÄndTV vom 17. Mai 1982	27. 5.1982	S. 1122
ÄndTV vom 7. November 1974	15. 1.1975	S. 180	ÄndTV vom 20. Juni 1983	1. 7.1983	S. 1474
ÄndTV vom 17. März 1975	18. 3.1975	S. 564	ÄndTV vom 12. Dezember 1984	27.12.1984	1985 S. 90
ÄndTV vom 17. Mai 1976	10. 5.1976	S. 991	ÄndTV vom 28. Februar 1986	25. 3.1986	S. 813
ÄndTV vom 16. März 1977	25. 3.1977	S. 802	ÄndTV vom 28. Oktober 1986	5.12.1986	S. 2515
ÄndTV vom 30. März 1979	2. 4.1979	S. 878	ÄndTV vom 3. April 1987	21. 4.1987	S. 1065
ÄndTV vom 18. April 1980	12. 5.1980	S. 1023	ÄndTV vom 14. April 1988	11. 5.1988	S. 1143
ÄndTV vom 20. Juni 1983	1. 7.1983	S. 1474	ÄndTV vom 23. Oktober 1989	24.11.1989	S. 2488
ÄndTV vom 12. Dezember 1984	27.12.1984	1985 S. 90	Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Ärzte/Ärztinnen im Praktikum vom 10. April 1987	17.12.1987	1988 S. 2
ÄndTV vom 28. Februar 1986	25. 3.1986	S. 813			
ÄndTV vom 28. Oktober 1986	5.12.1986	S. 2515			
ÄndTV vom 3. April 1987	21. 4.1987	S. 1065			
ÄndTV vom 14. April 1988	11. 5.1988	S. 1143			
ÄndTV vom 23. Oktober 1989	24.11.1989	S. 2488			

Gliederungs-Nr. 3200, 3202, 3203

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974	17. 1.1975 28. 8.1975 8.10.1975	S. 176 S. 1754 S. 1973	Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende vom 17. Dezember 1970 geändert durch:	24.12.1970	1971 S. 91
geändert durch:					
1. ÄndTV vom 25. November 1975	8. 3.1976 20. 7.1977	S. 588 S. 1572	TV vom 19. Januar 1972 betreffend das Wiederinkrafttreten der Tve über vermö- genswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende	21. 1.1972	S. 270
2. ÄndTV vom 28. April 1978	14. 7.1978	S. 1531	TV vom 16. Februar 1973 betreffend das Wiederinkrafttreten der Tve über vermö- genswirksame Leistungen an Angestellte und Auszubildende	16. 2.1973	S. 439
3. ÄndTV vom 20. November 1980	31. 1.1981	S. 474	ÄndTV Nr. 2 vom 6. Dezember 1974 zum TV über vermögenswirksame Leistungen an Aus- zubildende	6. 2.1975	S. 331
4. ÄndTV vom 28. Oktober 1986	5.12.1986	S. 2515	TV betreffend das Wiederinkrafttreten der Tve über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende vom 16. März 1977	29. 3.1977	S. 810
5. ÄndTV vom 5. Juli 1988	7. 2.1989	S. 510	Tve vom 18. April 1980 zur Änderung der Tve über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende	19. 5.1980	S. 1025
Tarifvertrag über die Arbeitsbe- dingungen von Arbeitnehmern auf Arbeitsplätzen mit Geräten der Informationstechnik vom 30. November 1987	1.12.1987	S. 2472	Tve über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende	30. 1.1984	S. 411
			ÄndTV Nr. 3 vom 28. Februar 1986 zum TV über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende	27. 3.1986	S. 830
			ÄndTV vom 3. April 1987 zum TV über vermögenswirksame Leistungen an Ange- stellte, Arbeiter und Auszubildende	22. 4.1987	S. 1089
			ÄndTV vom 12. November 1987 zum TV über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter	1.12.1987 14. 1.1988	S. 2552 S. 314
			Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Ärzte/Ärztinnen im Praktikum vom 10. April 1987	17.12.1987	1988 S. 2



Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage I a zum BAT (Angestellte in den Steuer- verwaltungen) vom 30. März 1979	26. 6.1979	S. 1500	Tarifvertrag über den Rationalisierungs- schutz für Angestellte vom 9. Januar 1987	14. 4.1987	S. 1033
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage I a zum BAT (Meister, technische Ang- estellte mit besonderen Aufgaben) vom 18. April 1980	3. 6.1980	S. 1091	Tarifvertrag vom 19. März 1981 (über die Zuteilung der Bereitschaftsdienste des Krankenpflegepersonals usw. zu den Stufen gemäß Nr. 6 Abschn B Abs. 5 SR 2 a BAT)	7. 4.1981	S. 938
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage I a zum BAT (Schwimmermeister und Schwimm- meistergehilfen) vom 18. Februar 1981	15. 4.1981	S. 1018	Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte vom 17. Mai 1982	28. 5.1982	S. 1133
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage I a zum BAT (Angestellte in Nahverkehrs- betrieben) vom 11. Juni 1981	2.10.1981	S. 1975	<u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 1 vom 20. Juni 1983 ÄndTV Nr. 2 vom 4. November 1983 ÄndTV Nr. 3 vom 28. Februar 1986 ÄndTV Nr. 4 vom 30. Juni 1989		
Ergänzung von Teil IV Abschn. D der Anlage I a zum BAT vom 7. Juli 1981	7. 7.1981	S. 1487	Normalvertrag Solo vom 1. Mai 1924 i.d.F. des Tarifvertrages vom 8. Dezember 1970	23. 2.1971	S. 442
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage I a zum BAT (Angestellte in der Fleisch- beschau) vom 7. Oktober 1981	22. 2.1982	S. 544	<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 17. November 1972 ÄndTV vom 3. Dezember 1974 ÄndTV vom 24. Mai 1984		
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage I a zum BAT (Angestellte an Theatern und Bühnen) vom 17. Mai 1982	28. 5.1982	S. 1178			
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage I a zum BAT (Angestellte in der Daten- verarbeitung) vom 4. November 1983	9. 4.1984	S. 858, 979			
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage I a zum BAT vom 19. Dezember 1983	19. 4.1984	S. 994			
TV zur Neufassung der Anlage I b zum BAT (Angestellte im Pflegedienst) vom 30. Juni 1989	21. 7.1989	S. 1646			
Tarifvertrag zu § 71 BAT betreffend Besitzstandswahrung vom 23. Februar.1961	28. 2.1961	S. 332			
<u>geändert durch:</u> TV vom 21. Januar 1974 über das Wieder- inkraftsetzen des TV zu § 71 BAT ÄndTV vom 7. November 1974 TV vom 10. April 1981 über das Wieder- inkraftsetzen des TV zu § 71 BAT	5. 6.1974 15. 1.1975 3. 6.1981	S. 1146 S. 173 S. 1314			

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
Tarifvertrag für technische Angestellte mit künstlerischer oder überwiegend künstlerischer Tätigkeit an Bühnen - Bühnentechnikertarifvertrag - vom 25. Mai 1961	15.10.1963 (25. 1.1974)	S. 1248 (S. 260)	Tarifvertrag über die Mitteilungspflicht vom 23. November 1977	20. 2.1978	S. 546
<u>geändert durch:</u>			<u>geändert durch:</u>	22. 7.1980	S. 1419
ÄndTV vom 19. Dezember 1967	16. 8.1968	S. 1385	ÄndTV vom 9. Juni 1980		
ÄndTV vom 30. November 1970	11. 1.1971	S. 187	Normalvertrag Chor vom 11. Mai 1979	13. 8.1979	S. 1786
ÄndTV vom 10. November 1971	15.12.1971	1972 S. 42	<u>geändert durch:</u>		
TV vom 6. März 1972 zur Neufassung des ÄndTV vom 10. November 1971	19. 6.1972	S. 1195	ÄndTV vom 5. Mai 1980	22. 7.1980	S. 1420
ÄndTV vom 15. Oktober 1974	15.11.1974	S. 2225	ÄndTV vom 21. Dezember 1981/ 9. Januar 1982	23. 4.1982 19. 7.1982	S. 919 S. 1427
ÄndTV vom 16. Mai 1978	22. 5.1978	S. 1162	ÄndTV Nr. 3 vom 27. Oktober 1982	22. 2.1983	S. 692
ÄndTV vom 24. Mai 1984	8. 8.1984	S. 1607	ÄndTV Nr. 4 vom 23. Januar 1985	17. 4.1985	S. 851
ÄndTV vom 29. Juni 1989	15. 8.1989	S. 1847	ÄndTV Nr. 5 vom 2. März 1989	15. 8.1989	S. 1847
Tarifvertrag über ein Sterbegeld vom 17. Mai 1976 (Bühnen)	19.10.1976	S. 1996	Tarifvertrag über die Bildung und die Aufgaben des Opernchorvorstandes (TV-Opernchorvorstand) vom 27. September 1972	2. 4.1973	S. 747
<u>geändert durch:</u>			<u>geändert durch:</u>		
ÄndTV vom 11. Mai 1979	13. 8.1979	S. 1795	ÄndTV vom 11. Mai 1979	13. 8.1979	S. 1795
ÄndTV vom 9. Juni 1980	22. 7.1980	S. 1419	TV zur Wiederinkraftsetzung vom 21. Dezember 1981/9. Januar 1982	22. 2.1983	S. 692
ÄndTV vom 12. März 1981	9. 7.1981	S. 1510	TV zur Wiederinkraftsetzung vom 23. Januar 1985	17. 4.1985	S. 851
Tarifvertrag über zusätzlichen Mutter- schutz vom 17. Mai 1976 (Bühnen)	19.10.1976	S. 1956	TV zur Wiederinkraftsetzung vom 2. März 1989	15. 8.1989	S. 1847
<u>geändert durch:</u>					
ÄndTV vom 11. Mai 1979	13. 8.1979	S. 1795			
ÄndTV vom 9. Juni 1980	22. 7.1980	S. 1419			
ÄndTV vom 9. Juni 1980	22. 7.1980	S. 1419			
TV vom 9. Januar 1982 zur Wiederinkraft- setzung des TV vom 17. Mai 1976	23. 4.1982	S. 918			

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
Normalvertrag Tanz vom 9. Juni 1980	22. 7. 1980	S. 1410	Anpassungsrahmentarifvertrag vom 3. Juni 1966 i. d. F. des ÄndTV vom 24. Oktober 1973	1. 11. 1977	S. 2235
<u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 1 vom 23. Januar 1985 TV Nr. 2 vom 11. April 1989 zur Wiederinkraftsetzung und Änderung des TV vom 9. Juni 1980	17. 4. 1985	S. 851	Chorgagentarifvertrag vom 16. Februar 1979	2. 3. 1979	S. 595
Tarifvertrag für die Musiker in Kultur- orchestern (TVK) vom 1. Juli 1971	26. 10. 1971	S. 1829	<u>geändert durch:</u> TV zur Wiederinkraftsetzung vom 27. Oktober 1982	22. 2. 1983	S. 692
<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 4. Februar 1974 ÄndTV Nr. 2 vom 3. Dezember 1974 ÄndTV Nr. 3 vom 26. Januar 1978 ÄndTV Nr. 4 vom 15. Mai 1979 ÄndTV Nr. 5 vom 11. Juni 1981 ÄndTV Nr. 6 vom 14. September 1981 ÄndTV Nr. 7 vom 18. Mai 1982 ÄndTV Nr. 8 vom 28. Oktober 1986 ÄndTV Nr. 9 vom 22. September 1987 ÄndTV Nr. 10 vom 5. Oktober 1988 ÄndTV Nr. 11 vom 1. März 1989	12. 2. 1975 12. 2. 1975 14. 7. 1978 14. 8. 1979 31. 8. 1981 20. 11. 1981 22. 6. 1982 6. 4. 1987 3. 10. 1988 7. 2. 1989 15. 8. 1989	S. 372 S. 372 S. 1544 S. 1797 S. 1791 S. 2321 S. 1278 S. 952 S. 2335 S. 564 S. 1847	5. ÄndTV vom 28. Juni 1983 TV zur Wiederinkraftsetzung vom 25. November 1983 6. ÄndTV vom 11. März 1985 7. ÄndTV vom 11. März 1986 TV Nr. 2 vom 2. März 1989 zur Wiederinkraftsetzung und Änderung des TV vom 16. Februar 1979	8. 7. 1983 14. 3. 1984 11. 3. 1985 27. 3. 1986 15. 8. 1989	S. 1508 S. 684 S. 482 S. 837 S. 1847
Tarifvertrag über die Bildung und die Aufgaben des Orchestervorstandes vom 1. Juli 1971	26. 10. 1971	S. 1829	Tanzgruppen-Gagentarifvertrag vom 14. Mai 1979	13. 8. 1979	S. 1796
<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 15. Mai 1979 ÄndTV Nr. 2 vom 28. Oktober 1986 ÄndTV Nr. 3 vom 5. Oktober 1988	14. 8. 1979 6. 4. 1987 7. 2. 1989	S. 1797 S. 952 S. 564	<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 9. Juni 1980 ÄndTV vom 23. März 1984 ÄndTV Nr. 2 vom 13. Dezember 1984 ÄndTV Nr. 3 vom 11. März 1986 ÄndTV Nr. 4 vom 11. April 1989	22. 7. 1980 18. 5. 1984 11. 2. 1985 27. 3. 1986 15. 8. 1989	S. 1419 S. 1109 S. 482 S. 837 S. 1847
Tarifverträge vom 26. Januar 1971 über vermögenswirksame Leistungen an Bühnen- mitgliedern, Tanzgruppenmitglieder und Chormitglieder	15. 2. 1971	S. 412	<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 5. Mai 1980	2. 6. 1980 10. 7. 1980	S. 1100 S. 1322

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Orchestermusiker vom 5. April 1971	19. 4.1971	S. 748	Tarifvertrag über die Bühnenschiedsgerichtsbarkeit - Bühnenschiedsgerichtsordnung (BSchGO) - vom 12. November 1987	1. 3.1988	S. 615
<u>geändert durch:</u> TV vom 27. Januar 1972 betreffend das Wiederinkrafttreten des TV vom 5. April 1971	7. 2.1972	S. 412			
TV vom 30. März 1977 über die Wiederinkraftsetzung des TV vom 5. April 1971	29. 6.1977	S. 1430			
ÄndTV vom 6. Mai 1980	9. 6.1980	S. 1102			
Tarifvereinbarung für die Bühnenschiedsgerichte vom 1. Oktober 1948 i.d.F. vom 1. Juni 1960	30. 8.1960	S. 1122			
<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 24. November 1966	1. 2.1967	S. 245			
	8. 4.1969	S. 680			
ÄndTV vom 8. Februar 1967	20. 3.1967	S. 429			
TV vom 1. November 1971 (Wiederinkraftsetzung)	15.12.1971	1972 S. 3			
	29.12.1977	1978 S. 137			
	7.11.1979	S. 2251			
ÄndTV vom 25. November 1983	14. 3.1984	S. 683			
ÄndTV vom 24. Mai 1984	8. 8.1984	S. 1607			
Tarifvertrag vom 30. März 1977 über die Bühnenschiedsgerichtsbarkeit für Opernchöre i.d.F. des ÄndTV vom 29. September 1977	28.12.1977	1978 S. 137			
<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 20. Januar 1981	15. 4.1981	S. 1021			
ÄndTV vom 23. Januar 1985	17. 4.1985	S. 851			

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
---------------	------------	------------------------

Tarifverträge über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte bzw. Arbeiter vom 16. März 1974

18. 3.1974	S. 604
21. 5.1976	S. 1079

geändert durch:

ÄndTVe vom 7. November 1974	S. 1042
ÄndTVe vom 14. November 1977	1978 S. 136
ÄndTVe vom 6. Februar 1979	S. 597

Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte bzw. Arbeiter bei den Sicherheitsdiensten der Länder vom 9. Februar 1978

6. 3.1978	S. 620
-----------	--------

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
---------------	------------	------------------------

Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 27. Februar 1964

10. 3.1964	S. 383
1. 4.1964	S. 507
17. 4.1964	S. 628

i.d.F. der ÄndTVe Nr. 1 bis 20, wieder in Kraft gesetzt durch den

21. ÄndTV vom 29. November 1972	8. 1.1973	S. 179
---------------------------------	-----------	--------

geändert durch:

ÄndTV Nr.22 vom 18. Oktober 1973	18.12.1973	1974 S. 6
ÄndTV Nr. 23 vom 16. März 1974	18. 3.1974	S. 603
ÄndTV Nr. 24 vom 12. Juni 1974	31. 7.1974	S. 1503
ÄndTV Nr. 25 vom 24. Juli 1974	8.10.1974	S. 1924
ÄndTV Nr. 26 vom 7. November 1974	15. 1.1975	S. 175
ÄndTV Nr. 27 vom 17. März 1975	28. 5.1975	S. 1043
ÄndTV Nr. 28 vom 16. Dezember 1975	26. 2.1976	S. 478, 871
ÄndTV Nr. 29 vom 1. Dezember 1976	3. 2.1977	S. 480, 603
ÄndTV Nr. 30 vom 16. März 1977	25. 3.1977	S. 788
ÄndTV Nr. 31 vom 28. April 1978	14. 7.1978	S. 1532
ÄndTV Nr. 32 vom 13. Oktober 1978	11.12.1978	1979 S. 4
ÄndTV Nr. 33 vom 31. Oktober 1979	11. 2.1980	S. 377
ÄndTV Nr. 34 vom 29. Januar 1980	22. 4.1980	S. 834
ÄndTV Nr. 35 vom 18. April 1980	29. 5.1980	S. 1062
ÄndTV Nr. 36 vom 1. Juli 1981	7. 8.1981	S. 1687
ÄndTV Nr. 37 vom 17. Mai 1982	28. 5.1982	S. 1137, 1226, 1450, 1617
ÄndTV Nr. 38 vom 8. Dezember 1982	21.12.1982	1983 S. 77
ÄndTV Nr. 39 vom 20. Juni 1983	6. 7.1983	S. 1505
ÄndTV Nr. 40 vom 31. August 1984	17.12.1984	1985 S. 6
ÄndTV Nr. 41 vom 12. Dezember 1984	17. 1.1985	S. 266
ÄndTV Nr. 42 vom 9. Januar 1987	27. 3.1987	S. 783
ÄndTV Nr. 43 vom 12. November 1987	1.12.1987	S. 2552
	14. 1.1988	S. 314
ÄndTV Nr. 44 vom 5. Juli 1988	7. 2.1989	S. 510

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
ÄndTV Nr. 45 vom 10. Oktober 1988	7. 2.1989	S. 510	Tarifvertrag zur Ergänzung des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 11. Juli 1966 i.d.F. des ÄndTV vom 19. Juni 1975	8. 8.1975	S. 1549
ÄndTV Nr. 46 vom 18. April 1989	28. 7.1989	S. 1686			
ÄndTV Nr. 47 vom 23. Oktober 1989	24.11.1989	S. 2488			
Tarifvertrag zu § 73 MTL II betr. Besitzstandswahrung vom 27. November 1964	17. 4.1964	S. 628			
<u>geändert durch:</u>					
ÄndTV Nr. 5 zum MTL II vom 2. Dezember 1965	2. 2.1966 (15.12.1976)	S. 290, 366 (1977 S. 14)	ÄndTV Nr. 2 vom 17. Mai 1976	10. 5.1976	S. 985
ÄndTV Nr. 10 zum MTL II vom 7. Februar 1968	29. 3.1968 ( 9.10.1978)	S. 691 (S. 2085)	Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen vom 10. Februar 1965 i.d.F. des 12. ÄndTV vom 7. November 1974	28. 4.1975	S. 881
ÄndTV Nr. 17 zum MTL II vom 21. April 1970	18. 8.1970	S. 1734			
ÄndTV Nr. 18 zum MTL II vom 5. August 1970	2. 9.1970 4.11.1970	S. 1832 S. 2208			
ÄndTV Nr. 1 vom 12. Juni 1974	31. 7.1974 16.10.1974	S. 1503 S. 1987			
ÄndTV Nr. 2 vom 1. Dezember 1976	23. 3.1977	S. 738	<u>geändert durch:</u>		
ÄndTV Nr. 3 vom 23. Oktober 1989	24.11.1989	S. 2488	14. ÄndTV vom 17. Mai 1976	10. 5.1976 18. 8.1976	S. 989 S. 1572
Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 11. Juli 1966 i.d.F. des ÄndTV Nr. 6 vom 19. Juni 1975	8. 8.1975	S. 1549	15. ÄndTV vom 16. März 1977	21. 3.1977	S. 799
<u>geändert durch:</u>			20. ÄndTV vom 17. Mai 1982	27. 5.1982	S. 1122
ÄndTV Nr. 7 vom 10. September 1980	27.11.1980	S. 2327 1981 S. 476	21. ÄndTV vom 20. Juni 1983	1. 7.1983	S. 1474
(Neufassung-Lohngruppenverzeichnis)			22. ÄndTV vom 17. Oktober 1983	27.12.1983	1984 S. 146
ÄndTV Nr. 8 vom 9. Januar 1987	17. 3.1981	S. 810	23. ÄndTV vom 31. August 1984	17.12.1984	1985 S. 6
ÄndTV Nr. 9 vom 12. November 1987	27. 3.1987	S. 783	24. ÄndTV vom 12. Dezember 1984	27.12.1984	1985 S. 90
ÄndTV Nr. 10 vom 23. Oktober 1989	1.12.1987 14. 1.1988	S. 2552 S. 314	25. ÄndTV vom 28. Februar 1986	25. 3.1986	S. 813
	24.11.1989	S. 2488	26. ÄndTV vom 3. April 1987	21. 4.1987	S. 1065
			27. ÄndTV vom 14. April 1988	11. 5.1988	S. 1143
			28. ÄndTV vom 5. Juli 1988	7. 2.1989 8. 3.1989	S. 510 S. 778
			29. ÄndTV vom 18. April 1989	28. 7.1989	S. 1689

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
ÄndTV Nr. 45 vom 10. Oktober 1988	7. 2.1989	S. 510
ÄndTV Nr. 46 vom 18. April 1989	28. 7.1989	S. 1686
ÄndTV Nr. 47 vom 23. Oktober 1989	24.11.1989	S. 2488
Tarifvertrag zu § 73 MTL II betr. Besitzstandswahrung vom 27. November 1964	17. 4.1964	S. 628
<u>geändert durch:</u>		
ÄndTV Nr. 5 zum MTL II vom 2. Dezember 1965	2. 2.1966 (15.12.1976)	S. 290, 366 (1977 S. 14)
ÄndTV Nr. 10 zum MTL II vom 7. Februar 1968	29. 3.1968 ( 9.10.1978)	S. 691 (S. 2085)
ÄndTV Nr. 17 zum MTL II vom 21. April 1970	18. 8.1970	S. 1734
ÄndTV Nr. 18 zum MTL II vom 5. August 1970	2. 9.1970 4.11.1970	S. 1832 S. 2208
ÄndTV Nr. 1 vom 12. Juni 1974	31. 7.1974 16.10.1974	S. 1503 S. 1987
ÄndTV Nr. 2 vom 1. Dezember 1976	23. 3.1977	S. 738
ÄndTV Nr. 3 vom 23. Oktober 1989	24.11.1989	S. 2488
Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 11. Juli 1966 i.d.F. des ÄndTV Nr. 6 vom 19. Juni 1975	8. 8.1975	S. 1549
<u>geändert durch:</u>		
ÄndTV Nr. 7 vom 10. September 1980	27.11.1980	S. 2327 1981 S. 476
(Neufassung-Lohngruppenverzeichnis)		
ÄndTV Nr. 8 vom 9. Januar 1987	17. 3.1981	S. 810
ÄndTV Nr. 9 vom 12. November 1987	27. 3.1987	S. 783
ÄndTV Nr. 10 vom 23. Oktober 1989	1.12.1987 14. 1.1988	S. 2552 S. 314
	24.11.1989	S. 2488

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II (TVZ zum MTL) vom 9. Oktober 1963	25.11.1963 (17. 1.1974)	S. 1368 (S. 210)	Tarifvertrag vom 25. Juni 1964 (Regelung der Arbeitsbedingungen des Abendpersonals bei den staatlichen Theatern)	28. 7.1964	S. 1006
<u>geändert durch:</u>			<u>geändert durch:</u>		
ÄndTV Nr. 1 vom 9. März 1965	12. 4.1965 ( 7.11.1975)	S. 477 (S. 2111)	ÄndTV vom 26. August 1966	14.10.1966	S. 1424
ÄndTV Nr. 6 zum MTL II vom 21. Januar 1966	18. 7.1968	S. 1172	ÄndTV vom 25. November 1970	10.12.1970	S. 2439
ÄndTV Nr. 2 vom 5. Oktober 1967	28. 3.1966	S. 521	ÄndTV vom 23. Dezember 1974	3. 3.1975	S. 460
ÄndTV Nr. 3 vom 1. Januar 1970	3.11.1967 18. 7.1968	S. 1481 S. 1172	Tarifvertrag über den Rationalisierungs- schutz für Arbeiter des Bundes und der Länder vom 9. Januar 1987	14. 4.1987	S. 1033
ÄndTV Nr. 18 zum MTL II vom 5. August 1970	4. 3. 1970 (20. 3.1981)	S. 622 (S. 838)	ÄndTV Nr. 1 vom 12. November 1987	1.12.1987 14. 1.1988	S. 2552 S. 314
ÄndTV Nr. 4 vom 27. Oktober 1972	2. 9.1970	S. 1832	Tarifvertrag über Zulagen an Arbeiter bei Justizvollzugsanstalten vom 27. November 1975	31. 3.1976	JMB1. S. 198
ÄndTV Nr. 5 vom 7. Juni 1973	27.12.1972	1973 S. 78	Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 17. Mai 1982	1. 6.1982	S. 1136
ÄndTV Nr. 6 vom 12. Oktober 1973	9. 7.1973	S. 1314	<u>geändert durch:</u>		
ÄndTV Nr. 11 vom 19. Mai 1981	16.11.1973	S. 2179	ÄndTV Nr. 1 vom 28. Februar 1986	25. 3.1986	S. 813
ÄndTV Nr. 12 vom 28. Februar 1986	1. 6.1981 25. 3.1986	S. 1302 S. 813			
Tarifvertrag zur Ergänzung des Tarifver- trages über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II für Arbeiter des Landes Hessen vom 9. Oktober 1963	25.11.1963 (17. 1.1974)	S. 1368 (S. 210)			
<u>geändert durch:</u>					
ÄndTV Nr. 1 vom 15. Januar 1970	4. 3.1970 (20. 3.1981)	S. 622 (S. 838)			

Gliederungs-Nr. 3209

Tarifverträge	Erlasdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlasdatum	Fundstelle (StAnz.)
			Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) vom 27. Juli 1966 i.d.F. der 14. Satzungsänderung vom 3. März 1977	9.12.1977	S. 2523
			<u>geändert durch:</u>		
			15. Satzungsänderung vom 25. November 1977	10. 3.1978	S. 622
			16. Satzungsänderung vom 15. Dezember 1978	1. 3.1979	S. 563
			17. Satzungsänderung vom 14. Dezember 1979	29. 5.1980	S. 1063
			18. Satzungsänderung vom 16. September 1981	13. 4.1982	S. 834
			19. Satzungsänderung vom 10. November 1983	9. 4.1984	S. 810
			20. Satzungsänderung vom 19. April 1985	19. 4.1985	S. 811
			21. Satzungsänderung vom 18. November 1985	30.12.1985	1986 S. 71
			22. Satzungsänderung vom 14. April 1988	17. 5.1988	S. 1219

Tarifverträge	Erlasdatum	Fundstelle (StAnz.)
Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 4. November 1966.	9.11.1979	S. 2324
i.d.F. des 12. ÄndTV vom 1. Juni 1979		
<u>geändert durch:</u>		
13. ÄndTV vom 14. Dezember 1979	4. 3.1980	S. 525
14. ÄndTV vom 16. September 1981	30.12.1981	1982 S. 74
	27. 1.1983	S. 480
15. ÄndTV vom 21. Februar 1984	26. 7.1984	S. 1575
16. ÄndTV vom 7. Dezember 1984	11. 3.1985	S. 564
17. ÄndTV vom 28. Februar 1986	26. 3.1986	S. 836
18. ÄndTV vom 12. November 1987	30. 3.1988	S. 836

Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben und in den Weinbaubetrieben der Länder (VerstV-L) vom 4. November 1966

i.d.F. des 10. ÄndTV vom 16. September 1981 2. 2.1982 S. 316

geändert durch:

11. ÄndTV vom 29. März 1984 S. 1799  
 12. ÄndTV vom 5. Juni 1986 S. 1890  
 13. ÄndTV vom 4. Juni 1987 S. 1958  
 14. ÄndTV vom 26. November 1987 S. 1219

Gliederungs-Nr. 3232

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
---------------	------------	------------------------

Tarifvertrag vom 9. November 1964 (Abfindung von Angestellten und Arbeitern der staatlichen Theater in Hessen bei Absteuern und Gastspielen)

4.12.1964 S. 1544  
(18.11.1974) (S. 2226)

geändert durch:

ÄndTV vom 22. Juni 1969

30. 6. 1969 S. 1230  
(18.11.1974) (S. 2226)

ÄndTV vom 20. Dezember 1974

13. 3. 1975 S. 570

ÄndTV vom 18. August 1983

19. 9. 1983 S. 1938

ÄndTV vom 10. Juni 1986

24. 7. 1986 S. 1563

Gliederungs-Nr. 3236

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
---------------	------------	------------------------

Tarifverträge vom 12. Oktober 1973 über eine Zuwendung für Angestellte, Arbeiter, Auszubildende, Praktikantinnen (Praktikanten)

15. 1. 1974 S. 195  
1975 S. 162

geändert durch:

ÄndTV Nr. 1 vom 7. November 1974

15. 1. 1975 S. 181  
16. 11. 1979 S. 2338

ÄndTV Nr. 2 vom 31. August 1984

17. 12. 1984 1985 S. 6

ÄndTV Nr. 2 bzw. 3 vom 9. Januar 1987

27. 3. 1987 S. 783

ÄndTV Nr. 3 bzw. 4 vom 12. November 1987

1. 12. 1987 S. 2552  
14. 1. 1988 S. 314

Tarifvertrag über eine Zuwendung für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden,  
vom 21. April 1986

26. 6. 1986 S. 1410

ÄndTV Nr. 1 vom 9. Januar 1987

27. 3. 1987 S. 783

ÄndTV Nr. 2 vom 12. November 1987

1. 12. 1987 S. 2552  
14. 1. 1988 S. 314

Tarifvertrag über eine Zuwendung für Ärzte/Ärztinnen im Praktikum  
vom 10. April 1987

17. 12. 1987 1988 S. 2

ÄndTV Nr. 1 vom 12. November 1987

17. 12. 1987 1988 S. 2

Tarifverträge	Erlasdatum	Fundstelle (Stanz.)	Tarifverträge	Erlasdatum	Fundstelle (Stanz.)
Tarifvertrag über eine Zuwendung für Orchestermusiker vom 23. Oktober 1973	28.11.1973 2. 4.1974	S. 2242 S. 763	Tarifvertrag über eine Zuwendung für Tanzgruppenmitglieder vom 23. Oktober 1973	27. 3.1974 22. 7.1975	S. 726 S. 1469
<u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 1 vom 3. Dezember 1974	16. 1.1975	S. 185	<u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 1 vom 3. Dezember 1974	23.12.1974	1975 S. 76
ÄndTV Nr. 2 vom 28. Oktober 1986	6. 4.1987	S. 952	ÄndTV Nr. 2 vom 17. Mai 1976	19.10.1976	S. 1955
ÄndTV Nr. 3 vom 19. Mai 1987	24. 8.1987	S. 1848	ÄndTV Nr. 3 vom 28. Oktober 1986	6. 4.1987	S. 952
ÄndTV Nr. 4 vom 1. Dezember 1987	22. 9.1988	S. 2260	ÄndTV Nr. 4 vom 1. Dezember 1987	22. 9.1988	S. 2260
Tarifvertrag über eine Zuwendung für Bühnenmitglieder vom 23. Oktober 1973	27. 3.1974 22. 7.1975	S. 726 S. 1469	Tarifvertrag über eine Zuwendung für Chormitglieder vom 23. Oktober 1973	28. 3.1974 22. 7.1975	S. 730 S. 1469
<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 30. Mai 1974	15.11.1974	S. 2225	<u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 1 vom 3. Dezember 1974	23.12.1974	1975 S. 78
ÄndTV Nr. 2 vom 3. Dezember 1974	23.12.1974	1975 S. 76	ÄndTV Nr. 2 vom 17. Mai 1976	19.10.1976	S. 1955
ÄndTV Nr. 3 vom 17. Mai 1976	19.10.1976	S. 1955	ÄndTV Nr. 3 vom 28. Oktober 1986	6. 4.1987	S. 952
ÄndTV Nr. 4 vom 28. Oktober 1986	6. 4.1987	S. 952	ÄndTV Nr. 4 vom 1. Dezember 1987	22. 9.1988	S. 2260
ÄndTV Nr. 5 vom 1. Dezember 1987	22. 9.1988	S. 2260			
Tarifvertrag über eine Zuwendung für bühnentechnische Angestellte vom 23. Oktober 1973	27. 3.1974 22. 7.1975	S. 726 S. 1469			
<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 30. Mai 1974	15.11.1974	S. 2225			
ÄndTV Nr. 2 vom 3. Dezember 1974	23.12.1974	1975 S. 76			
ÄndTV Nr. 3 vom 17. Mai 1976	19.10.1976	S. 1955			
ÄndTV Nr. 4 vom 28. Oktober 1986	6. 4.1987	S. 952			
ÄndTV Nr. 5 vom 1. Dezember 1987	22. 9.1988	S. 2260			

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
Tarifvertrag über die Gewährung von Zulagen gemäß § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962	16.05.1962 (12.12.1972)	S. 744 (1973 S. 3)	Tarifvertrag vom 25. Juni 1964 (Arbeiter, die die Voraussetzungen für die Zahlung des Theaterbetriebszuschlages erfüllen)	28. 7. 1964	S. 1008
<u>geändert durch:</u> TV zur Änderung und Ergänzung der Anlagen I a und I b zum BAT vom 21. April 1964 TV zur Änderung und Ergänzung der Anlagen I a und I b zum BAT vom 15. Februar 1967 24. ÄndTV zum BAT vom 11. August 1970	6. 8. 1964 29. 3. 1967 28. 8. 1970 2. 10. 1970	S. 1045 S. 459 S. 1807 S. 2015	<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 23. Dezember 1974	3. 3. 1975	S. 460
Tarifvertrag über die Zahlung von Wechsel- schichtzulagen gemäß Nr. 6 Abs. 2 SR 2 o BAT vom 3. Oktober 1967	30.11.1967 ( 9.12.1977)	S. 1579 (S. 2550)	Tarifvertragliche Vereinbarung vom 15. Februar 1965 (Entschädigung für Sonderleistungen an Arbeiter und Angestellte bei den staatlichen Theatern)	30. 3. 1965 ( 6.10.1975) (S. 1923) (28. 8. 1986) (S. 1776)	S. 436 (S. 1923) (S. 1776)
Tarifvertrag vom 24. Juli 1961 (Theater- betriebszulage für Angestellte bei den staatlichen Theatern)	27. 7. 1961	S. 921	Tarifvertrag über die Entschädigung nach § 13 Abs. 2 TVK vom 7. September 1981	20.11.1981	S. 2321
<u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 26. Oktober 1964 ÄndTV vom 8. November 1966 ÄndTV vom 6. August 1976	27.11.1964 22.11.1966 (15.12.1976) 11. 8. 1976	S. 1485 S. 1571 (1977 S. 15) S. 1539	<u>geändert durch:</u> TV zur Wiederinkraftsetzung vom 24. November 1983 TV zur Wiederinkraftsetzung und Änderung des TV vom 19. Mai 1987	9. 3. 1984 28. 7. 1987	S. 634 S. 1756
Tarifvertrag über Instrumentengeld und Rohr-, Blatt- und Saitengeld vom 7. September 1981			Tarifvertrag über Instrumentengeld und Rohr-, Blatt- und Saitengeld vom 7. September 1981	20.11.1981	S. 2321
<u>geändert durch:</u> TV zur Wiederinkraftsetzung vom 24. November 1983 TV zur Wiederinkraftsetzung und Änderung des TV vom 19. Mai 1987			<u>geändert durch:</u> TV zur Wiederinkraftsetzung vom 24. November 1983 TV zur Wiederinkraftsetzung und Änderung des TV vom 19. Mai 1987	9. 3. 1984 28. 7. 1987	S. 634 S. 1756

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
Tarifverträge vom 16. März 1977 über ein Urlaubsgeld für Angestellte, Arbeiter und Auszubildende	2. 5.1977	S. 1067	Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Bühnenmitglieder vom 18. April 1977	24. 6.1977	S. 1428
<u>geändert durch:</u>			<u>geändert durch:</u>		
ÄndTV Nr. 2 vom 30. März 1979	3. 4.1979	S. 883	1. ÄndTV vom 27. April 1979	17. 5.1979	S. 1278
ÄndTV Nr. 2 vom 21. Mai 1980	15. 6.1979	S. 1383	2. ÄndTV vom 11. März 1986	27. 3.1986	S. 837
TV vom 19. Mai 1981 betr. das Wiederinkrafttreten der TVe über ein Urlaubsgeld	30. 7.1980	S. 1458	3. ÄndTV vom 28. Oktober 1986	6. 4.1987	S. 952
ÄndTV Nr. 4 vom 21. April 1986	1. 6.1981	S. 1302	4. ÄndTV vom 19. Mai 1987	24. 8.1987	S. 1848
ÄndTV Nr. 5 vom 9. Januar 1987	4. 6.1986	S. 1279	5. ÄndTV vom 9. Mai 1988	16. 8.1988	S. 1986
ÄndTV Nr. 6 vom 12. November 1987 betreffend Urlaubsgeld für Arbeiter	27. 3.1987	S. 783	Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Musiker in Kulturorchestern vom 18. April 1977	24. 6.1977	S. 1427
ÄndTV Nr. 7 vom 5. Juli 1988 betreffend Urlaubsgeld für Arbeiter	1.12.1987	S. 2552	<u>geändert durch:</u>		
Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes in der Krankenpflege oder in der Kinderkrankenpflege oder nach Maßgabe des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 21. April 1986	14. 1. 1988	S. 314	1. ÄndTV vom 27. April 1979	17. 5.1979	S. 1278
ÄndTV Nr. 1 vom 9. Januar 1987	7. 2.1989	S. 510	TV vom 19. Juni 1981 betreffend das Wiederinkrafttreten des TV vom 18. April 1977	9. 7.1981	S. 1510
Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Ärztinnen im Praktikum vom 10. April 1987	26. 6.1986	S. 1410	2. ÄndTV vom 28. Oktober 1986	6. 4.1987	S. 952
ÄndTV Nr. 1 vom 9. Januar 1987	27. 3.1987	S. 783			
Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Ärztinnen im Praktikum vom 10. April 1987	17.12.1987	1988 S. 2			

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
---------------	------------	------------------------

Tarifvertrag vom 17. Dezember 1959  
(Zusatzurlaub gemäß § 49 Abs. 2 MTL II  
für Arbeiter, die unter erheblicher  
Gefährdung der Gesundheit arbeiten)  
i.d.F. des AndTV vom 6. Juni 1967

18. 9.1967 S. 1250

geändert durch:

AndTV Nr. 17 zum MTL II vom 21. April 1970

18. 8.1970 S. 1734  
24. 3.1971 S. 626

AndTV zum TV-Zusatzurlaub vom  
9. Dezember 1974

25. 9.1975 S. 1877

AndTV Nr. 30 zum MTL II vom 16. März 1977

25. 3.1977 S. 788

AndTV Nr. 31 zum MTL II vom 28. April 1978

14. 7.1978 S. 1532

AndTV Nr. 35 zum MTL II vom 18. April 1980

29. 5.1980 S. 1062

AndTV Nr. 37 zum MTL II vom 17. Mai 1982

S. 1137, 1226,  
1450, 1617

Urlaubstarifvertrag vom 13. Mai 1975  
(Bühnengehörige)

8. 9.1981 S. 1862

geändert durch:

TV vom 11. Juni 1981 zur Wiederinkraft-  
setzung des TV vom 13. Mai 1975

8. 9.1981 S. 1862

TV vom 9. Januar 1982 zur Wiederinkraft-  
setzung des TV vom 13. Mai 1975

23. 4.1982 S. 914

AndTV vom 23. März 1984

18. 5.1984 S. 1109

AndTV Nr. 2 vom 19. Mai 1987

24. 8.1987 S. 1848

TV vom 2. März 1989 zur Wiederinkraft-  
setzung von § 3 Abs. 1 des TV vom  
13. Mai 1975

15. 8.1989 S. 1847

Tarifvertrag vom 29. Juni 1989 über  
die Gewährung von freien Tagen für  
Bühnenmitglieder

15. 8.1989 S. 1847

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
---------------	------------	------------------------

Tarifverträge über die Regelung  
der Rechtsverhältnisse

- a) der Fleischbeschauer, Fleisch-  
beschauer und Trichinenschauer außer-  
halb öffentlicher Schlachthöfe
- b) der nicht vollbeschäftigten Fleischbe-  
schauer, Fleischbeschauer und  
Trichinenschauer in öffentlichen Schlacht-  
höfen und in Einfuhruntersuchungsstellen  
vom 1. April 1969,

i.d.F. der 5. AndTV vom 28. Februar 1973

7. 8.1973 S. 1578

geändert durch:

6. AndTV vom 16. März 1974

26. 3.1974 S. 682

7. AndTV vom 29. Mai 1974

29. 7.1974 S. 1459

23. 1.1975 S. 221

8. AndTV vom 10. April 1975

14. 5.1975 S. 971

9. AndTV vom 4. Mai 1976

28. 6.1976 S. 1269

10. AndTV vom 28. März 1977

5. 5.1977 S. 1065

12. AndTV vom 27. April 1979

12. 6.1979 S. 1442

13. AndTV vom 29. April 1980

6. 6.1980 S. 1102

15. AndTV vom 7. Oktober 1981

2. 3.1982 S. 587

17. AndTV vom 24. Juni 1983

7. 7.1983 S. 1506

18. AndTV vom 28. November 1984

24. 1.1985 S. 315

19. AndTV vom 12. Mai 1986

20. 6.1986 S. 1362

20. AndTV vom 30. Juni 1987

28. 8.1987 S. 1881

5.11.1987 S. 2294

21. AndTV vom 10. Oktober 1988

20.12.1988 1989 S. 181

1214

### Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Mittenaar, Lahn-Dill-Kreis

Der Gemeinde Mittenaar im Lahn-Dill-Kreis, Regierungsbezirk Gießen, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„Das Wappen der Gemeinde Mittenaar zeigt in dem durch einen goldenen Wellenbalken schräglinks geteilten schwarzen Feld oben ein goldenes dreiblättriges Kleeblatt, unten zwei silberne Balken.“

Wiesbaden, 7. Dezember 1989

Hessisches Ministerium des Innern  
IV A 11 — 3 k 06 — 55/89  
StAnz. 52/1989 S. 2619

1215

### Mitteilungen der Vollzugspolizei an die Presse, den Hörfunk und das Fernsehen

Bezug: Erlaß vom 11. September 1979 (StAnz. S. 1939), geändert durch Erlaß vom 22. September 1982 (StAnz. S. 1766)

Die oben genannten Erlasse, die nachfolgend nunmehr zusammengefaßt sind, werden mit Wirkung vom 1. Januar 1990 in Kraft gesetzt.

Wiesbaden, 12. Dezember 1989

Hessisches Ministerium des Innern  
III A 2 — 5 e 10  
— Gült.-Verz. 3100 —  
StAnz. 52/1989 S. 2619

### Mitteilungen der Vollzugspolizei an die Presse, den Hörfunk und das Fernsehen

Im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit mit Presse, Hörfunk und Fernsehen — nachstehend Publikationsorgane genannt — wird hinsichtlich der Mitteilungen der Vollzugspolizei folgendes angeordnet:

#### 1. Allgemeines

1.1 Die Unterrichtung der Publikationsorgane über Angelegenheiten grundsätzlicher oder politischer Bedeutung ist ausschließlich dem Pressereferat meines Ministeriums vorbehalten. Sofern derartige Mitteilungen veröffentlicht werden sollen, haben mir die zuständigen Polizeidienststellen (§ 9 PolOrgVO) — ausgenommen Außenstellen der Vollzugspolizei (§ 12 PolOrgVO) — hierüber unverzüglich fernschriftlich, ggf. fermündlich voraus, zu berichten; die Abschnitte II und III meines Erlasses betr. Berichterstattung über wichtige Ereignisse in vollzugspolizeilichen Angelegenheiten vom 13. Dezember 1985 (StAnz. 1986 S. 23) sind entsprechend anzuwenden. Für die Außenstellen der Vollzugspolizei berichten die Vollzugspolizeibehörden, bei denen sie errichtet sind.

1.2 Soweit ich mir die Unterrichtung der Publikationsorgane nicht vorbehalten habe (Nr. 1.1), ermächtige ich zu Mitteilungen an Publikationsorgane im Rahmen ihrer Aufgabengebiete

- die Regierungspräsidenten,
- die Polizeipräsidenten,
- den Direktor des Hessischen Landeskriminalamtes,
- den Direktor der Hessischen Bereitschaftspolizei,
- den Direktor der Hessischen Polizeischule,
- den Leiter des Hessischen-Wasserschutzpolizeiamtes,
- den Leiter der Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei und die von ihnen Beauftragten.

1.2.1 Den Regierungspräsidenten obliegt die Unterrichtung der Publikationsorgane auch für die Landräte als Vollzugspolizeibehörden über Angelegenheiten von überörtlichem Interesse.

1.2.2 Soweit nicht die Zuständigkeit der Regierungspräsidenten gegeben ist (Nr. 1.2.1), kann die Unterrichtung der Publikationsorgane von den Leitern der Polizeidirektionen, der Polizeikommissariate, der Kriminalkommissariate und den von ihnen Beauftragten vorgenommen werden, falls sich der Landrat die Unterrichtung nicht selbst vorbehält.

1.3 In Zweifelsfällen — sowohl hinsichtlich des Inhalts der Mitteilung wie der Zuständigkeit — ist die Entscheidung der Aufsichtsbehörde einzuholen.

#### 2. Zusammenarbeit mit den Publikationsorganen

2.1 Die Polizeidienststellen teilen nur solche Vorkommnisse mit, für die sie örtlich und sachlich zuständig sind. Zu den Mitteilungen von grundsätzlicher Bedeutung, deren Veröffentlichung ich mir vorbehalten habe (Nr. 1.1), gehören auch Berichte über die Zweckmäßigkeit bisheriger oder neuer Organisationsformen und Einsatzmethoden, Planungen, Forschungen sowie Statistiken, sofern diese Berichte von überörtlicher Bedeutung sind. Mitteilungen an Publikationsorgane über innerdienstliche Vorgänge setzen meine Zustimmung voraus. Die in § 59 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes getroffenen Regelungen bleiben unberührt.

2.2 Die Polizeidienststellen unterrichten die Publikationsorgane eigenverantwortlich über Angelegenheiten der Straftatverhütung. Warnungen zur Aufklärung der Bevölkerung werden von derjenigen Polizeidienststelle veranlaßt, in deren Dienstbezirk sich zuerst die Notwendigkeit zum Tätigwerden ergibt. Bei Warnungen, die auch an Personen außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereichs gerichtet sind, ist die Zustimmung der Aufsichtsbehörde einzuholen.

#### 2.3 Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung

2.3.1 In Ermittlungsverfahren, die wegen der Art oder des Umfangs der Beschuldigung (z. B. umfangreiche Wirtschaftsstrafsachen, Staatsschutzstrafsachen, bedeutende Umweltschutzstrafsachen), wegen der Persönlichkeit oder der Stellung eines Beteiligten (z. B. Straftaten von Personen, die im politischen Leben stehen, oder von leitenden Amtsträgern im öffentlichen Dienst) oder aus anderen Gründen von besonderer Bedeutung sind, obliegt die Unterrichtung der Publikationsorgane grundsätzlich der Staatsanwaltschaft. Die Polizeidienststellen erteilen Auskünfte nur im Rahmen der mit der Staatsanwaltschaft getroffenen Absprachen. Es dürfen lediglich Auskünfte über den Geschehensablauf gegeben werden. Angaben zur rechtlichen Würdigung des Sachverhalts und zur Schulfrage sind zu unterlassen.

2.3.2 Bei Kapitalverbrechen (z. B. Tötungsdelikten) sowie bei schweren Unglücksfällen (z. B. Explosionen, Flugunfällen, Eisenbahnunglücken, bei denen es jeweils zu Todesfällen oder schweren Körperverletzungen gekommen ist), obliegt die Unterrichtung der Publikationsorgane der Staatsanwaltschaft. Die Polizeidienststellen können Auskünfte erteilen, wenn die Staatsanwaltschaft ihnen die Befugnis dazu im Rahmen von Absprachen überträgt oder wenn Vertreter der Publikationsorgane unmittelbar nach Bekanntwerden der Tat am Tatort erscheinen und der Staatsanwalt nicht anwesend und mit seiner Ankunft nicht alsbald zu rechnen ist. Nr. 2.3.1 vorletzter und letzter Satz ist anzuwenden.

2.3.3 Bei Straftaten, die nicht zu den in den Nr. 2.3.1 und 2.3.2 bezeichneten Fällen gehören, können die Polizeidienststellen die Publikationsorgane unterrichten, es sei denn, die Vollzugspolizei hat ihre Vorgänge der Staatsanwaltschaft bereits übersandt (§ 163 Abs. 2 StPO) oder die Staatsanwaltschaft widerspricht ausdrücklich der Auskunftserteilung. Nr. 2.3.1 vorletzter und letzter Satz ist anzuwenden.

2.3.4 Bei Pressekonferenzen der Staatsanwaltschaft wird den Polizeidienststellen Gelegenheit zur Teilnahme gegeben. Beabsichtigen die Polizeidienststellen in den Fällen der 1. Alternative der Nr. 2.3.2 Satz 2 Pressekonferenzen abzuhalten, so verständigen sie vor deren Einberufung die Staatsanwaltschaft.

2.3.5 Bei der Auskunftserteilung muß der durch die Grundrechtsnormen gebotene Persönlichkeitsschutz der Betroffenen (der Beschuldigten, Zeugen und anderen Beteiligten) berücksichtigt werden. Durch die Erörterung eines Ermittlungsverfahrens mit Namensnennung des Tatverdächtigen entsteht die Gefahr einer erheblichen Rufschädigung. Die spätere Resozialisierung des Täters kann durch Publizität seines Falles schon vor der gerichtlichen Verhandlung erschwert werden. Andere Personen als Tatverdächtige (z. B. Zeugen) können durch eine öffentliche Erörterung des Verfahrens einschließlich Namensnennung ebenfalls schwer benachteiligt werden (etwa Tatopfer bei Sittlichkeitsdelikten). Den Tatverdächtigen und andere Betroffene bloßzustellen oder zu schädigen, muß daher nicht nur in deren Interesse, sondern auch im Interesse der Strafrechtspflege vermieden werden. Es dürfen demzufolge grundsätzlich nur solche personenbezogene Daten, die eine Identifizierung nicht zulassen (Alter, Geschlecht und Wohnort, ggf. auch Staatsangehörigkeit, nicht aber Namen und Beruf), mitgeteilt werden. Ausnahmen sind nur aus besonderen Gründen (z. B. im Rahmen der Öffentlichkeits-

fahndung) zulässig. Die Mitteilung, ein Beschuldigter sei „überführt“ ist nicht statthaft, weil von einer „Überführung“ erst nach rechtskräftiger Verurteilung gesprochen werden kann.

Eine ausführliche Beschreibung der Straftat ist zu vermeiden, wenn die Gefahr besteht, daß hierdurch andere Personen zu gleichartigen Straftaten verleitet werden könnten.

3. Die Innenministerkonferenz hat am 14. Januar 1982 nach Abstimmung mit dem Deutschen Presserat eine Änderung der von ihr am 5. Februar 1971/16. Dezember 1971 gebilligten, im Einvernehmen mit dem Deutschen Presserat erarbeiteten „Verhaltensgrundsätze zwischen Presse und Polizei zur Vermeidung von Behinderungen bei der Durchführung polizeilicher Aufgaben und der freien Ausübung der Berichterstattung“ beschlossen. Die geänderten Verhaltensgrundsätze werden als Anlage mit der Bitte um Beachtung wiedergegeben.
4. Nr. 2 dieser Verwaltungsvorschrift ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Justiz.
5. Mein Erlaß betreffend Mitteilungen an die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen vom 21. Januar 1971 (StAnz. S. 243) wird aufgehoben.

Die Erlasse vom 24. März 1971 (StAnz. S. 732) betreffend Gestaltung und Ausgabe von bundeseinheitlichen Presseausweisen, 12. Juli 1972 (StAnz. S. 1334) betreffend Richtlinien über das Meldeverfahren bei Verkehrsstörungen und über den Straßenzustand auf den Transitstrecken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), Nr. 2.2.5 der PDV 384.1 „Polizeiliche Fahndung“, die Erlasse vom 21. November 1974 (StAnz. S. 2229) betreffend Richtlinien über die Aufgaben der Polizei bei Straßenverkehrsunfällen, 19. Dezember 1974 (StAnz. 1975 S. 3) betreffend Binnenschiffahrts-Verkehrsfunkrichtlinien, 2. Dezember 1976 (StAnz. S. 2220) betr. Verkehrsfunkrichtlinien, 31. Januar 1977 — I A 11 — 7 d — (n. v.) betreffend Unfallentwicklung auf Autobahnen und Bundesstraßen; hier: Presseinformation, 3. Februar 1977 (StAnz. S. 644) betreffend Strahlenschutz; hier: Maßnahmen beim Verlust oder Fund radioaktiver Stoffe einschließlich Kernbrennstoffen sowie bei Unfällen oder sonstigen Zwischenfällen mit radioaktiven Stoffen einschließlich Kernbrennstoffen und 9. November 1978 (StAnz. S. 2387) betreffend Richtlinien für Maßnahmen der Vollzugs-polizei im Rahmen des Such- und Rettungsdienstes für Luftfahrzeuge bleiben unberührt.

6. Bei diesem Erlaß wurde der Hauptpersonalrat der Hessischen Polizei gemäß § 57 a HPVG beteiligt.

#### Anlage

#### Verhaltensgrundsätze zwischen Presse und Polizei zur Vermeidung von Behinderungen bei der Durchführung polizeilicher Aufgaben und der freien Ausübung der Berichterstattung

1. Ständige persönliche Kontakte zwischen Presse und Polizei bilden die beste Voraussetzung zur Vermeidung unnötiger

Konfliktsituationen. Hierbei sollten beide Seiten bemüht sein, Verständnis für die gegenseitige Arbeit zu wecken und aufzu-

2. Als vorteilhaft hat es sich in der Vergangenheit erwiesen, besondere Verbindungsbeamte zu bestellen und ihre Namen den in Frage kommenden Redaktionen mitzuteilen. Darüber hinaus ist es zweckmäßig, persönliche Kontakte herzustellen, da erfahrungsgemäß unmittelbare Aussprachen am ehesten geeignet sind, Mißverständnissen vorzubeugen.

3. Im allgemeinen erleichtert der Presseausweis der Polizei die Nachprüfung, wer als Berichtersteller tätig ist. Der Presseausweis soll nach einem einheitlichen Muster möglichst fälschungssicher gestaltet werden. In Situationen, bei denen eine Kontrolle von Presseausweisen nicht oder nur schwer durchführbar ist, empfiehlt es sich für Pressevertreter, sich zusätzlich durch Armbinden kenntlich zu machen. Die Armbinden sollen nach einem einheitlichen Muster gestaltet werden.

4. (1) Die Polizei muß bemüht sein, bei ihren Einsätzen, insbesondere aus Anlaß von Demonstrationen, die Berichterstattung durch die Presse nicht zu beeinträchtigen. Umgekehrt haben sich die Journalisten zu bemühen, den Polizeieinsatz nicht zu behindern. Hierdurch werden weder Rechte oder Pflichten berührt noch Aufgaben und Befugnisse eingeschränkt.

Das Fotografieren polizeilicher Einsätze, ohne daß dabei die eingesetzten Beamten erkennbar sind oder bei der Veröffentlichung erkennbar gemacht werden, unterliegt grundsätzlich keinen rechtlichen Schranken. Auch das Fotografieren mehrerer oder einzelner Polizeibeamter ist bei aufsehenerregenden Einsätzen im allgemeinen zulässig.

Für die Herstellung gezielter Nahaufnahmen einzelner Polizeibeamter („Porträtaufnahmen“) gilt dies in der Regel nicht; Ausnahmen davon sind beispielsweise Aufnahmen zur gebotenen Beweissicherung.

Auch die Presse wird dafür sorgen, daß ein berechtigtes Interesse des Abgebildeten nicht verletzt wird.

- (2) Für die Beweissicherung soll die Polizei — sofern vorhanden — auf das von ihr erstellte Ton-, Bild- und Filmmaterial zurückgreifen. Eine Beschlagnahme entsprechenden Pressematerials darf nur erfolgen, soweit es um die Aufklärung von Straftaten geht und das Beweismaterial nicht auf andere Weise sichergestellt werden kann.

Im Falle einer Beschlagnahme/Sicherstellung hat die Polizei eine Quittung über den beschlagnahmten/sichergestellten Gegenstand auszustellen, aus der Name und Dienststelle des beschlagnahmenden/sicherstellenden Beamten hervorgehen.

- (3) In Zweifelsfällen soll bei eindeutiger Feststellung der Person des Pressefotografen vor einer Entscheidung über die Beschlagnahme/Sicherstellung eine gemeinschaftliche Überprüfung des betreffenden entwickelten Filmmaterials erfolgen.

- (4) Zur näheren Präzisierung wird ein Erlaß an die Polizei ergehen.

1216

### HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

#### Änderung der Satzung der Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein

Bezug: Veröffentlichung vom 11. Mai 1988 (StAnz. S. 1179)

Auf Grund des Art. 3 Abs. 4 des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein vom 30. Juli 1987 (GVBl. Hessen I S. 236; GVBl. Rheinland-Pfalz S. 95) wird im Benehmen mit der Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein und im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und dem Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz nach Anhörung des Kuratoriums und der Fachhochschule Wiesbaden bestimmt:

#### Art. 1

§ 6 Abs. 5 der Satzung der Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein vom 11. Mai 1988 (StAnz. S. 1179) erhält folgende Fassung:  
„(5) Der Institutsleiter trifft die für die Sitzungen des Institutsrates notwendigen Vorbereitungen. Er legt dem Direktor

1. bis zum 15. Februar jedes Jahres einen Bericht über die Forschungstätigkeit des Instituts und ihre Ergebnisse im vorausgegangenen Kalenderjahr,

2. bis zum 15. Dezember jedes Jahres Vorschläge zum Forschungsprogramm der Forschungsanstalt für das übernächste Kalenderjahr

vor.“

#### Art. 2

Vorstehende Änderung der Satzung tritt am 1. Januar 1990 in Kraft.

Wiesbaden, 1. Dezember 1989

Hessisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kunst  
H II 3 — 488/112 — 79  
gez. Gerhardt  
Staatsminister

StAnz. 52/1989

1217

**Änderung der Satzung der Studentenschaft der Fachhochschule Fulda**

Bezug: Erlaß vom 14. April 1988 (StAnz. S. 989 = ABl. S. 296)

Auf Grund des § 21 Abs. 1 Nr. 2 des Hochschulgesetzes vom 6. Juni 1978 (GVBl. I S. 319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Oktober 1989 (GVBl. I S. 270), genehmige ich nachstehende, vom Studentenparlament am 18. Oktober 1989 beschlossene und mit Bericht des Rektors vom 26. Oktober 1989 vorgelegten Änderung der Satzung der Studentenschaft der Fachhochschule Fulda.

Wiesbaden, 5. Dezember 1989

**Hessisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kunst**  
H II 4.2 433/46 — 19  
StAnz. 52/1989 S. 2621

Nachstehende Änderung der Satzung der Studentenschaft der Fachhochschule Fulda vom 25. Januar 1988 (StAnz. S. 989) wurde in der 14. Sitzung des Studentenparlaments am 18. Oktober 1989 beschlossen:

§ 14 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„Jedes Mitglied des Studentenparlaments kann einen Antrag auf Einsichtnahme in die Akten der Studentenschaft stellen. Der Antrag muß eine schriftliche Begründung beinhalten. Wird dem Antrag in der folgenden Sitzung des Studentenparlaments zugestimmt, so setzt das Studentenparlament aus seinen Mitgliedern einen Akteneinsichtsausschuß ein, der nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird.

Der Ausschuß sieht dann die Akten ein und gibt nur die zur Klärung der Angelegenheit nötigen Daten an die Beteiligten weiter. Über alle anderen dabei zur Kenntnis gelangenden personenbezogenen Daten haben die Mitglieder des Ausschusses gegenüber jedermann Verschwiegenheit zu wahren.

In besonders schwierigen Fällen sollte der Datenschutzbeauftragte der Fachhochschule zu Rate gezogen werden.“

1218

**HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK**

Anlage

An das  
Hessische Landesamt  
für Straßenbau

**Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen (ZTV A StB 89)**

Der Bundesminister für Verkehr hat mit dem nachstehend abgedruckten Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau Nr. 17/1989 vom 15. Oktober 1989 die von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen unter Mitwirkung der Versorgungswirtschaft, der Bundespost und des Vereins des Gas- und Wasserfachs im Betreff genannten „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen (ZTV A — StB 89), Ausgabe 1989“ zur Einführung übersandt. Die ZTV A StB 89\*) sind bei der Geschäftsstelle der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V., Alfred-Schütte-Allee 10, 5000 Köln 21, zu beziehen.

Die genannten Richtlinien werden hiermit zur Anwendung bei der Vergabe und beim Bau der vom Land Hessen verwalteten Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen eingeführt.

Gleichzeitig wird die Anwendung des „Merkblattes für das Verfüllen von Leitungsgräben, Ausgabe 1979“ (StAnz. 1989 S. 836) hiermit aufgehoben. Das im Einführungsschreiben des Bundesministers für Verkehr zusätzlich erwähnte „Merkblatt für die Erhaltung von Asphaltstraßen, Ausgabe 1983“ wurde nicht veröffentlicht.

**Zusatz für die Städte und Gemeinden in Hessen als Baulastträger öffentlicher Straßen:**

Die Anwendung der ZTV A — StB 89 wird auch in Ihrem Zuständigkeitsbereich empfohlen.

Wiesbaden, 5. Dezember 1989

**Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft und Technik**  
IV a 42 — 61 c — 02.03  
— Gült.-Verz. 60 —  
StAnz. 52/1989 S. 2621

**Der Bundesminister für Verkehr**

Allgemeines Rundschreiben  
Straßenbau Nr. 17/1989

Bonn, 15. Oktober 1989  
StB 26/38.56.05—36/12 F 89

An die  
obersten Straßenbaubehörden  
der Länder

**Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen (ZTVA-StB 89), Ausgabe 1989**

Die „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen“ (ZTVA-StB 89), Ausgabe 1989, sind von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V. veröffentlicht worden. Sie wurden von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen im Benehmen mit mir unter Mitwirkung der Versorgungswirtschaft, der Deutschen Bundespost und des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfachs erarbeitet.

Die ZTVA-StB 89 behandeln den Aufbruch von Verkehrsflächen, den Aushub und das Verfüllen von Leitungsgräben sowie die Wiederherstellung des Oberbaus von Verkehrsflächen. Ich führe hiermit die ZTVA-StB 89 als Vertragsgrundlage für Bundesfernstraßen ein, wenn ein Bauvertrag Aufgrabung und Wiederherstellung des Oberbaus zum Gegenstand hat. Für diese Arbeiten gilt in Fällen von Widersprüchen mit anderen Zusätzlichen Vertragsbedingungen die ZTVA-StB 89 vorrangig.

Soll in Übereinstimmung mit dem Baulastträger der Straße von Festlegungen der ZTVA-StB 89 abgewichen werden, so ist darauf in der Leistungsbeschreibung besonders hinzuweisen.

Sofern nicht ohnehin durch Musterverträge geregelt, bitte ich, darauf hinzuwirken, daß bei allen Aufgrabungen von Bundesfernstraßen die ZTVA-StB 89 als Vertragsbestandteil zwischen dem Veranlasser und dem von diesem beauftragten bauausführenden Unternehmen zugrunde gelegt wird.

Der Grundsatz, daß bei Querungen von Straßen mit erheblicher Verkehrsbelastung ein Durchörtern (Press- und Bohrverfahren) der Aufgrabung vorzuziehen ist, bleibt unberührt.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung würde ich es begrüßen, wenn Sie auch bei Straßen Ihres Zuständigkeitsbereichs die Anwendung der ZTVA-StB 89 vorsehen.

Folgende Merkblätter werden durch die vorliegende ZTVA-StB 89 ersetzt und sind nicht mehr anzuwenden; die genannten Schreiben hebe ich hiermit auf:

- Merkblatt für das Verfüllen von Leitungsgräben, Ausgabe 1979 Schreiben StB 26/38.56.05-01.02/26019 vom 24. August 1979,
- Merkblatt für die Erhaltung von Asphaltstraßen, Teil: Bauliche Maßnahmen; Wiederherstellung bituminöser Befestigungen über Leitungsgräben, Ausgabe 1983 Schreiben StB 26/38.56.05-10/61 Va 83 vom 30. Dezember 1983.

Dieses Rundschreiben wird im Verkehrsblatt veröffentlicht.

Im Auftrag  
gez. Stoll

\*) hier nicht abgedruckt

1219

## HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT UND REAKTORSICHERHEIT

### Wasserrecht und Betriebsanlagen der Deutschen Bundesbahn;

**hier:** Richtlinien der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser und der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn  
**Bezug:** Erlaß vom 1. Oktober 1979 (StAnz. S. 2052)

Mit o. g. Bezugserslaß wurde die Richtlinie der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser und der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn „Wasserrecht und Betriebsanlagen der Deutschen Bundesbahn“ bekanntgegeben. Gemäß Gemeinsamer Anordnung des Ministerpräsidenten, der Minister und des Direktors des Landes-

personalamtes zur Erlaßbereinigung vom 29. Februar 1980 (StAnz. S. 442) setze ich den Bezugserslaß neu in Kraft.

Ich weise darauf hin, daß die Richtlinie derzeit überarbeitet wird. Zum gegebenen Zeitpunkt werde ich die Neufassung veröffentlichen.

Wiesbaden, 1. Oktober 1989

**Hessisches Ministerium für  
Umwelt und Reaktorsicherheit**  
III C 1 — 79 b 08.19 — 4049/89  
— Gült.-Verz. 85 —

*StAnz. 52/1989 S. 2622*

1220

## HESSISCHES SOZIALMINISTERIUM

### Anordnung zur Errichtung eines Hessischen Landesprüfungsamtes für Krankenversicherung

Auf Grund des § 274 Abs. 1 Satz 3 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477) wird bestimmt:

In Frankfurt am Main wird mit Wirkung vom 1. Januar 1990 ein Landesprüfungsamt für Krankenversicherung errichtet. Es führt die Bezeichnung „Hessisches Landesprüfungsamt für Krankenversicherung“ und wird organisatorisch dem Landesversorgungsamt Hessen angegliedert. Das Hessische Landesprüfungsamt untersteht dem Hessischen Sozialministerium.

Der Leiter des Landesprüfungsamtes führt die Aufsicht über den Geschäftsbetrieb des Landesprüfungsamtes und regelt die Erledigung der Angelegenheiten, die sich auf Grund der durchzuführenden Prüfungen ergeben. Er ist unmittelbarer Dienstvorgesetzter für alle Amtsangehörigen. Dienstvorgesetzter des Leiters des Landesprüfungsamtes ist der Hessische Sozialminister.

Das Landesprüfungsamt für Krankenversicherung ist zuständig für die Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der landesunmittelbaren Allgemeinen Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen, Landwirtschaftlichen Krankenkassen, Ersatzkassen, der Landesverbände der Krankenkassen sowie der Arbeitsgemeinschaft „Medizinischer Dienst der Krankenversicherung“. Bei der Durchführung der Prüfungen ist das Landesprüfungsamt für Krankenversicherung unabhängig.

Das Landesprüfungsamt für Krankenversicherung führt als Dienstsiegel das kleine Landessiegel mit der Wappenfigur des Landes (§ 1 Abs. 2 der Verordnung über das Landessiegel vom 29. März 1949, GVBl. S. 38). Das Dienstsiegel hat als Umschrift die Bezeichnung „Hessisches Landesprüfungsamt für Krankenversicherung“ zu tragen. Soweit es Schwierigkeiten bereitet, die angeführte Bezeichnung ungekürzt auf dem kleinen Landessiegel unterzubringen, können zweifelsfreie Abkürzungen verwendet werden.

Wiesbaden, 29. November 1989

**Hessisches Sozialministerium**  
M — V B 5 a — 7 b 02 — I B 4 —  
54 e 445.1  
gez. Trageser  
(Staatsminister)

*StAnz. 52/1989 S. 2622*

1221

### Richtlinien für die Förderung von Tierheimen

#### 1. Allgemeine Grundsätze

1.1 Im Rahmen der im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel können als ergänzende Maßnahmen i. S. des Tierschutzes der Bau und die Einrichtung von Tierheimen gefördert werden, die zur Verbesserung der Unterbringung und Pflege von herrenlosen, ausgesetzten oder vorübergehend eingezogenen oder unter amtlicher Beobachtung stehenden Tieren dienen.

1.2 Gefördert werden Neu-, Erweiterungs-, Um- und Ausbauten sowie deren Wiederherstellung, außerdem Maßnahmen der inneren Sanierung durch Verbesserung der hygienischen und wirtschaftlichen Einrichtung und Beschaffenheit von Geräten.

1.3 Die Zuwendungen für die genannten Zwecke werden an die Träger der freien gemeinnützigen Tierheime gewährt.

1.4 Für die Gewährung, die Auszahlung und die Rückzahlung von Zuwendungen, den Nachweis ihrer Verwendung und die Prüfung der Verwendungsnachweise gelten das Haushaltsgesetz, die Landshaushaltsordnung (LHO) und soweit in diesen Richtlinien nichts anders bestimmt ist, die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 Abs. 1 LHO, die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) — Anlage 2 zu den VV zu § 44 LHO — und die Allgemeinen Zinsvorschriften — Zinsanweisung (Zins-A) — Anlage 4 zu den VV zu § 70 LHO —.

Ein Anspruch auf die Gewährung einer Zuwendung besteht nicht.

1.5 Die Zuwendung des Landes beträgt in der Regel bis zu 33% v. H. der als förderungswürdig anerkannten Gesamtkosten (Anteilfinanzierung).

bei Neubauten jedoch grundsätzlich höchstens

für jede eingerichtete Hundebox 6 000,— DM

— für Großboxen und Katzenhäuser ein dem Flächenverhältnis entsprechendes Vielfaches dieses Betrages —,

für jede Quarantänebox und einen Raum für die tierärztliche Betreuung und Behandlung 12 000,— DM

Der Wert des Baugrundstücks, die Erwerbskosten (Grundstücksnebenkosten), die Erschließungskosten (Kosten für die Baureifmachung des Grundstücks) und die Kosten der Beschaffung der Finanzierungsmittel sind nicht zuwendungsfähig.

1.6 Verringert sich die der Zuwendungsgewährung zugrundeliegende Kostensumme, so wird die Zuwendung des Landes entsprechend gekürzt. Der Unterschiedsbetrag ist zurückzuzahlen.

1.7 Der Träger des Tierheimes muß sich verpflichten, die Landeszuwendung zurückzuzahlen, wenn er die Gemeinnützigkeit verliert.

#### 2. Voraussetzungen der Förderung

2.1 Die zu fördernde Maßnahme muß im öffentlichen Interesse liegen und sich in die Bedarfsplanung des Tierschutzes des Landes Hessen einfügen.

2.2 Der Träger des Tierheimes muß wirtschaftlich in der Lage sein, das Projekt nach der Fertigstellung zu unterhalten.

2.3 Mit der Landeszuwendung muß die Gesamtfinanzierung des zu fördernden Vorhabens nachweislich gesichert sein.

2.4 Vorhaben dürfen erst begonnen werden, wenn die Zuwendung des Landes Hessen zur Projektförderung bewilligt worden ist.

2.5 Können Baumaßnahmen nicht in einem Zuge durchgeführt werden, so sind zumindest Bauabschnitte vorzusehen, durch die alsbald verwendbare Anlagen entstehen.

2.6 In jedem mit Landesmitteln bezuschußten Tierheim muß eine Quarantänestation, die die Möglichkeit zur Absonderung tollwutverdächtiger Tiere bietet, vorhanden sein. Sie ist im Einvernehmen mit dem Amtstierarzt des Staatlichen Veterinär-amtes einzuplanen. Die Zahl der Quarantäneboxen hat in einem angemessenen Verhältnis zur Gesamtkapazität der Anlage und des Einzugsgebietes zu stehen. Außerdem muß die Möglichkeit gegeben sein, vorübergehend eingezogene Tiere i. S. des § 16 a Satz 2 Nr. 2 des Tierschutzgesetzes aufzunehmen.

### 3. Verfahren

3.1 Zuwendungen werden nur auf schriftlichen Antrag, der die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben erhalten muß, gewährt. Antragsvordrucke sind beim Sozialministerium erhältlich. Der Antrag ist in dreifacher Ausfertigung über den Kreisausschuß, in kreisfreien Städten über den Magistrat sowie über das Regierungspräsidium an das Sozialministerium zu richten.

3.2 Dem Antrag sind beizufügen:

- bei Baumaßnahmen: Vorentwurf, Erläuterungsbericht und Kostenvoranschlag,
- bei anderen Maßnahmen: Kostenvorschläge,
- in allen Fällen: Finanzierungsplan mit Belegen (Nachweis der Eigenmittel, Kreditzusagen),
- die Stellungnahme des Staatlichen Veterinäramtes, das den Antrag insbesondere nach tierschutzrechtlichen und veterinärhygienischen Gesichtspunkten prüft,
- die Stellungnahme des Landestierschutzverbandes Hessen e. V., der insbesondere zur Dringlichkeit der Maßnahme Stellung nimmt,
- eine Erklärung des Trägers des Tierheimes, daß das Projekt nach Fertigstellung ohne Landesmittel unterhalten werden kann und, daß mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist.

3.3 Der Kreisausschuß oder der Magistrat prüft den Antrag insbesondere darauf hin, ob ein öffentliches Interesse an dem geplanten Vorhaben besteht und der Träger des Tierheims in der Lage ist, das Projekt nach Fertigstellung zu unterhalten. Mit der Stellungnahme des Kreisausschusses oder Magistrats ist der Antrag mit den erforderlichen Unterlagen in zweifacher Ausfertigung dem Regierungspräsidium vorzulegen.

Das Regierungspräsidium prüft den Antrag und legt ihn mit seiner Stellungnahme in dreifacher Ausfertigung dem Sozialministerium als oberster Landesveterinärbehörde zur Entscheidung vor.

### 4. Bewilligung

Der Bewilligungsbescheid wird vom Sozialministerium an den Träger des Tierheims erteilt.

### 5. Auszahlung

Die Zuwendung wird vom Regierungspräsidium auf Abruf im Rahmen des Baufortschritts ausgezahlt.

### 6. Überwachung und Verwendungsnachweis

6.1 Nach Bewilligung einer Zuwendung hat das Regierungspräsidium bei den nach diesen Richtlinien geförderten Maßnahmen die Überwachung sicherzustellen, insbesondere hinsichtlich der

- zweckentsprechenden Verwendung der Mittel,
- ordnungsgemäßen Durchführung,
- Einhaltung des Kostenvoranschlages, des Bau- und Finanzierungsplans,
- termingerechten Erstellung des Verwendungsnachweises.

6.2 Über die Verwendung der Zuwendung ist von dem Zuwendungsempfänger ein Verwendungsnachweis in vierfacher Ausfertigung zu führen. Dieser Verwendungsnachweis ist vom Kreisausschuß bzw. Magistrat unter Beteiligung der örtlichen Fachbehörde zu prüfen und dem Regierungspräsidium vorzulegen.

Das Regierungspräsidium prüft den Verwendungsnachweis und übersendet je eine Ausfertigung mit seinem Prüfvermerk nach VV Nr. 11.4 zu § 44 LHO der rechnungslegenden Stelle und dem Sozialministerium für die Bewilligungsakte.

### 7. Schlußbestimmungen

7.1 Die Richtlinien ergehen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen und dem Ministerium des Innern — sowie bezüglich Nr. 6 — mit dem Rechnungshof.

7.2 Sie treten mit Wirkung vom 1. Januar 1990 in Kraft.

7.3 Die Richtlinien für die Förderung von Tierheimen vom 25. September 1984 (StAnz. S. 1982) werden zum gleichen Zeitpunkt aufgehoben.

Wiesbaden, 13. November 1989

Hessisches Sozialministerium  
StS — VII B 1 — 15 a 12/VI A 4 —  
93 c — 26

— Gült.-Verz. 3584 —  
StAnz. 52/1989 S. 2622

1222

## Durchführung der Kriegsofferfürsorge;

hier: Kraftfahrzeugbeschaffungshilfe-Richtlinien KOF

Anläßlich der Länderreferentenbesprechung-KOF im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung am 16. November 1989 wurden die nachstehend abgedruckten „Richtlinien für die Bewilligung von besonderen Hilfen für Beschädigte zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen im Rahmen der sozialen Rehabilitation der Kriegsofferfürsorge (Kraftfahrzeugbeschaffungshilfe-Richtlinien KOF)“ einvernehmlich beschlossen. Sie werden am 1. Januar 1990 in Kraft treten.

Im Interesse einer bundeseinheitlichen Verwaltungspraxis bitte ich, danach zu verfahren.

Zur Frage der Anwendung der Kraftfahrzeugbeschaffungshilfe-Richtlinien KOF im Rahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte (§ 27 d Abs. 1 Nr. 6 BVG, §§ 39 ff. BSHG) kamen die Besprechungsteilnehmer überein, daß weiter nach dem Ergebnis der Länderreferentenbesprechung-KOF am 15./16. September 1983 (TOP 9 Nr. 3) verfahren wird, solange keine andere Empfehlung erfolgt. Danach sind bei der Feststellung der Kraftfahrzeughilfe in den angesprochenen Fällen nicht die einschlägigen Richtlinien der Sozialhilfe zugrunde zu legen, vielmehr finden die Richtlinien für die Gewährung von Hilfen zur Beschaffung, zum Betrieb, zur Unterhaltung, zum Unterstellen und zum Abstellen eines Kraftfahrzeuges sowie zur Erlangung der Fahrerlaubnis an Berechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz und dem Soldatenversorgungsgesetz (Kfz-Richtlinien) vom 22. Februar 1979 Anwendung.

Wiesbaden, 29. November 1989

Hessisches Sozialministerium

II A 2 b — 51 g 06

StAnz. 52/1989 S. 2623

## Richtlinien für die Bewilligung von besonderen Hilfen für Beschädigte zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen im Rahmen der sozialen Rehabilitation der Kriegsofferfürsorge

Kraftfahrzeugbeschaffungshilfe-Richtlinien KOF

### 1. Rechtsgrundlage

Nach § 27 d BVG i. V. m. § 28 Abs. 1 Nr. 2 KFüV haben Beschädigte im Rahmen der sozialen Rehabilitation der Kriegsofferfürsorge Anspruch auf Hilfe zur Beschaffung eines Kraftfahrzeuges.

### 2. Allgemeine Voraussetzungen

2.1 Die Bewilligung einer Hilfe zur Beschaffung eines Kraftfahrzeuges setzt voraus, daß

#### 2.1.1 der Beschädigte

- infolge der Schädigung zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft auf die Benutzung eines Kraftfahrzeuges angewiesen ist und
- ein Kraftfahrzeug selbst führen kann oder ein Dritter bestimmt ist, der als Führer des Kraftfahrzeuges in angemessenem Umfang für Fahrten mit dem Beschädigten zur Verfügung steht, und

#### 2.1.2 das Kraftfahrzeug

- nach Größe und Ausstattung den Anforderungen entspricht, die sich im Einzelfall aus den anerkannten Schädigungsfolgen und etwaigen daneben bestehenden Behinderungen ergeben, und
- eine wegen der anerkannten Schädigungsfolgen, etwaiger daneben bestehender Behinderungen oder des Alters des Beschädigten oder wegen einer Behinderung oder des Alters des Dritten (Nr. 2.1.1 b) erforderliche Sonderausstattung ohne unverhältnismäßigen Mehraufwand ermöglicht. Eine Sonderausstattung für den Dritten ist nur zu berücksichtigen, wenn der Beschädigte das Kraftfahrzeug nicht selbst führen kann. Hierzu und zu der Erforderlichkeit der Sonderausstattung für den Beschädigten oder den Dritten ist in der Regel eine ärztliche Stellungnahme der Orthopädischen Versorgungsstelle oder einer anderen Behörde einzuholen.

2.2 Eine Hilfe wird nur bewilligt, wenn der Beschädigte nicht bereits über ein Kraftfahrzeug verfügt, das die Voraussetzungen nach Nr. 2.1.2 erfüllt und dessen weitere Benutzung ihm zumutbar ist.

- Eine erneute Hilfe soll nicht vor Ablauf von fünf Jahren seit der Beschaffung des zuletzt geförderten Kraftfahrzeugs bewilligt werden.
- 2.3 Gefördert wird unter den Voraussetzungen der Nr. 2.1.2 auch die Beschaffung eines Gebrauchtwagens, wenn sein Verkehrswert mindestens 40 v. H. des seinerzeitigen Neuwagenpreises beträgt.
  3. **Art der Leistung**  
Als Hilfen zur Kraftfahrzeugbeschaffung kommen Beihilfen und zinslose Darlehen nebeneinander in Betracht; Darlehen sind längstens innerhalb von fünf Jahren zu tilgen.
  4. **Bemessungsbetrag**
    - 4.1 Die Beschaffung eines Kraftfahrzeugs wird bis zu einem Betrag in Höhe der Beschaffungskosten (Kaufpreis zuzüglich Kosten für Überführung und Zulassung), höchstens jedoch bis zu einem Betrag von 20 000 DM gefördert.
    - 4.2 Eine Förderung über 20 000 DM hinaus ist im Einzelfall zulässig, soweit die anerkannten Schädigungsfolgen und etwaige daneben bestehende Behinderungen des Beschädigten nach Art und Schwere ein Kraftfahrzeug mit höherem Anschaffungspreis erfordern. Hierzu ist eine Stellungnahme der Orthopädischen Versorgungsstelle einzuholen.
    - 4.3 Bemessungsbetrag sind danach
      - a) die Beschaffungskosten (Nr. 4.1), wenn sie unter 20 000 DM liegen, oder
      - b) 20 000 DM, wenn die Beschaffungskosten (4.1) höher sind und die Voraussetzungen der Nr. 4.2 nicht vorliegen, oder
      - c) die Beschaffungskosten (Nr. 4.1), soweit sie über 20 000 DM liegen und die Voraussetzungen der Nr. 4.2 erfüllt sind.
  5. **Feststellung des ungedeckten Bedarfs**  
Ungedeckter Bedarf ist der jeweilige Bemessungsbetrag (Nr. 4.3), erhöht um die Kosten einer erforderlichen Sonderausstattung (Nr. 2.1.2 b), soweit diese nicht nach Nr. 7 zu übernehmen sind, und gemindert um
    - a) Zuschüsse öffentlich-rechtlicher Stellen, insbesondere nach der Orthopädieverordnung, zu dem Fahrzeug und zu seiner erforderlichen Sonderausstattung (Nr. 2.1.2 b), soweit die Kosten nicht nach Nr. 7 zu übernehmen sind,
    - b) den Verkaufserlös eines Altwagens, mindestens den Verkehrswert,
    - c) Einkommen, soweit es die Einkommensgrenze nach § 27 d Abs. 5 Satz 1 Buchst. a) und Satz 2 BVG übersteigt,
    - d) nicht geschontes Vermögen.
  6. **Bemessung der Gesamtleistung**
    - 6.1 Zur Deckung des ungedeckten Bedarfs (Nr. 5) ist vorrangig eine Beihilfe bis zu 5 000 DM, bei Empfängern eines Zuschusses zur Beschaffung eines Motorfahrzeugs nach der Orthopädieverordnung bis zu 5 500 DM zu leisten.
    - 6.2 Übersteigt das Einkommen des Beschädigten nicht nur vorübergehend die nach Nr. 5 c) maßgebende Einkommensgrenze, ist auf den Höchstbetrag der Beihilfe das Dreifache des über der Einkommensgrenze liegenden Einkommens anzurechnen.
    - 6.3 Über die Beihilfe hinaus ist bis zur Höhe des noch ungedeckten Bedarfs (Nr. 5) ein Darlehen zu gewähren.
  7. **Ausschließlich schädigungsbedingte Sonderausstattung**  
Die Kosten für eine ausschließlich schädigungsbedingt notwendige Sonderausstattung eines Kraftfahrzeugs werden, soweit sie nicht durch Zuschüsse nach der Orthopädieverordnung gedeckt sind, unabhängig von Einkommen und Vermögen des Beschädigten in vollem Umfang übernommen (§ 25 c Abs. 3 Satz 2 BVG, § 25 f Abs. 1 i. V. m. § 25 c Abs. 3 Satz 2 BVG).
  8. **Härteregelung**  
Von den Regelungen der Nrn. 6.1 und 6.2 kann abgewichen werden, soweit es nach der Besonderheit des Einzelfalles zur Vermeidung besonderer Härten zwingend geboten ist.
  9. **Zusammentreffen von Ansprüchen**  
Trifft ein Anspruch nach diesen Richtlinien mit einem Anspruch zusammen, der sich nach der Kraftfahrzeughilfeverordnung (§ 10 Abs. 2 KFürsV) richtet, kann nur einer von beiden geltend gemacht werden.
  10. **Inkrafttreten**  
Diese Richtlinien treten am 1. Januar 1990 in Kraft. Sie treten an die Stelle der Richtlinien vom 4. Januar 1974, soweit diese den sachlichen Geltungsbereich der Nr. 1 betreffen.

1223

## PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

**C. im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern****beim Hessischen Landeskriminalamt**

ernannt:

zum **Regierungsdirektor** Regierungsoberrat Dr. Andreas Sonnberg (30. 10. 89);

verstorben:

Regierungsoberrat Dieter Rauch (15. 8. 89);

**beim Polizeipräsidium Gießen**

ernannt:

zum **Polizeipräsidenten** Verwaltungsoberrat Dr. Volker Kölz (1. 11. 89);

versetzt:

vom Kreis Ausschuß des Landkreises Gießen Verwaltungsoberrat Dr. Volker Kölz (1. 11. 89);

in den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Polizeipräsident Helmut Sauer (31. 10. 89).

Wiesbaden, 6. Dezember 1989

Hessisches Ministerium des Innern  
I B 64 — 8 b**beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Obersekretär (BaP) Jürgen Reusch (3. 11. 89), Polizeiobermei-

ster (BaP) Frank Schuler (8. 11. 89), Polizeimeister (BaP) Eric Bangert (25. 11. 89).

Frankfurt am Main, 5. Dezember 1989

Polizeipräsidium Frankfurt am Main  
P III/3

im StAnz. 1989 S. 2358 muß es

beim **Polizeipräsidium Gießen** unter „ernannt“ richtig heißen:  
zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaL) Ernst-Walter Schramm (1. 10. 89).

Gießen, 12. Dezember 1989

Polizeipräsidium Gießen  
P III — 7 I 10

StAnz. 52/1989 S. 2624

**G. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst****bei den nachgeordneten Dienststellen**

ernannt:

zum **Professor C 4 (BaL)** Dr. Eike Schamp (11. 9. 89), Dr. Hans Georg Bender, beide Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (9. 10. 89), Dr. Günter Spatz (12. 9. 89), Dr. Berthold Hinz, beide Gesamthochschule Kassel (1. 11. 89), Dr. Ulrich Hasenkamp (19. 9. 89), Dr. Peter Kroll, Dr. Stefan-Michael Buchholz, Dr. Hans Peter Borscheid (sämtlich 29. 9. 89), Dr. Walter Sommerfeld, sämtlich Philipps-Universität Marburg (24. 10. 89), Dr. Claus Leggewie (27. 9. 89), Dr. Günter Weiler (1. 10. 89), Dr. Hans-Jürgen Jäger (2. 10. 89), Dr. Ulrich Scholz, sämtlich Justus Liebig-Universität Gießen (18. 10. 89);

zu **Wissenschaftlichen Assistenten/innen (BaZ)** Dr. Matthias Wilhelm Schmidt (26. 9. 89), Dr. Horst Krist (27. 9. 89), Frank Fürbeth, sämtlich Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (2. 11. 89), Dr. Volker Kiefel (4. 10. 89), Dr. Andreas Bartels, Dr. Thomas Abeltshäuser, sämtlich Justus Liebig-Universität Gießen (beide 10. 10. 89), Dr. Heike Oberpichler, Philipps-Universität Marburg (18. 10. 89), Gisela Kubon-Gilke (19. 10. 89), Dr. Christoph Kreitz, beide Techn. Hochschule Darmstadt (30. 10. 89);

zu **Hochschulassistenten/innen (BaZ)** Dr. Harald Lachnit (1. 10. 89), Dr. Petros Christophis (28. 10. 89), Dr. Johannes Hege- mann, sämtlich Justus Liebig-Universität Gießen (30. 10. 89), Dr. Eva Margarete Terberger, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (9. 10. 89), Dr. Friederike Holz-Ebeling, Philipps-Universität Marburg (30. 10. 89);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Horst Naumann, Philipps-Universität Marburg (1. 10. 89);

zu **Amtsinspektoren** die Hauptsekretäre (BaL) Helmut Clasen, Justus Liebig-Universität Gießen (1. 10. 89), Günter Wolf, Walter Tauchert, beide Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Bad Homburg (beide 11. 10. 89);

zum/zur **Inspektor/in z. A. (BaP)** Inspektoranwärter/in (BaW) Karin Seeber, Techn. Hochschule Darmstadt, Ulrich Hoch- stein, Justus Liebig-Universität Gießen (beide 1. 10. 89);

zu **Hauptsekretären** die Obersekretäre (BaL) Burkhard Kracht,

Justus Liebig-Universität Gießen (1. 10. 89), Hans Kunert, Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Bad Hom- burg (11. 10. 89);

zum **Hauptwart** Oberwart (BaL) Hans Kandler, Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Bad Homburg (25. 10. 89);

zum **Oberwart** Wart (BaL) Gottfried Hiemann, Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Bad Homburg (25. 10. 89);

zum **Sekretär** Assistent (BaL) Werner Strott, Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Bad Homburg (11. 10. 89);

zum **Assistenten (BaP)** Assistent z. A. (BaP) Christian Matz, Philipps-Universität Marburg (17. 10. 89);

eingewiesen:

in die **Besoldungsgruppe C 4** die Professoren (BaL) Dr. Hart- mut Fueß, Techn. Hochschule Darmstadt, Dr. Peter Haupt, Dr. Lutz Wegner, beide Gesamthochschule Kassel (sämtlich 1. 9. 89);

Wiesbaden, 28. November 1989

Hessisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kunst  
Z 1 6 — 050/35 — 21

StAnz. 52/1989 S. 2624

1224

DARMSTADT

## DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN

### Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage „Praunheim III“ der Stadt Frankfurt am Main, Stadtwerke, vom 21. November 1989

Auf Grund des § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529) und des § 25 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) i. d. F. vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. November 1987 (GVBl. I S. 193), wird folgendes verordnet:

#### § 1

##### Schutzgebietsfestsetzung

Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Praunheim III“ zugunsten der Stadt Frankfurt am Main, Stadtwerke, ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

#### § 2

##### Gliederung, Umfang, Grenzen

(1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in folgende Zonen:

- Zone I (Fassungsbereich),**
- Zone II (Engere Schutzzone),**
- Zone III (Weitere Schutzzone).**

(2) Über das Wasserschutzgebiet und seine Schutzzonen geben die als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichte Übersichtskarte und die Aufzählung in § 3 einen Überblick.

Im einzelnen ergibt sich die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen aus den Schutzgebietskarten im Maßstab 1 : 5 000 und 1 : 2 000, in denen die Schutzzonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I = rote Umrandung,**
- Zone II = grüne Umrandung,**
- Zone III = gelbe Umrandung.**

Die Anlage und die Schutzgebietskarten sind Bestandteile dieser Verordnung.

Die Schutzgebietskarten werden archivmäßig bei dem Regierungspräsidium Darmstadt, oberer Wasserbehörde, Rheinstraße 62, 6100 Darmstadt, verwahrt.

Die Karten können während der Dienststunden dort und bei dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, unterer Wasserbehörde, Braubachstraße 15, 6000 Frankfurt am Main,

dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Katasteramt, Börsenplatz 2, 6000 Frankfurt am Main,

dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Bauaufsichtsbehörde, Braubachstraße 15, 6000 Frankfurt am Main,

dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Gesundheitsamt, Braubachstraße 18, 6000 Frankfurt am Main,

dem Wasserwirtschaftsamt Wiesbaden, Gutenbergstraße 4, 6200 Wiesbaden,

dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, Leberberg 9, 6200 Wiesbaden,

dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, — Stadtwerke —

Börneplatz 3, 6000 Frankfurt am Main,

der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Unter den Eichen 7, 6200 Wiesbaden,

eingesehen werden.

#### § 3

##### Aufzählung der Flurstücke, Fluren und Gemarkungen

###### Zone I

Die Zone I erstreckt sich auf die Flurstücke Flur 10 Nrn. 4, 92/1, 95/2 und 96/2 der Gemarkung Praunheim.

###### Zone II

Die Zone II erstreckt sich auf die Fluren 9 und 10 (jeweils teilweise) der Gemarkung Praunheim.

###### Zone III

Die Zone III erstreckt sich auf Teile der Gemarkungen Hausen, Praunheim, Heddernheim, Eschersheim und Ginnheim.

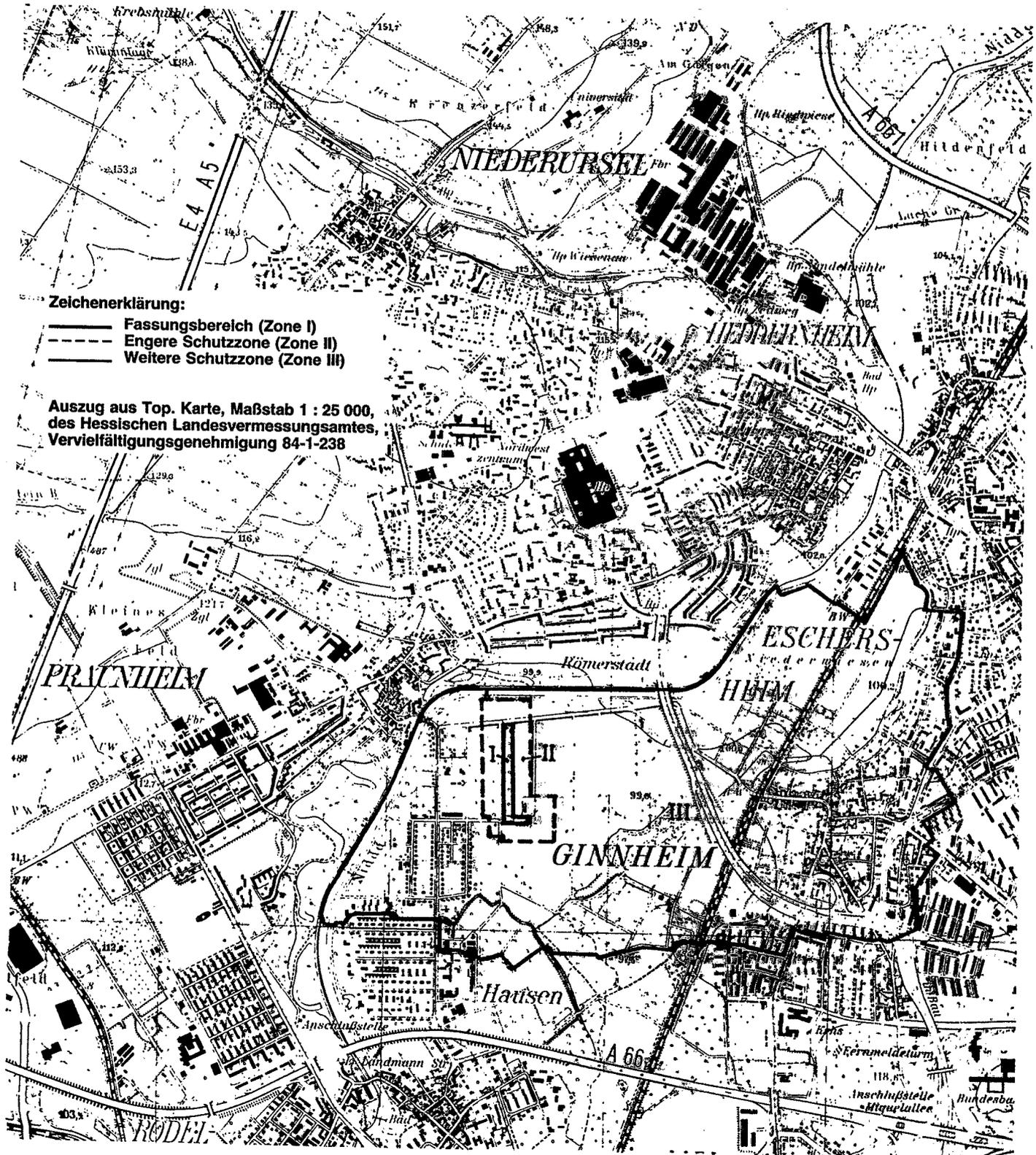
#### § 4

##### Verbote in der Zone III

In der Zone III sind verboten:

1. das Versenken von Abwasser einschließlich des auf den Straßen und sonstigen befestigten Verkehrsflächen anfallenden Niederschlagswassers,
2. das Versenken oder Versickern radioaktiver Stoffe,

3. das Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen als Reststoffe radioaktive Stoffe, wassergefährdende Stoffe oder Betriebsabwässer, ausgenommen Kühlwasser, anfallen, wenn diese Stoffe nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet, herausgebracht, ausreichend behandelt oder zulässigerweise in eine öffentliche Kanalisation eingeleitet werden,
4. das Ablagern von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen sowie deren Einbringen in den Untergrund,
5. das Errichten und Betreiben von Rohrleitungen für wassergefährdende Stoffe außerhalb eines Werksgeländes (Fernleitungen),
6. das Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen radioaktive oder wassergefährdende Stoffe hergestellt oder verwendet werden,
7. das Halten von Tieren in Großbeständen, wenn das ordnungsgemäße Verwerten oder Beseitigen der tierischen Ausscheidungen nicht gesichert ist,
8. das offene Lagern wasser- und bodenbeschädigender Pflanzenschutzmittel; das Anwenden von Pflanzenschutzmitteln mit W-Auflagen der Biologischen Bundesanstalt und sonstigen wasser- und bodenschädigenden Pflanzenschutzmitteln,
9. das Versickern von Abwasser einschließlich des auf den Straßen und sonstigen befestigten Verkehrsflächen anfallenden Niederschlagswassers,
10. Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Betriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III hinausgeleitet wird,
11. das unsachgemäße Lagern von Wirtschafts- und Handelsdüngern;



12. das Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe sowie innerhalb eines Werksgeländes deren Befördern in Rohrleitungen, soweit hierzu nicht Anlagen i. S. des § 15 Abs. 2 der Anlagenverordnung (VAWS) vom 23. März 1982 (GVBl. I S. 74) verwendet werden,
13. Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
14. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Organisationen, die geeignet sind, das Grundwasser nachteilig zu verändern,
15. Abfallbeseitigungsanlagen sowie Anlagen, die der Lagerung und Behandlung von Autowracks dienen,
16. Abwasserbehandlungsanlagen (Kläranlagen – mit Ausnahme von zugelassenen Kleinkläranlagen) und Sammelgruben,
17. das Aufbringen von Fäkalschlamm,
18. das Aufbringen von tierischen Ausscheidungen, soweit das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten wird,
19. das Aufbringen von Klärschlamm, soweit nach der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vom 25. Juni 1982 (BGBl. I S. 734) dies verboten bzw. eine Genehmigung oder die Zulassung einer Ausnahme erforderlich ist,
20. das Versenken oder Versickern von Kühlwasser,
21. das Herstellen von Bohrungen und Erdaufschlüssen mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, daß eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist,
22. das Auffüllen der Erdoberfläche mit wassergefährdenden Stoffen,
23. das Neuanlegen und Erweitern von Friedhöfen,
24. Rangierbahnhöfe,
25. das Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien nach Straßen-, Wege- oder Wasserbau,
26. Grundwasser- und Erdreichwärmepumpen.

#### § 5

##### Verbote in der Zone II

In der Zone II gelten die Verbote für die Zone III.

Darüber hinaus sind verboten:

1. das Errichten und die wesentliche Änderung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen,
2. Baustellen, Baustofflager, Baustelleneinrichtungen,
3. der Neubau und die wesentliche Änderung von Straßen, Bahnlagen und sonstigen Verkehrsanlagen, ausgenommen Feld- und Waldwege,
4. das Errichten von Sport-, Zelt-, Bade- und Parkplätzen sowie das Zelten, Lagern und Abstellen von Wohnwagen,
5. Kraftfahrzeugwaschen und Ölwechsel,
6. jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Grundwasserüberdeckung vermindert wird,
7. der Bergbau, wenn er zum Zerreißen der Grundwasserüberdeckung, zu Einmündungen oder offenen Wasseransammlungen führt,
8. Sprengungen,
9. Viehansammlungen und Pferche, soweit dadurch das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten oder die Pflanzendecke wesentlich verletzt wird,
10. das unsachgemäße Anwenden von Wirtschafts- und Handelsdüngern,
11. die organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in die Zone I besteht,
12. das Aufbringen von Klärschlamm,
13. Gärfuttermieten,
14. Gartenbaubetriebe und Kleingärten,
15. das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Durchleiten und Befördern wassergefährdender Stoffe,
16. das Vergraben von Tierkörpern,
17. der Transport radioaktiver Stoffe,
18. das Herstellen oder wesentliche Umgestalten von oberirdischen Gewässern einschließlich Fischteiche,
19. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Organisationen; ausgenommen sind:

- a) Bewegungen zu Fuß,
- b) oberirdisches Verlegen von leichtem Feldkabel,
- c) auf klassifizierten Straßen und wasserdicht befestigten Flächen:
  - Durchfahren mit Ketten-Kraftfahrzeugen,
  - Bewegungen von Rad-Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Tank-Kraftfahrzeugen.

#### § 6

##### Verbote in der Zone I

In der Zone I gelten die Verbote für die Zone II.

Darüber hinaus sind verboten:

1. Fahr- und Fußgängerverkehr,
2. die land- und forstwirtschaftliche Nutzung,
3. die Düngung,
4. das Anwenden von Mitteln für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung,
5. das Verletzen der belebten Bodenzone und der Grundwasserüberdeckung,
6. alle sonstigen Maßnahmen, die das Grundwasser beeinflussen können, soweit sie nicht für die Wasserversorgung notwendig sind.

#### § 7

##### Duldungspflichten

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes haben zu dulden, daß Beauftragte der zuständigen staatlichen Behörden die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten.

Sie haben ferner zu dulden, daß

1. die Zone I eingezäunt, bepflanzt und gepflegt wird,
2. Beobachtungsstellen eingerichtet werden,
3. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufgestellt werden,
4. Mulden und Erdaufschlüsse aufgefüllt werden,
5. wassergefährdende Ablagerungen beseitigt werden,
6. notwendige Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus der Zone I und der Zone II erstellt werden,
7. Vorkehrungen an den in der Zone I und der Zone II liegenden Straßen und Wegen zur Verhinderung von Ölunfällen und zur Minderung der Folgen solcher Unfälle getroffen werden,
8. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation angeschlossen werden,
9. Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen vorgenommen werden.

#### § 8

##### Ausnahmen

(1) Von den Bestimmungen dieser Verordnung kann das Regierungspräsidium Darmstadt, obere Wasserbehörde, auf Antrag Ausnahmen zulassen.

Die Zulassung bedarf der Schriftform.

(2) Handlungen, die einer wasserrechtlichen Erlaubnis, Bewilligung oder Genehmigung, einer gewerberechtlichen, abfallrechtlichen oder bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen oder die auf Grund eines bergbehördlich geprüften Betriebsplanes oder durch bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen werden, bedürfen keiner Ausnahmezulassung nach dieser Verordnung. Entscheidet in den vorgenannten Fällen die obere Wasserbehörde nicht selbst, ist ihr Einvernehmen erforderlich.

#### § 9

##### Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote der §§ 4, 5 und 6 dieser Verordnung können nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

#### § 10

##### Übergangsvorschrift

Die Verbote über

- a) das Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen als Reststoffe radioaktive Stoffe, wassergefährdende Stoffe oder Betriebsabwässer, ausgenommen Kühlwasser, anfallen, wenn diese Stoffe nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet, herausgebracht, ausrei-

- chend behandelt oder zulässigerweise in eine öffentliche Kanalisation eingeleitet werden (§ 4 Ziff. 3),
- b) das Betreiben von Rohrleitungen für wassergefährdende Stoffe außerhalb eines Werksgeländes (Fernleitungen) (§ 4 Ziff. 5),
- c) das Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen radioaktive oder wassergefährdende Stoffe hergestellt oder verwendet werden (§ 4 Ziff. 6),
- und
- d) das Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe sowie innerhalb eines Werksgeländes deren Befördern in Rohrleitungen, soweit hierzu nicht Anlagen i. S. des § 15 Abs. 2 der Anlagenverordnung (VAwS) vom 23. März 1982 (GVBl. I S. 74) verwendet werden (§ 4 Ziff. 12),
- finden auf Tätigkeiten im Rahmen von Betrieben, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung rechtmäßig betrieben werden, erst nach Ablauf eines Jahres ab dem Tage des Inkrafttretens Anwendung.

## § 11

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 21. November 1989

Regierungspräsidium Darmstadt

gez. W. Link

(Regierungspräsident)

St.Anz. 52/1989 S. 2625

1225

### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Zienerwiesen von Oberzell“ vom 24. November 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

## § 1

(1) Teile der Talaue der Schmalen Sinn und des Steierbaches nördlich der Ortschaft Oberzell werden in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte ergeben, zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Zienerwiesen von Oberzell“ besteht aus vier Teilflächen in der Gemarkung Oberzell der Gemeinde Sinntal im Main-Kinzig-Kreis. Die Fläche der beiden größeren beträgt am Steierbach 5,15 ha, an der Schmalen Sinn 4,61 ha, die Größe der kleineren am Ostufer der Sinn gelegenen Fläche beträgt 1,0 ha, die der am Westufer gelegenen 2,09 ha. Es hat eine Größe von 12,85 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 2 000 festgelegt, in der das Naturschutzgebiet rot umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird vom Regierungspräsidium Darmstadt, oberer Naturschutzbehörde, Orangerieallee 12, 6100 Darmstadt, archivmäßig verwahrt. Eine Abzeichnung dieser Karte befindet sich beim Kreis-ausschuß des Main-Kinzig-Kreises, unterer Naturschutzbehörde, Barbarossastraße 20, 6460 Gelnhausen. Die Karten können während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

## § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, die besonders naturnahen, durch viele Mäander gekennzeichneten Bachabschnitte der Schmalen Sinn und des Steierbaches mit ihren durch Quellsümpfe und artenreiche Feuchtwiesen geprägten Auebereichen als Lebensraum seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten zu sichern und zu erhalten sowie einen Teil des brachgefallenen ehemaligen Grünlandes in artenreiche Auewiesen rückzuführen.

## § 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung (HBO) herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig vom Anwendungsbereich der HBO (§ 1 Abs. 2 HBO) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, insbesondere Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern, sowie Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
9. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. Wiesen oder Weiden umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern;
13. Pferde weiden zu lassen;
14. Schafe in Pferchen zu halten;
15. zu düngen oder Pflanzenschutzmittel anzuwenden;
16. Hunde frei laufen zu lassen;
17. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

## § 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die ackerbauliche Nutzung des Flurstückes 10 in Flur 14 der Gemarkung Oberzell im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art;
2. die extensive Nutzung der Grünlandflächen unter den in § 3 Nrn. 12, 13, 14 und 15 genannten Einschränkungen;
3. die Erhaltung und Förderung von natürlichen arten- und strukturreichen Waldgesellschaften, jedoch unter den in § 3 Nr. 15 genannten Einschränkungen, im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
4. die Ausübung der Jagd vom 15. Juli bis Ende Februar;
5. die Ausübung der Fischerei vom 15. Juli bis Ende Februar;
6. die Handlungen der Unterhaltungspflichtigen oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsarbeiten an Gewässern im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
7. Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an vorhandenen Ver- und Entsorgungsanlagen im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde.

## § 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.

## § 6

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);

- 3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
- 4. Wasser, Gewässer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
- 5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
- 6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
- 7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
- 8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Nr. 8);
- 9. reitet, lagert, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärm, Feuer anzündet oder unterhält, Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 3 Nr. 9);
- 10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 10);
- 11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 11);

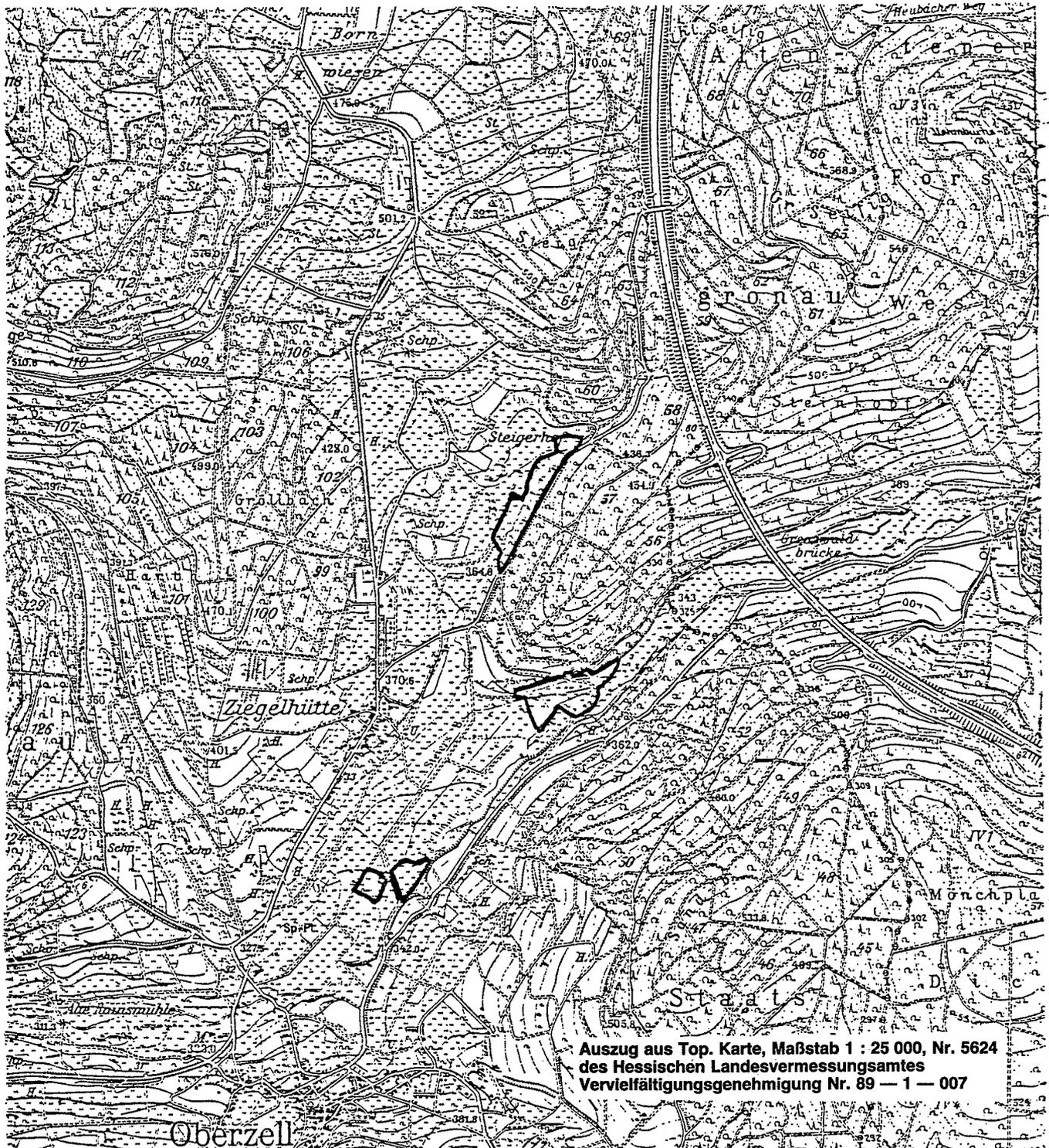
- 12. Wiesen oder Weiden umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 3 Nr. 12);
- 13. Pferde weiden läßt (§ 3 Nr. 13);
- 14. Schafe in Pferchen hält (§ 3 Nr. 14);
- 15. düngt oder Pflanzenschutzmittel anwendet (§ 3 Nr. 15);
- 16. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 16);
- 17. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Nr. 17).

§ 7

Die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Landschaftsschutzgebietes „Grund- und Bergwiesen im Einzugsgebiet von Jossa und Sinn“ vom 15. Juli 1988 (StAnz. S. 1517) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

§ 8

Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gießen, Main-Kinzig, Vogelsberg und Wetterau „Land-



schaftsschutzgebiet Vogelsberg-Hessischer Spessart“ vom 31. Juli 1975 (StAnz. S. 1486) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

## § 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 24. November 1989

Regierungspräsidium Darmstadt  
gez. W. Link  
(Regierungspräsident)

StAnz. 52/1989 S. 2628

1226

### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Erlensee bei Erlensee“ vom 5. Dezember 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

## § 1

(1) Der durch Kiesentnahme entstandene See sowie die westlich der Kinzig angrenzenden Wiesen und Auwaldflächen südwestlich der Ortschaft Rückingen werden in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte ergeben, zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Erlensee bei Erlensee“ besteht aus Flächen in den Gemarkungen Rückingen und Langendiebach, Gemeinde Erlensee, sowie den Gemarkungen Wolfgang und Hanau, Stadt Hanau, Mainz-Kinzig-Kreis. Es hat eine Größe von ca. 160 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 4 000 festgelegt, in der das Naturschutzgebiet rot umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. In dieser Karte sind die Zonen A und B eingezeichnet. Sie wird vom Regierungspräsidium Darmstadt, oberer Naturschutzbehörde, Orangerieallee 12, 6100 Darmstadt, archivmäßig verwahrt. Eine Abzeichnung dieser Karte befindet sich beim Kreisausschuß des Main-Kinzig-Kreises, unterer Naturschutzbehörde, Barbarossastraße 20, 6460 Gelnhäusen. Die Karten können während der Dienststunden eingesehen werden.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

## § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist die Erhaltung der durch großflächige naturnahe Auwald- und Wiesenflächen geprägten Auenlandschaft des unteren Kinzigtales. Insbesondere gilt es, die noch bestehende Auendynamik der Kinzig, die den Bereich des in weiten Teilen sehr naturnah ausgebildeten Hartholzauwaldes in vielen Mäandern, Altarmen und Schluten durchfließt, zu sichern und den Auwald als Lebensraum einer Fülle gefährdeter Tier- und Pflanzenarten zu erhalten sowie dort vorkommende Hybridpappel- und Nadelholzbestände in standortgerechten Auwald umzuwandeln. Weitere Schutzgründe sind die Erhaltung des durch Kiesentnahme entstandenen Erlensees als Trittstein für an Feuchtgebiete gebundene Zugvögel sowie die Sicherung typischer artenreicher Auwiesen.

## § 3

(1) Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung (HBO) herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig vom Anwendungsbereich der HBO (§ 1 Abs. 2 HBO) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;

3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
  4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, insbesondere Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern, sowie Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
  5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
  6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
  7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
  8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
  9. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
  10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
  11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
  12. Wiesen oder Weiden umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern;
  13. Hunde frei laufen zu lassen;
  14. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.
- (2) Die obere Naturschutzbehörde kann, soweit dies zur Erreichung des Schutzzieles erforderlich ist, Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft anordnen.

## § 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die Nutzung der Grünlandflächen im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art, jedoch unter den in § 3 Abs. 1 Nr. 12 genannten Einschränkungen;
2. Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der natürlichen arten- und strukturreichen Auwaldgesellschaften sowie die Umwandlung der Hybridpappel- und Nadelbaumbestände in naturnahen Auwald im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
3. die Handlungen der zuständigen Wasserbehörde oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht und die zur Unterhaltung der Kinzig notwendigen Arbeiten sowie Unterhaltungsmaßnahmen an Gräben ohne Verbreiterung und Sohlenvertiefung im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
4. der Betrieb, die Wartung und die Instandsetzung vorhandener Ver- und Entsorgungsleitungen im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
5. das Betreten der Zone B;
6. die Ausübung der Fischerei
  - a) im Erlensee in der Zone B vom Ufer aus;
  - b) in der Kinzig, nicht jedoch vom Westufer der Kinzig aus innerhalb der Zone A;
7. a) die Ausübung der Einzeljagd auf Haarwild in der Zeit vom 16. Juli bis 31. Januar;
- b) die Ausübung der Jagd auf Stockenten in der Zone B in der Zeit vom 15. November bis 15. Januar.

## § 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.

## § 6

- (1) Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;

2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Abs. 1 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Abs. 1 Nr. 3);
4. neue Gewässer schafft oder bestehende Gewässer, Gewässerufer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Abs. 1 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Abs. 1 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Abs. 1 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Abs. 1 Nr. 7);
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Abs. 1 Nr. 8);
9. reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmt, Feuer anzündet oder unterhält, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 3 Abs. 1 Nr. 9);
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Abs. 1 Nr. 10);
11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Abs. 1 Nr. 11);
12. Wiesen oder Weiden umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 3 Abs. 1 Nr. 12);

13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Abs. 1 Nr. 13);
14. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Abs. 1 Nr. 14).

(2) Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 17 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Anordnung auf Grund des § 3 Abs. 2 zuwiderhandelt.

§ 7

(1) Die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Erlensee bei Erlensee“ vom 29. Mai 1985 (StAnz. S. 1114), verlängert durch Verordnung vom 20. Mai 1988 (StAnz. S. 1235), wird aufgehoben.

(2) Die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des zukünftigen Landschaftsschutzgebietes „Auenverbund Kinzig“ vom 10. Dezember 1985 (StAnz. S. 2353) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

§ 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

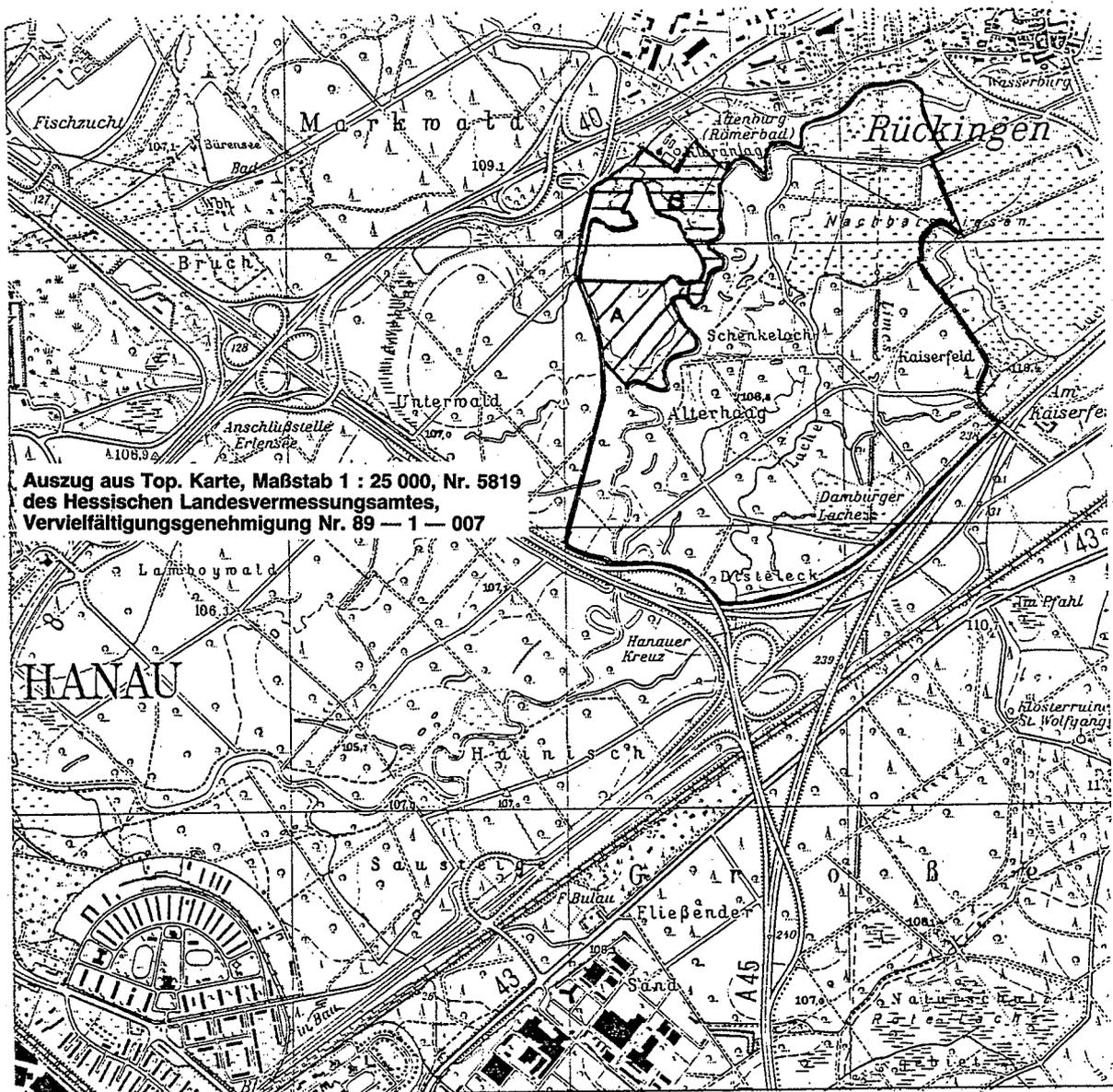
Darmstadt, 5. Dezember 1989

Regierungspräsidium Darmstadt

gez. W. Link

(Regierungspräsident)

StAnz. 52/1989 S. 2630





stätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;

7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
9. zu reiten, zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Modellflugzeuge aufsteigen oder landen zu lassen;
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. Wiesen, Weiden oder Brachflächen umzubereiten oder deren Nutzung zu ändern;
13. zu düngen;
14. Pflanzenschutzmittel anzuwenden;
15. Hunde frei laufen zu lassen;
16. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

#### § 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die Nutzung der Grünlandflächen in der Schutzzone II im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art unter den in § 3 Nrn. 12, 13 und 14 genannten Einschränkungen;
2. die Nutzung der Grundstücke in der Schutzzone III im bisherigen Umfang und der bisherigen Art;
3. die mineralische Grunddüngung in der Schutzzone II;
4. die Ausübung der Jagd;
5. Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der naturnahen Orchideen-Buchenwaldgesellschaften sowie der Kopfhainbuchenbestände unter den in § 3 Nrn. 13 und 14 genannten Einschränkungen im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde.

#### § 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.

#### § 6

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. neue Gewässer schafft, den Zu- und Ablauf des Wassers verändert oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser entnimmt (§ 3 Nr. 4);
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Nr. 8);
9. reitet, lagert, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmert, Feuer anzündet oder unterhält, Modellflugzeuge aufsteigen oder landen läßt (§ 3 Nr. 9);
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 10);
11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 11);
12. Wiesen, Weiden oder Brachflächen umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 3 Nr. 12);
13. düngt (§ 3 Nr. 13);
14. Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 14);
15. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 15);
16. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Nr. 16).

#### § 7

Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gießen, Main-Kinzig, Vogelsberg und Wetterau „Landschaftsschutzgebiet Vogelsberg-Hessischer Spessart“ vom 31. Juli 1975 (StAnz. S. 1486) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

#### § 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 5. Dezember 1989

Regierungspräsidium Darmstadt  
gez. W. Link  
Regierungspräsident  
StAnz. 52/1989 S. 2632

### 1228

#### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Weideswiesen-Oberwald bei Erlensee“ vom 5. Dezember 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. März 1988 (GVBl. I S. 130), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

#### § 1

(1) Die Wald- und Wiesenflächen der Kinzigau östlich von Rückingen werden in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte ergeben, zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Weideswiesen-Oberwald bei Erlensee“ besteht aus Flächen in den Gemarkungen Rückingen, Gemeinde Erlensee, Langenselbold, Stadt Langenselbold und Niederrodenbach, Gemeinde Rodenbach, Main-Kinzig-Kreis. Es hat eine Größe von 158,22 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 4 000 festgelegt, in der das Naturschutzgebiet rot umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird vom Regierungspräsidium Darmstadt, oberer Naturschutzbehörde, Orangerieallee 12, 6100 Darmstadt, archivmäßig verwahrt. Eine Abzeichnung dieser Karte befindet sich beim Kreis Ausschuss des Main-Kinzig-Kreises, unterer Naturschutzbehörde, Barbarossastraße 20, 6460 Gelnhausen. Die Karten können während der Dienststunden eingesehen werden.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

#### § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist die Erhaltung artenreicher Auwiesen und Hartholzauewälder des unteren Kinzigtales als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Insbesondere gilt es, den Lebensraum des vom Aussterben bedrohten Weißstorches zu erhalten und zu optimieren. Schutz- und Pflegeziel ist die Ausrichtung der Grünlandbewirtschaftung auf ökologische Belange sowie die Wiederherstellung eines naturnahen Hartholzauewaldes durch Entnahme standortfremder Hybridpappeln und Nadelbäume.

#### § 3

(1) Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung (HBO) herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig vom Anwendungsbereich der HBO (§ 1 Abs. 2 HBO) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, insbesondere Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder

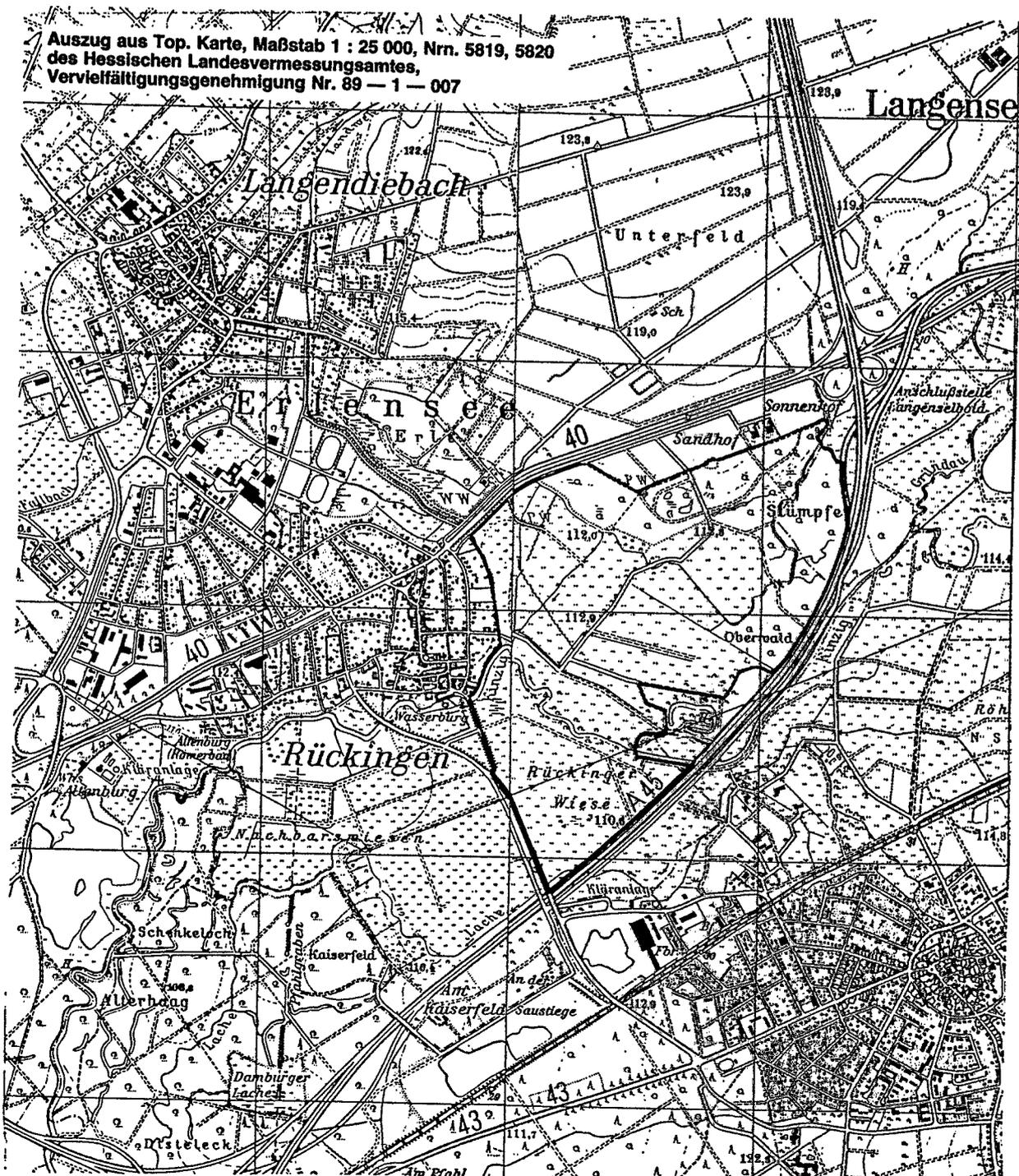
- den Grundwasserstand zu verändern, sowie Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
  6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
  7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
  8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
  9. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;

10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
  11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
  12. Wiesen oder Weiden umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern;
  13. Hunde frei laufen zu lassen;
  14. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.
- (2) Die obere Naturschutzbehörde kann, soweit dies zur Erreichung des Schutzzieles erforderlich ist, Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft anordnen.

## § 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die Nutzung der Grünlandflächen im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art, jedoch unter den in § 3 Abs. 1 Nr. 12 genannten Einschränkungen;



2. Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der natürlichen und strukturreichen Auwaldgesellschaften sowie die Umwandlung bestehender Hybridpappelbestände in standortgerechten Auwald im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
3. die Handlungen der Unterhaltungspflichtigen oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsarbeiten an Gewässern ohne Verbreiterung und Sohlenvertiefung von Gräben im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
4. Maßnahmen zur Unterhaltung und Instandsetzung der vorhandenen Ver- und Entsorgungsanlagen im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
5. Die Handlungen des Betreibers der Trinkwassergewinnungsanlage und dessen Beauftragter zur Überwachung, Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Trinkwassergewinnungsanlage im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde sowie die Entnahme von Grundwasser im Rahmen der wasserrechtlich zugelassenen Entnahmemenge;
6. a) die Einzeljagd auf Haarwild in der Zeit vom 16. Juli bis 31. Januar;  
b) die Jagd auf Stockente und Fasan in der Zeit vom 1. Dezember bis 15. Januar;
7. die Ausübung der Fischerei am Südufer der Kinzig im Rahmen der fischereigesetzlichen Bestimmungen sowie am Nordufer der Kinzig in der Zeit vom 1. Juli bis Ende Februar.

## § 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.

## § 6

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Abs. 1 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Abs. 1 Nr. 3);
4. Gewässer schafft oder bestehende Gewässer, Gewässerufer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Abs. 1 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Abs. 1 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Abs. 1 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Abs. 1 Nr. 7);
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Abs. 1 Nr. 8);
9. reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmt, Feuer anzündet oder unterhält, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 3 Abs. 1 Nr. 9);
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Abs. 1 Nr. 10);
11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Abs. 1 Nr. 11);
12. Wiesen oder Weiden umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 3 Abs. 1 Nr. 12);
13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Abs. 1 Nr. 13);
14. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Abs. 1 Nr. 14);

(2) Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 1 Nr. 17 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Anordnung des § 3 Abs. 2 zuwiderhandelt.

## § 7

Für den Geltungsbereich dieser Verordnung werden aufgehoben:

1. die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gießen, Main-Kinzig, Vogelsberg und Wetterau „Landschaftsschutzgebiet Vogelsberg-Hessischer Spessart“ vom 31. Juli 1975 (StAnz. S. 1486);
2. die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des zukünftigen Landschaftsschutzgebietes „Auenverbund Kinzig“ vom 10.

Dezember 1985 (StAnz. S. 2353), verlängert durch Verordnung vom 14. Dezember 1987 (StAnz. 1988 S. 36, 293).

## § 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 5. Dezember 1989

Regierungspräsidium Darmstadt

gez. W. Link

Regierungspräsident

StAnz. 52/1989 S. 2633

1229

### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Oberwaldsee von Dietesheim“ vom 13. Dezember 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde, verordnet:

## § 1

(1) Das ehemalige Basaltsteinbruchgelände mit dem Oberwaldsee und angrenzenden Wald- und Brachbereichen südöstlich von Mühlheim-Dietesheim wird in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte ergeben, zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Oberwaldsee bei Dietesheim“ besteht aus Flächen der Fluren 5, 6 und 7, Gemarkung Dietesheim, Stadt Mühlheim im Kreis Offenbach am Main. Es hat eine Größe von 35,18 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 2 000 festgelegt, in der das Naturschutzgebiet rot umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird vom Regierungspräsidium Darmstadt, oberer Naturschutzbehörde, Orangerieallee 12, 6100 Darmstadt, archivmäßig verwahrt. Eine Abzeichnung dieser Karte befindet sich beim Kreis Ausschuß des Kreises Offenbach, unterer Naturschutzbehörde, Berliner Straße 60, 6050 Offenbach. Die Karten können von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

## § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, das Gebiet, das wegen seiner Struktur sowie der geologischen Verhältnisse und landschaftlichen Schönheit einmalig für den südhessischen Raum ist, als Lebensraum für bestandsgefährdete Pflanzen- und Tierarten, insbesondere Vögel und Amphibien, zu sichern und weiterzuentwickeln.

## § 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung (HBO) herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig vom Anwendungsbereich der HBO (§ 1 Abs. 2 HBO) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, insbesondere Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern sowie Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;

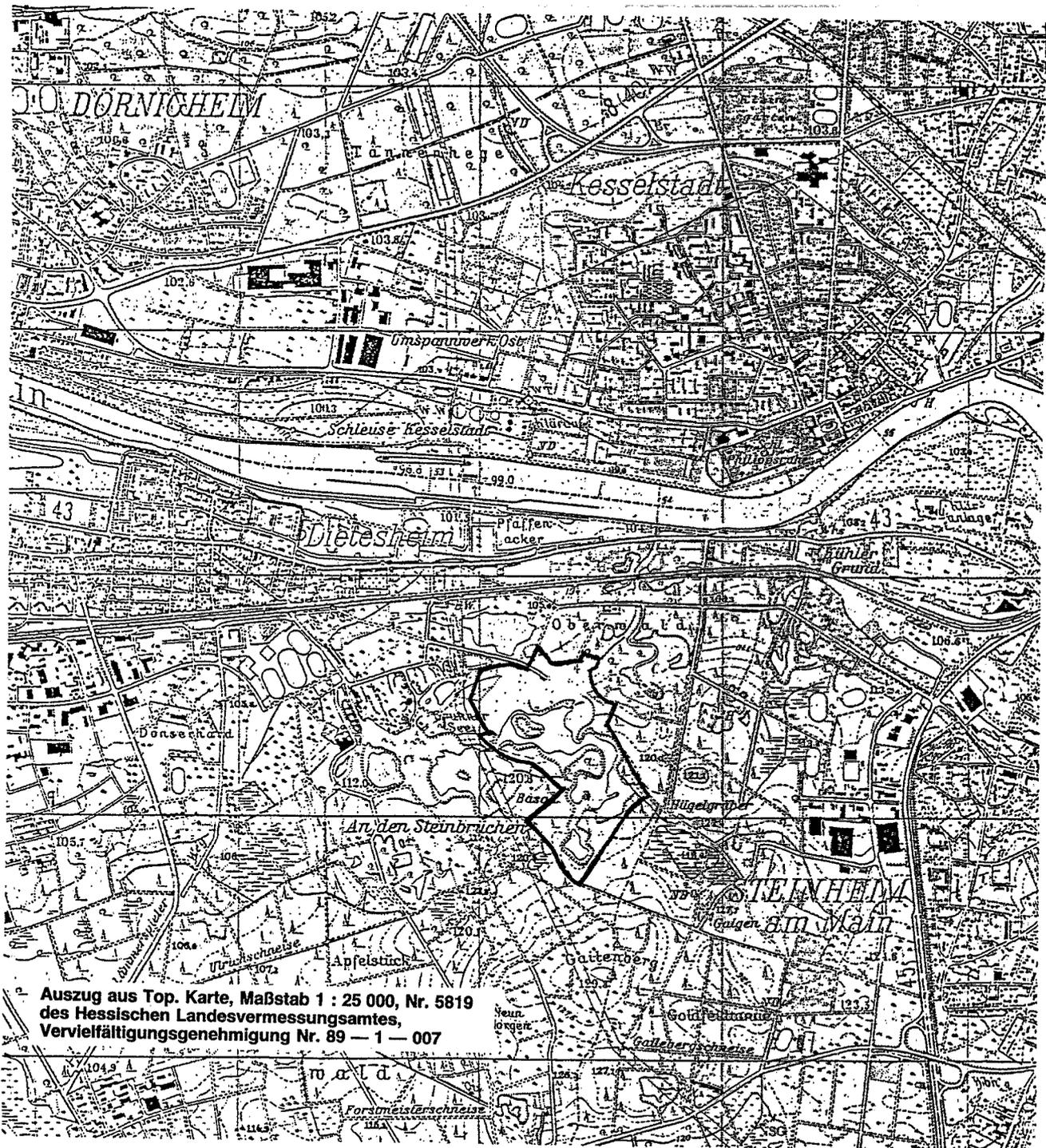
6. wildlebenden Tieren, auch Fischen in Teichen und sonstigen geschlossenen Gewässern nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
9. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserfahrzeuge aller Art, einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;

12. Pflanzenschutzmittel anzuwenden;
13. Hunde frei laufen zu lassen;
14. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

## § 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung naturnaher, arten- und strukturreicher Waldgesellschaften unter den in § 3 Nr. 12 genannten Einschränkungen im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
2. die Ausübung der Einzeljagd, jedoch nicht auf Federwild;
3. die Handlungen der zuständigen Wasserbehörde oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsarbeiten an Gewässern im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
4. die Überwachung, Unterhaltung und Instandsetzung von Ent- und Versorgungsanlagen im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde.



## § 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.

## § 6

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Gewässer schafft oder Gewässer, Gewässerufer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Nr. 8);
9. reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmt, Feuer anzündet oder unterhält, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 3 Nr. 9);
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 10);
11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 11);
12. Pflanzenschutzmittel anwendet (§ 3 Nr. 12);
13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 13);
14. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Nr. 14).

## § 7

Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Kreis Offenbach vom 19. Juni 1961 (Offenbacher Post Nr. 148 vom 30. Juni 1961) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

## § 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 13. Dezember 1989

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
gez. W. Link  
(Regierungspräsident)

StAnz. 52/1989 S. 2635

1230

KASSEL

**Verordnung zur Änderung der Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung künftiger Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Kassel, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg sowie der Stadt Kassel vom 19. Dezember 1986 vom 26. November 1989**

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird verordnet:

## Art. 1

Die Gültigkeit der Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung künftiger Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Kassel, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg sowie der Stadt Kassel vom 19. Dezember 1986 (StAnz. 1987 S. 146) wird für die einstweilig sichergestellten Gebiete NSG „Mittelberg bei Hofgeismar“, Landkreis Kassel, NSG/LSG „Heisebachtal in Kassel“ und NSG/LSG „Rohrerlen bei Werkel“, Schwalm-Eder-Kreis, um zwei Jahre bis zum 19. Januar 1992 verlängert.

## Art. 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 26. November 1989

**Regierungspräsidium Kassel**  
gez. Dr. Wilke  
(Regierungspräsident)

StAnz. 52/1989 S. 2637

1231

**Vorhaben der Firma Eisenwerk Hasenclever & Sohn GmbH, Battenberg (Eder)**

Die vorgenannte Firma hat Antrag auf Erteilung einer immissionsrechtlichen Genehmigung zur Änderung der Gießerei gestellt. Die Änderung besteht aus der Installation einer zusätzlichen Maskenformmaschine, der Verlängerung der Gießstrecke und der Installation von Absauganlagen (Anlage nach Nr. 3.7 Spalte 1 der 4. BImSchV) auf dem Grundstück in Battenberg Auhammer, Gemarkung Battenberg, Flur 42, Flurstück 10.

Die Anlage soll Anfang 1990 in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Kassel. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen innerhalb der Auslegungsfrist vom 3. Januar 1990 bis 5. März 1990 bei der Stadtverwaltung in Battenberg (Eder), Hauptstraße 58, Zimmer Nr. 3, während der Dienststunden oder bei dem Regierungspräsidium Kassel, Dr.-Fritz-Hoch-Haus, Steinweg 6, 3500 Kassel, Zimmer 653 (Dienststunden montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr, freitags von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr), schriftlich (in lesbarer Form) oder zur Niederschrift vorzubringen.

Der Antrag, die Pläne und sonstige Unterlagen liegen dort zur Einsichtnahme aus.

Mit Ablauf der o. g. Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Als Termin, an dem die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen erörtert werden, wird Donnerstag, der 15. März 1990, 10.00 Uhr, bestimmt.

Versammlungsraum ist der Stadtverordneten-Sitzungssaal, Hauptstraße 58, in Battenberg (Eder).

Besondere Einladungen hierzu ergehen nicht. Die Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder der Einwender erörtert. Die Erörterung ist nicht öffentlich, zugelassen sind nur die Personen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Kassel, 4. Dezember 1989

**Regierungspräsidium Kassel**  
32 b — 53 e 621 — 5 — Ri

StAnz. 52/1989 S. 2637

1232

**Verordnung über das Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiet „Habichtsstein und Warmetal bei Ehlen“, Landkreis Kassel, vom 2. November 1989; hier: Berichtigung**

Bezug: Verkündung in StAnz. 1989 S. 2433

In der o. a. Verordnung ist folgendes zu berichtigen bzw. zu ersetzen:

In § 3 Nr. 9 und § 4 Nr. 6 muß es nach „Feuer anzuzünden oder zu unterhalten“, richtig lauten:

„Wasserfahrzeuge aller Art oder Modellschiffe einzusetzen oder Modellflugzeuge starten oder landen zu lassen;“

In § 7 Abs. 1 Nr. 9 und § 7 Abs. 2 Nr. 6 muß es nach „Feuer anzündet oder unterhält,“ vor dem jeweiligen Klammerzusatz richtig lauten:

„Wasserfahrzeuge aller Art oder Modellschiffe einsetzt oder Modellflugzeuge starten oder landen läßt.“

**Regierungspräsidium Kassel**  
68 — R 21.1 — D 24 — 4

StAnz. 52/1989 S. 2637

# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1989

MONTAG, 25. DEZEMBER 1989

Nr. 52

## Güterrechtsregister

- 5260**  
4 GR 1032 — Neueintragung — 12. 12. 1989: Die Eheleute Franz Johannes Schader, geb. 23. 5. 1959, und Ute Karin Schader geb. Wolf, geb. 20. 9. 1963, beide wohnhaft in Bensheim, haben durch Vertrag vom 2. November 1989 Gütertrennung vereinbart.  
**6140 Bensheim, 12. 12. 1989** Amtsgericht
- 5261**  
8 GR 784 — Neueintragung — 7. 12. 1989: Die Eheleute Theobald Wagner, geb. 26. 7. 1961, und Renate Wagner geb. Rössler, geb. 28. 10. 1961, beide wohnhaft Groß-Umstädter Straße 80 d, 6110 Dieburg, haben durch Vertrag vom 10. März 1989 Gütertrennung vom Tage der Eheschließung vereinbart.  
**6110 Dieburg, 7. 12. 1989** Amtsgericht
- 5262**  
GR 2448 — Neueintragung — 6. 12. 1989: Busch, Theodor Paul, Busch, geb. Roehl, Marie-Luise, Burgallee 8, Bad Nauheim. Gütertrennung durch Vertrag vom 2. November 1989.  
**6360 Friedberg (Hessen), 6. 12. 1989** Amtsgericht
- 5263**  
GR 2103 — Veränderung — 11. 12. 1989: Limbrunner, Horst Reiner, Limbrunner, geb. Henrich, Sonja, In den Nußgärten 41, 6350 Bad Nauheim. Die Gütertrennung ist durch Vertrag vom 3. November 1989 aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft vereinbart.  
**6360 Friedberg (Hessen), 11. 12. 1989** Amtsgericht
- 5264**  
GR 694 — Neueintragung — 23. 11. 1989: Schwechla, Herbert Franz, geb. 6. Juli 1947, Schwechla geb. Feulbach, Gudrun Frieda Monika, geb. 29. Oktober 1950, beide Kallbachstraße 11, 6418 Hünfeld-Michelsrombach. Durch notariellen Vertrag vom 1. November 1989 ist Gütertrennung vereinbart.  
**6418 Hünfeld, 23. 11. 1989** Amtsgericht
- 5265**  
5 GR 433 — Neueintragung — 12. 12. 1989: Die Eheleute Kurt und Frauke Brenner geb. Peters, Bibliser Straße 5, Groß-Rohrheim, haben durch Ehevertrag vom 25. September 1989 für ihre Ehe den Güterstand der Gütertrennung vereinbart.  
**6840 Lampertheim, 12. 12. 1989** Amtsgericht
- 5266**  
GR 1299 — Neueintragung — 11. 12. 1989: Khaled Subayi und Margarethe Kröger, beide wohnhaft Am Rain 18, 3550 Marburg. Durch notariellen Vertrag vom 5. September 1989 ist Gütertrennung vereinbart.  
**3550 Marburg, 11. 12. 1989** Amtsgericht
- 5267**  
Neueintragungen beim Amtsgericht Offenbach am Main  
GR 5219 — 8. 12. 1989: Eheleute Stefan Josef Alwin Johne in Mühlheim am Main und Sabine Johne geb. Welsand in Heusenstamm. Durch notariellen Vertrag vom 7. November 1989 ist Gütertrennung vereinbart.  
GR 5220 — 8. 12. 1989: Eheleute Klaus Kowoll und Ursula Luise Kowoll geb. Seifert in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 6. Oktober 1989 ist Gütertrennung vereinbart.  
**6050 Offenbach am Main, 8. 12. 1989** Amtsgericht, Abt. 5
- 5268**  
GR 344 — Neueintragung — 5. 12. 1989: Eheleute Rudolf Schaefer und Christel Schaefer geb. Günther, Bahnhofspfad 5, 6492 Sinnthal 4. Durch Vertrag vom 4. November 1989 ist Gütertrennung vereinbart.  
**6490 Schlüchtern, 11. 12. 1989** Amtsgericht
- 5269**  
5 GR 1180 — Neueintragung — 27. 11. 1989: Eheleute Aleksandar Dukeljski, geboren am 24. September 1957, und Anette Kraft-Dukeljski geborene Kraft, geboren am 20. April 1967, Weillergasse 90, 6330 Wetzlar-Dutenhofen. Durch notariellen Vertrag des Notars Gerhardt in Wetzlar vom 29. April 1988 — Urkundenrolle Nummer 118/1988 — ist Gütertrennung vereinbart.  
**6330 Wetzlar, 27. 11. 1989** Amtsgericht

## Vereinsregister

- 5270**  
VR 610 — Neueintragung — 5. 12. 1989: Bürgerinitiative — Rettet den Seulingswald e. V. in Bad Hersfeld-Kathus.  
**6430 Bad Hersfeld, 5. 12. 1989** Amtsgericht
- 5271**  
Neueintragungen beim Amtsgericht Friedberg (Hessen)  
VR 749 — 8. 12. 1989: Naturschutzgruppe Bad Nauheim, Bad Nauheim.  
VR 750 — 8. 12. 1989: Theatergruppe Assenheim, Niddatal-Assenheim.  
**6360 Friedberg (Hessen), 8. 12. 1989** Amtsgericht
- 5272**  
5 VR 986 — Neueintragung — 11. 12. 1989: Reit- und Fahrverein Zillbach in Eichenzell-Zillbach.  
**6400 Fulda, 11. 12. 1989** Amtsgericht
- 5273**  
Neueintragungen beim Amtsgericht Hanau  
41 VR 1197 — 29. 11. 1989: Verein der Freunde und Förderer der Ludwig-Geissler-Schule Hanau e. V., Hanau.  
41 VR 1198 — 1. 12. 1989: Gesellschaft zur Förderung der Schulprojektarbeit e. V., Hanau.  
**6450 Hanau, 1. 12. 1989** Amtsgericht, Abt. 41
- 5274**  
VR 231 — Neueintragung — 12. 12. 1989: Flörsheimer — Türkisch-Islamischer Verein (Mehmet Akif Camii) e. V., 6093 Flörsheim am Main.  
**6203 Hochheim am Main, 12. 12. 1989** Amtsgericht
- 5275**  
VR 308 — Löschung — 3. 10. 1989: Feirabend Hilfe e. V., Niedernhausen.  
**6270 Idstein, 7. 12. 1989** Amtsgericht
- 5276**  
8 VR 783 — Neueintragung — 7. 12. 1989: Freiwillige Feuerwehr Kelkheim-Hornau 1928 eV, Kelkheim/Taunus.  
**6240 Königstein im Taunus, 7. 12. 1989** Amtsgericht
- 5277**  
VR 647 — Neueintragung — 11. 12. 1989: Badminton Club Lampertheim, Lampertheim.  
**6840 Lampertheim, 11. 12. 1989** Amtsgericht
- 5278**  
VR 595 — Neueintragung — 5. 12. 1989: Turn- u. Sportverein 1965 Bullau, 6120 Erbach/Bullau.  
**6120 Michelstadt, 5. 12. 1989** Amtsgericht
- 5279**  
VR 596 — Neueintragung — 5. 12. 1989: Reitsportgemeinschaft Breuberg-Sandbach e. V., 6127 Breuberg/Sandbach.  
**6120 Michelstadt, 5. 12. 1989** Amtsgericht
- 5280**  
VR 535 — Neueintragung — 11. 12. 1989: Kickboxverein Seligenstadt e. V., Seligenstadt.  
**6453 Seligenstadt, 12. 12. 1989** Amtsgericht
- 5281**  
VR 487 — Veränderung — 8. 12. 1989: Anstaltsverein Lahm-Taunus in Weilmünster. Der Name des Vereins ist geändert worden in Verein zur Förderung der Integration Lahm-Taunus.  
**6290 Weilburg, 8. 12. 1989** Amtsgericht
- 5282**  
VR 1221 — Neueintragung — 27. 11. 1989: Der Verein „Verein für Schiffsmodellbau und Schiffsmodellbau“ in 6330 Wetzlar ist heute unter Nr. 1221 in das Vereinsregister bei dem Amtsgericht Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 15. Oktober 1989 errichtet.  
**6330 Wetzlar, 27. 11. 1989** Amtsgericht

**5283**

VR 262 — Neueintragung — 7. 12. 1989: Musikzug 1989 Wolfhagen, Sitz Wolfhagen.

3549 Wolfhagen, 7. 12. 1989 **Amtsgericht**

**Liquidationen****5284**

VR 364 AG Eschwege: Hiermit zeigen wir, der Haus- und Grundbesitzerverein Sontra e. V. an, daß sich unser Verein in Auflösung befindet. (Az. VR 364 Amtsgericht Eschwege). Eventuelle Gläubiger möchten sich binnen eines Jahres melden.

6443 Sontra, 30. 11. 1989

**Die Liquidatoren**  
Gerhard Richter  
Rudolf Schäfer

**Vergleiche — Konkurse****5285**

6 N 81/89 — **Beschluß:** Über das Vermögen des Bankkaufmannes Hans Hübner, geboren am 2. 6. 1944, wohnhaft Am Krämersrain 21, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, wird heute, am 6. Dezember 1989, 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Ulrich Kneller, Goethestraße 144, 6457 Maintal 2, Tel. 0 61 09/6 10 51.

Konkursforderungen sind bis zum 1. März 1990, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung berechneten Betrag, bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am Montag, 22. Januar 1990, 9.00 Uhr;

Prüfungstermin am Montag, 19. März 1990, 9.00 Uhr, im Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe, Auf der Steinkaut 10—12, Saal 2.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 19. Januar 1990 ist angeordnet.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 6. 12. 1989  
**Amtsgericht**

**5286**

6 N 87/89 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren betreffend die Firma AFV Aktiva Finanzvermittlungs- und Vertriebs GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Reiner Mönke, An den drei Hasen 4, 6370 Oberursel, wird heute, am 11. Dezember 1989, 15.00 Uhr, zur Sicherung der Masse die Sequestrierung angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt. Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Forderungen. Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen.

Zum Sequester wird bestellt: Rechtsanwalt Ulrich Kneller, Goethestraße 144, 6457 Maintal 2, Tel. 0 61 09/6 10 51.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 11. 12. 1989  
**Amtsgericht**

**5287**

81 N 127/86 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Tellus Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenindustrie, Westendstraße 28, 6000 Frankfurt am Main 1, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben, § 163 KO.

6000 Frankfurt am Main, 29. 11. 1989  
**Amtsgericht, Abt. 81**

**5288**

81 N 663/89 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Hedwig Hulda Irma Pfabe geb. Schwerdtfeger, verstorben am 19. 5. 1989, Frankfurt am Main, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse gem. § 204 KO eingestellt.

6000 Frankfurt am Main, 1. 12. 1989  
**Amtsgericht, Abt. 81**

**5289**

81 N 334/87 — **Amtsgericht Frankfurt am Main:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kauffrau Ingrid Wadhvani soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 19 291,96 DM. Hiervon gehen ab die Kosten für die Verwaltung und Verwertung der Masse.

Zu berücksichtigen sind 63 093,18 DM bevorrechtigte und 3 261 933,11 DM nichtbevorrechtigte Forderungen. Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme bei dem Amtsgericht in Frankfurt am Main aus.

6000 Frankfurt am Main, 8. 12. 1989  
**Der Konkursverwalter**  
Dr. Walter  
Rechtsanwalt

**5290**

24 N 20/89 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Helmut Hans Schwarz, Hochstraße 17, 6082 Mörfelden-Walldorf 1, wird besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Freitag, 19. Januar 1990, 9.30 Uhr, Raum 178, I. Stock, Gerichtsgebäude Europaring 11—13, 6080 Groß-Gerau.

6080 Groß-Gerau, 6. 12. 1989 **Amtsgericht**

**5291**

42 N 118/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma J. Pradella Baugesellschaft mbH, Hohenstraße 1, 6451 Neuberg, wird das Verfahren nach dem Vollzug der Verteilung aufgehoben.

6450 Hanau, 4. 12. 1989 **Amtsgericht, Abt. 42**

**5292**

65 N 36/88: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Lebensabend-Bewegung Bundesvereinigung e. V., vertreten durch den Vorstand Hans Pippert und Erwin Pöttner, Kassel, Burgfeldstraße 17, VR 653 AG Kassel, ist besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Donnerstag, 18. Januar 1990, 11.15 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

3500 Kassel, 28. 11. 1989  
**Amtsgericht, Abt. 65**

**5293**

65 N 105/84: In dem Konkursverfahren der Brunsch Wohnbau GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Wilhelm Brunsch, Schwarzbachweg 16, 3501 Söhrewald 1, HRB 3466 AG Kassel, ist der Rechtsanwalt Frank Ziegler, Untere Königsstraße 71, 3500 Kassel, zum Konkursverwalter an Stelle des bisherigen ernannt.

Gläubigerversammlung zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines anderen Verwalters und zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters am

Mittwoch, 24. Januar 1990, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts

Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

3500 Kassel, 1. 12. 1989 **Amtsgericht, Abt. 65**

**5294**

65 N 225/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der ORBA Damenoberbekleidung GmbH, Oberzwehrener Straße 2, 3507 Baunatal, ist der Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters, Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und Anhörung der Massegläubiger zu der Masseunzulänglichkeit bestimmt auf

Dienstag, 9. Januar 1990, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß (Hofseite), Sitzungssaal.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 20 040,69 DM, seine Auslagen sind auf 2451,07 DM festgesetzt.

3500 Kassel, 5. 12. 1989 **Amtsgericht, Abt. 65**

**5295**

65 N 15/87: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Haack Holzbau GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Klaus Haack, Maybachstraße 3, 3500 Kassel, HRB 4176 AG Kassel, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Montag, 12. Februar 1990, 14.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

3500 Kassel, 5. 12. 1989 **Amtsgericht, Abt. 65**

**5296**

7 N 73/89: Über das Vermögen des Vereins Deutscher Katzenclub e. V. (DKC), Dreieich, Notvorstand: Rechtsanwalt H. J. Schmitt, Gallusanlage 2, 6000 Frankfurt am Main, ist am 7. Dezember 1989, 15.05 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Ulrich Köster, 6090 Rüsselsheim, Weinbergstraße 2, Tel. 0 61 42/6 10 47.

Konkursforderungen sind bis 23. Februar 1990, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung, bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

19. Januar 1990, 11.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

30. März 1990, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, Saal 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 15. Februar 1990 anzeigen.

6070 Langen, 8. 12. 1989 **Amtsgericht**

**5297**

7 N 27—29/88 — **Beschluß:** In den Konkursverfahren über das Vermögen der Firmen

1) Electron Games G. Reichert, Verwaltungs-GmbH, Limburg-Offheim, Am Dachsstück 8, vertreten durch den Geschäftsführer Goswin Reichert,

2) Reichert Automaten Goswin Reichert GmbH & Co. KG, umbenannt in Electron Games Vertriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Limburg-Offheim, Am Dachsstück 7,

### 3. Electron Games G. Reichert GmbH & Co. KG, Limburg-Offheim, Am Dachsstück 8,

wird zur Abnahme der Schlußrechnungen des Konkursverwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen die Schlußverzeichnisse der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Prüfung der nachgemeldeten Forderungen, sowie zur Anhörung der Gläubiger über Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) Termin auf

Dienstag, dem 23. Januar 1990, vor dem Amtsgericht Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, Gebäude A, Raum 14, Erdgeschoß, bestimmt, und zwar

- a) im Verfahren zu Ziffer 1) um 14.00 Uhr,
- b) im Verfahren zu Ziffer 3) um 14.15 Uhr,
- c) im Verfahren zu Ziffer 2) um 14.30 Uhr.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt

im Verfahren zu Ziffer 1) Vergütung: 12 649,49 DM einschließlich Steuer,

im Verfahren zu Ziffer 2) Vergütung: 37 202,76 DM einschließlich Steuer, Auslagen: 93,75 DM,

im Verfahren zu Ziffer 3) Vergütung: 46 117,32 DM einschließlich Steuer, Auslagen: 81,25 DM.

Die festgesetzten Vorschüsse sind anzurechnen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 11. 12. 1989

Amtsgericht

### 5298

7 N 14/88: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckermeisters Werner Kalk, Talhäuser Straße 2, 3551 Münchhausen, wird Schlußtermin auf

Donnerstag, 25. Januar 1990, 10.00 Uhr, Saal 157, Amtsgericht Marburg, Universitätsstraße 48, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen.

Die Verwaltervergütung ist festgesetzt auf 9040,23 DM zuzüglich 7% Ausgleich; die Auslagen auf 200,— DM zuzüglich Mehrwertsteuer.

3550 Marburg, 6. 12. 1989

Amtsgericht, Abt. 7

### 5299

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Orion-Heimreiter-Verlag GmbH, 6056 Heusenstamm, mache ich gemäß § 151 KO bekannt, daß ein Massebestand von 1016,55 DM vorhanden ist. Hier-von sind Vorrechtsforderungen in Höhe von 181,— DM bereits bezahlt; nichtbevorrechtigte Konkursgläubiger mit Forderungen von 20 897,83 DM erhalten somit eine Schlußquote von 4%. Ein Verzeichnis der bei der Schlußverteilung zu berücksichtigenden Gläubiger ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Offenbach am Main zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Etwaige Masseansprüche sind dem Verwalter nicht bekannt. Evtl. Massegläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche unverzüglich beim Konkursverwalter geltend zu machen.

6050 Offenbach am Main, 4. 12. 1989

Der Konkursverwalter  
Karl Polkin

### 5300

4 N 32/89: Der Antrag der Thetrans Electronic Transport/Service Import/Export GmbH, Am Südpark 7 c, 6092 Kelsterbach, Geschäftsführer: Walter Theny, 6092 Kel-

sterbach, auf Eröffnung des Konkursverfahrens über das eigene Vermögen ist durch Beschluß vom 23. Oktober 1989 mangels einer die Kosten deckenden Masse zurückgewiesen worden.

6090 Rüsselsheim, 11. 12. 1989 Amtsgericht

### 5301

3 N 5/88 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Eberhard Schwedes KG, Siegmund-Hiepe-Straße 20 in Wetzlar wird eine Gläubigerversammlung nebst Prüfungstermin auf

Mittwoch, den 24. Januar 1990, 9.30 Uhr, Zimmer 201, Gebäude B, Wertherstraße 1, 6330 Wetzlar, anberaumt.

Tagesordnung:

- 1) Bericht des Konkursverwalters über den Stand des Verfahrens,
- 2) Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

6330 Wetzlar, 5. 12. 1989

Amtsgericht

### 5302

62 N 84/86 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Anwibra Gesellschaft für Anmietung und wirtschaftliche Beratung m.b.H., Franz-Abt-Straße 6, 6200 Wiesbaden, wird die Vor-nahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den

5. Februar 1990, 14.00 Uhr, Zimmer 412 (Nebenstelle Moritzstraße 5), vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung evtl. nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird zuzügl. 7% Mehrwertsteuer auf 66 000,— DM (sechshundsechzigtausend), die zu erstattenden Auslagen werden auf 2364,— DM festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 4. 12. 1989

Amtsgericht, Abt. 62

### 5303

62 N 84/86: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Anwibra Gesellschaft für Anmietung und wirtschaftliche Beratung mit beschränkter Haftung, vormalig Franz-Abt-Straße 6, 6200 Wiesbaden, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Verfügbar sind 153 514,21 DM.

Zu berücksichtigen sind bevorrechtigte Forderungen mit 30 960,03 DM und nicht bevorrechtigte Forderungen mit 1 439 993,28 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Wiesbaden zum Aktenzeichen 62 N 84/86 zur Einsicht niedergelegt.

6200 Wiesbaden, 8. 12. 1989

Der Konkursverwalter

Peter Klein, Rechtsanwalt und Notar

### 5304

62 N 50/82 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der WS Wohnstudio GmbH, Bahnhofstraße 15—17, 6200 Wiesbaden, wird die Vergütung des Konkursverwalters auf 6000,— DM festgesetzt.

Das Konkursverfahren ist mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt.

6200 Wiesbaden, 7. 12. 1989

Amtsgericht

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

### 5305

K 11/89: Die im Grundbuch von Homberg, Bezirk Alsfeld, Band 67, Blatt 2484, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Homberg,

Flur 2, Nr. 107/12, Gebäude- und Freifläche, Ostring 13, Größe 3,08 Ar,

Flur 2, Nr. 547/3, Verkehrsfläche, Ostring, Größe 0,18 Ar,

sollen am Freitag, dem 9. Februar 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amt-hof 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 6. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Peter Feyh, Ostring 11, 6313 Homberg/Ohm,

dessen Ehefrau Edeltraud, geborene Rabenau, daselbst, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 7. 12. 1989

Amtsgericht

### 5306

8 K 28/89: Der im Grundbuch von Bad Vilbel, Bezirk Okarben, Band 45, Blatt 1670, eingetragene 1/20 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Okarben, Flur 2, Flurstück 92/7, Gebäude- und Freifläche, Am tiefen Born, Größe 2,85 Ar,

soll am Dienstag, dem 27. März 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Friedrich-Ebert-Straße 28, Sitzungssaal 3, 2. Ebene, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 8. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Günter Riegert, 6352 Ober-Mörlen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4000,— DM für 1/20 an lfd. Nr. 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 16. 11./8. 12. 1989

Amtsgericht

### 5307

K 6/88: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Wildungen,

Band 111, Blatt 3297, Lieg.B. 261, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 32, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 1, Flurstück 562/2, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 11, Größe 3,78 Ar,

lfd. Nr. 33, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 1, Flurstück 562/5, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 11, Größe 0,23 Ar,

lfd. Nr. 36, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 1, Flurstück 562/6, Hof- und Gebäudefläche, Fetter Hagen 11, Größe 0,03 Ar,

Gemarkung Bad Wildungen, Flur 1, Flurstück 562/4, Hof- und Gebäudefläche, Fetter Hagen, Größe 0,03 Ar,

lfd. Nr. 37, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 1, Flurstück 562/3, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 11, Größe 0,02 Ar,

lfd. Nr. 38, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 1, Flurstück 562/1, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 11, Größe 0,03 Ar,

soll am Freitag, dem 16. Februar 1990, 9.30 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Laustraße, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 8. 1988 bzw. 20. 3. 1989 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Gärtnermeisterin Sigrun Dohr geb. Schef-fer in Bad Wildungen, geb. 24. 9. 1943.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 32, Flur 1, Flurstück 562/2 auf 275 000,— DM,

lfd. Nr. 33, Flur 1, Flurstück 562/5 auf 1 500,— DM,

lfd. Nr. 36, Flur 1, Flurstücke 562/6 und 562/4 auf 390,— DM,

lfd. Nr. 37, Flur 1, Flurstück 562/3 auf 130,— DM,

lfd. Nr. 38, Flur 1, Flurstück 562/1 auf 195,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3590 Bad Wildungen, 15. 11. 1989  
Amtsgericht

### 5308

K 11/88: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Wildungen, Band 193, Blatt 5753, Lieg.B. 3183, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 1, Flurstück 133, Hof- und Gebäudefläche, Fritz-Appel-Straße 9, Größe 0,73 Ar,

soll am Freitag, dem 2. März 1990, 9.30 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Laustraße 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 9. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Verkaufsingenieur Jürgen-Manfred Skottke,

b) Waltraud Skottke geb. Oehme, beide in Bad Wildungen, Fritz-Appel-Straße 9, — je zur Hälfte —,

zu a) jetzt: 8070 Ingolstadt, Münzbergstraße 5,

zu b) jetzt: 8831 Moersheim, Am Plattenberg 21.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 55 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3590 Bad Wildungen, 16. 11. 1989  
Amtsgericht

### 5309

4 K 68/88: Die im Grundbuch von Bensheim, Band 370, Blatt 13 014, eingetragene ideelle Hälfte des Grundstücks,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bensheim, Flur 9, Flurstück 702/33, Gebäude- und Freifläche, Röderweg 17 A, Größe 2,67 Ar, soll am Montag, dem 12. Februar 1990, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Raum 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 12. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks): Sprick, Helmut, in Bensheim.

Der Verkehrswert ist gemäß § 74 a ZVG festgesetzt auf 450 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 29. 11. 1989  
Amtsgericht

### 5310

4 K 23/89: Das im Grundbuch von Heppenheim, Band 288, Blatt 11 646, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heppenheim, Flur 16, Flurstück 38/4, Hof- und Gebäudefläche, Von-Humboldt-Straße 5, Größe 29,37 Ar,

soll am Mittwoch, dem 21. Februar 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Raum 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 7. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kogel, Werner, Seeheim-Malchen.

Das zu versteigernde Grundstück ist gelegen im Gewerbegebiet von Heppenheim und bebaut mit einer Lagerhalle mit 920 qm Nutzfläche und Büroräumen mit 196 qm Nutzfläche. Autobahnanschluß befindet sich in unmittelbarer Nähe.

Der Verkehrswert wird gemäß § 74 a ZVG festgesetzt auf 750 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 7. 12. 1989  
Amtsgericht

### 5311

4 K 17/89: Der im Grundbuch von Engelbach, Band 16, Blatt 601, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Engelbach, Flur 2, Flurstück 73, Ackerland, Hardseite, Größe 54,61 Ar,

soll am Freitag, dem 16. März 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 3560 Biedenkopf, Nebengebäude Hainstraße 70, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 6. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Damm, Horst, geboren am 7. 5. 1961, wohnhaft in 3550 Marburg, Wilhelmstraße 8, jetzt: Barfüßerstraße 28,

b) Trog, Anne, geborene Damm, geboren am 21. 3. 1964, wohnhaft in 3554 Gladenbach, Marktplatz 1, jetzt: Eichendorffstraße 6,

c) Damm, Sigrid, geboren am 12. 9. 1971, wohnhaft in 3560 Biedenkopf-Engelbach, Lehnshof 5,

— als Miteigentümer in Erbengemeinschaft nach Karl Damm —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 12 014,20 DM.

In dem Versteigerungstermin vom 1. Dezember 1989 ist der Zuschlag bereits aus den Gründen des § 85 a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 1. 12. 1989  
Amtsgericht

### 5312

K 14/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Leun, Band 88, Blatt 1609,

lfd. Nr. 1, Flur 10, Flurstück 124, Freifläche, Otto-Hahn-Straße 14, Größe 7,66 Ar,

soll am Mittwoch, dem 14. März 1990, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, 1. Stock, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstraße, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 5. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Bürovorsteher Gernot Döberl, geboren am 16. 3. 1954, in Leun.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 42 130,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 12. 12. 1989  
Amtsgericht Wetzlar, Zweigstelle Braunfels

### 5313

3 K 34/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bleichenbach, Band 37, Blatt 1628,

Flur 1, Nr. 294, Gebäude- und Freifläche, Bleichstraße 36, Größe 2,00 Ar,

Flur 1, Nr. 295, Gebäude- und Freifläche, Bleichstraße 36, Größe 10,58 Ar,

soll am Montag, dem 19. Februar 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 10. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans Helmut Reiter, Bleichenbach, Bleichstraße 36, 6474 Ortenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 1, Nr. 294 auf 100 000,— DM,

Flur 1, Nr. 295 auf 75 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 1. 12. 1989  
Amtsgericht

### 5314

5 K 9/88: Das im Grundbuch von Butzbach, Band 92, Blatt 3496, eingetragene Grundstück, Gemarkung Butzbach, Flur 8, Flurstück 676/6,

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses, Gebäude- und Freifläche, Taunusstraße 97, Größe 6,48 Ar,

bzgl. der ideellen Miteigentumsanteile zu 1 b) und 1 c),

soll am Freitag, dem 9. Februar 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Färbgasse 24, 6308 Butzbach, Raum 1 (Sitzungssaal), Erdgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 6. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 b) Wittig, Anna Paula, geb. Löttsch, Taunusstraße 97, Butzbach,

1 c) Faber geb. Wittig, Gisela Meta, Wingerstraße 18, Butzbach, zu 1 b) und 1 c) — in Erbengemeinschaft zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt bzgl. der ideellen Hälfte auf 185 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 6. 12. 1989  
Amtsgericht

### 5315

61 K 136/88: Der im WE-Grundbuch von Darmstadt, Bezirk IV, Band 67, Blatt 2504,

eingetragene 10,065/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 4, Flurstück 232/7, Gebäude- und Freifläche, Am alten Bahnhof 6, Größe 30,03 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 34 bezeichneten Wohnung im 1. Obergeschoß,

soll am Mittwoch, dem 28. Februar 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 12. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Gelin Grundstücksverwaltungs-Gesellschaft mbH Immobilien KG in Leimen.

Der Wert des Grundstücksmiteigentumsanteils, verbunden mit dem Sondereigentum, ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 118 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 5. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5316

61 K 141/88: Das im Grundbuch von Weiterstadt, Band 123, Blatt 4793, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Weiterstadt, Flur 16, Flurstück 215/1, Hof- und Gebäudefläche, Außerhalb 47, Größe 27,98 Ar,

soll am Dienstag, dem 6. März 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 12. 1988 (Tag des Wieder-Versteigerungsvermerks):

a) Adolf Weiser in Weitertadt,  
b) Heidemarie Weiser geb. Keilbach, daselbst, — je zur Hälfte —,

jetzt seit 28. 12. 1988: Peter Weiser in Weiterstadt, — als Alleineigentümer —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 270 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 6. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5317

61 K 137/88: Der im WE-Grundbuch von Darmstadt, Bezirk IV, Band 67, Blatt 2503, eingetragene 9,849/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 4, Flurstück 232/7, Gebäude- und Freifläche, Am alten Bahnhof 6, Größe 30,03 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 33 bezeichneten Wohnung im 1. Obergeschoß,

soll am Mittwoch, dem 7. März 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 12. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Gelin Grundstücksverwaltungs-Gesellschaft mbH Immobilien KG in Leimen.

Der Wert des Grundstücksmiteigentumsanteils, verbunden mit dem Sondereigentum, ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 115 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 8. 12. 1989 **Amtsgericht**

lfd. Nr. 4, Gemarkung Gräfenhausen, Flur 12, Flurstück 80, Ackerland, Hinter der härten Wiese, Größe 41,75 Ar,

soll am Mittwoch, dem 11. April 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 7. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kaufmann Willi Andres in Darmstadt-Arheilgen,

b) Irene Andres geb. Cezanne, daselbst, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 8. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5319

61 K 56/89: Das im Grundbuch von Erzhausen, Band 73, Blatt 3091, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Erzhausen, Flur 1, Flurstück 669, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 23; Größe 5,13 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. April 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 6. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Robert Kretschmann.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 600 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 8. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5320

3 K 71/88: Der im Grundbuch von Ueberau, Band 51, Blatt 2016, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Ueberau, Flur 1, Flurstück 296, Gebäude- und Freifläche, Groß-Bieberauer Straße 5, Größe 1,81 Ar,

soll am Dienstag, dem 13. Februar 1990, 13.30 Uhr, Raum 110, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bei der Erlesmühle 1, 6110 Dieburg, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 11. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Gabriele Schepp geb. Klein, 6107 Reinheim,

b) Dirk Schepp, daselbst,

c) Denis Schepp, 6110 Dieburg,

d) Jessica Schepp, 6107 Reinheim,

e) Christian Schepp, daselbst, — in Erbengemeinschaft —.

Im Versteigerungstermin am 4. Juli 1989 ist der Zuschlag gemäß § 85 a ZVG versagt worden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 165 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 6. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5321

3 K 80/88: Der im Grundbuch von Hergershausen, Band 27, Blatt 1507, eingetra-

gene Grundbesitz, Hergershausen, Flur 7, Flurstück 79, Ackerland, vor den Hardtröbern, Größe 20,80 Ar,

soll am Montag, dem 12. Februar 1990, 13.30 Uhr, Raum 110, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bei der Erlesmühle 1, 6110 Dieburg, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 1. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Georg Wendelin Kolb, Darmstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 9 360,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 20. 11. 1989 **Amtsgericht**

### 5322

3 K 90/88: Der im Grundbuch von Groß-Bieberau, Band 57, Blatt 2429, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Groß-Bieberau, Flur 11, Flurstück 76/1, Hof- und Gebäudefläche, Friedrich-Ebert-Straße 28, Größe 8,02 Ar,

soll am Montag, dem 5. Februar 1990, 13.30 Uhr, Raum 110, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bei der Erlesmühle 1, 6110 Dieburg, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 1. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Florheim, Hans-Joachim, Reinheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 330 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 6. 11. 1989 **Amtsgericht**

### 5323

3 K 13/89: Die im Grundbuch von Hoheneiche, Band 17, Blatt 357, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Hoheneiche,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Flurstück 102/2, Betriebsgelände, Ackerland, Reichensächser Straße 25, Größe 50,63 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 5, Flurstück 102/1, Betriebsgelände, Ackerland, Kläranlage, Reichensächser Straße 25, Größe 15,84 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 7. März 1990, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3440 Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer Nr. 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. 2. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Thermo-Glas Gesellschaft mit beschränkter Haftung, früher Ringgau-Dattode, jetzt Wehretal-Hoheneiche.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 15. 11. 1989 **Amtsgericht**

### 5324

3 K 65/85: Die im Grundbuch von Eschwege, Band 284, Blatt 10 468, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Eschwege,

### 5318

61 K 77/89: Das im Grundbuch von Gräfenhausen, Band 68, Blatt 2841, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 30, Flurstück 39/1, Gebäude- und Freifläche, Langenhainer Weg Haus Nr. 7, Größe 13,54 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 30, Flurstück 39/3, Gebäude- und Freifläche, Langenhainer Weg 7, Größe 4,31 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 21. März 1990, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3440 Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer Nr. 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 8. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Agnes Reumschüssel geb. Jobst, Meinhard-Schwebda, jetzt Eschwege.

Im Versteigerungstermin vom 15. November 1989 ist der Zuschlag aus den Gründen des § 85 a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 1. 12. 1989 **Amtsgericht**

**5325**

3 K 45/89: Das nachfolgend bezeichnete Teileigentum, eingetragen im Teileigentumsgrundbuch von

a) Eschwege, Band 328, Blatt 11 799,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 30/100 (dreißig Hundertstel) an dem Grundstück Gemarkung Eschwege, Flur 53, Flurstück 47/2, Gebäude- und Freifläche, Hindenlangstraße 1 b, Größe 5,38 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem Laden, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 1 sowie dem Sondernutzungsrecht an den im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Pkw-Einstellplätzen,

b) Eschwege, Band 328, Blatt 11 800,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 19/100 (neunzehn Hundertstel) an dem Grundstück Gemarkung Eschwege, Flur 53, Flurstück 47/2, Gebäude- und Freifläche, Hindenlangstraße 1 b, Größe 5,38 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 2 sowie dem Sondernutzungsrecht an den im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Pkw-Einstellplätzen,

soll am Mittwoch, dem 21. März 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3440 Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer Nr. 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Teileigentümer am 27. 9. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

zu a) und b): Axel von Hatten, Stuttgart.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 1. 12. 1989 **Amtsgericht**

**5326**

84 K 96/89: Das im Grundbuch-Bezirk 15 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 49, Blatt 1721, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 49,89/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 178, Flurstück 8, Hof- und Gebäudefläche, Untermainkai 83, Größe 5,31 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 7 des Aufteilungsplans und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 1712 bis 1720, 1722 bis 1724),

soll am Donnerstag, dem 19. April 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 6. 1989 (Versteigerungsvermerk):

Larry William Hockley, Loefftzstraße 2, 8000 München 19.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 192 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 1. 12. 1989 **Amtsgericht, Abt. 84**

**5327**

84 K 106/89: Das im Grundbuch-Bezirk Niederhöhnstadt des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Band 45, Blatt 1537, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Niederhöhnstadt, Flur 7, Flurstück 327/3, Hof- und Gebäudefläche, Langer Weg 7, Größe 3,32 Ar,

soll am Donnerstag, dem 26. April 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 6. 1989 (Versteigerungsvermerk):

Emilie Ibenthal geb. Mücksch, Hamburger Allee 65, 6000 Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 375 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 29. 11. 1989 **Amtsgericht, Abt. 84**

**5328**

84 K 89/89: Das im Grundbuch-Bezirk 38 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 148, Blatt 4998, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, bestehend aus 193,33/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Bezirk 38, Flur 44, Flurstück 46/2, Gebäude- und Freifläche, Schafheckstraße 10, Größe 25,80 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 47 des Aufteilungsplanes und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (eingetragene Blatt 4952 bis 5020) und teilweise in der Veräußerung,

soll am Montag, dem 26. Februar 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 6. 1989 (Versteigerungsvermerk):

Robert Hladek in Hermosa B. (USA).

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 158 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 11. 12. 1989 **Amtsgericht, Abt. 84**

**5329**

K 9/89: Die im Grundbuch von Rodheim, Band 73, Blatt 3316, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rodheim v. d. H., Flur 8, Flurstück 523/4, Hof- und Gebäudefläche, Beethovenstraße 5, Größe 2,04 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Rodheim v. d. H., Flur 8, Flurstück 518/9, Hof- und Gebäudefläche, Beethovenstraße, Größe 0,17 Ar,

lfd. Nr. 3/zu 1, ein Drittel Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Rodheim v. d. H., Flur 8, Flurstück 523/1, Weg, Beethovenstraße, Größe 0,21 Ar,

soll am Donnerstag, dem 8. Februar 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homburger Straße 18, 6360 Friedberg (Hessen), Raum 28, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 3. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hildegard Ortloff geb. Hettlage, geb. 31. Juli 1944, Beethovenstraße 5, 6365 Rosbach 3-Rodheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 8, Nr. 523/4 auf 225 840,— DM,

Flur 8, Nr. 518/9 auf 12 173,— DM,

Flur 8, Nr. 523/1 auf 1 978,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 30. 11. 1989 **Amtsgericht**

**5330**

K 16/88: Das im Grundbuch von Nieder-Florstadt, Band 47, Blatt 2301, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Nieder-Florstadt, Flur 13, Flurstück 236, Gebäude- und Freifläche, Schloßwiesenstraße 11, Größe 6,60 Ar,

soll am Freitag, dem 23. Februar 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homburger Straße 18, 6360 Friedberg (Hessen), Raum 28, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 4. 1988/25. 8. 1989 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Doris Kunkel geb. Ohloff, 6364 Florstadt, — zur Hälfte —,

Christiane Kunkel, 6. 3. 1980, daselbst, — zu einem Viertel —,

Caroline Kunkel, 3. 8. 1981, daselbst, — zu einem Viertel —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

600 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 30. 11. 1989 **Amtsgericht**

**5331**

K 22/89: Das im Grundbuch von Lohne, Band 24, Blatt 755, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lohne, Flur 15, Flurstück 82, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Ziegelhütte 1, Größe 1,47 Ar,

soll am Freitag, dem 23. März 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg 1, Zimmer 15, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 7. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Wulf-Rüdiger und Monika Werner, Dautphetal-Wolfgraben, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

38 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 4. 12. 1989 **Amtsgericht**

**5332**

K 31/88: Der im Grundbuch von Zwesten, Band 56, Blatt 1530, eingetragene 225/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Zwesten,

Flur 3, Flurstück 175/1, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Vor dem Tor (angeblich Nr. 5 B), Größe 9,56 Ar,

Flur 3, Flurstück 174/1, Freifläche, Vor dem Tor, Größe 9,12 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Erdgeschoß (Ziffer BW 2 und Abst. BW 2 des Aufteilungsplanes), soll am Freitag, dem 30. März 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 7. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl-Heinz Hesse, Zwesten.  
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

40 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 4. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5333

5 K 42/89: Das im Grundbuch von Hainzell, Band 18, Blatt 577, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Hainzell, Flur 3, Flurstück 114, Lieg.-B. 386, Gebäude- und Freifläche, Kirchbergstraße 14, Größe 9,11 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. März 1990, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 5. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Maria Born geb. Hornung in Hainzell,
- b) Helmut Born in Fulda,
- c) Alfred Born in Hainzell,
- d) Elisabeth Brell geb. Born in Hainzell, — in Erbengemeinschaft —

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 120 050,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 6. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5334

K 28/89: Das im Grundbuch von Roth, Band 60, Blatt 1935, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Roth, Flur 8, Flurstück 211, Gebäude- und Freifläche, Im Goldberg 19 und 21 und Quellenstraße 6—10, Größe 15,19 Ar,

soll am Mittwoch, dem 21. Februar 1990, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Raum 13, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 4. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Vita Bauträger GmbH, Sitz: Gelnhausen, Stadtteil Roth.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

2 150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 5. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5335

42 K 54/89: Folgender Grundbesitz, eingetragener im Grundbuch von Gießen-Wieseck, Band 127, Blatt 5513,

lfd. Nr. 4, Flur 2, Nr. 296/8, Hof- und Gebäudefläche, Möserstraße 42, Größe 5,16 Ar, soll am Freitag, dem 23. Februar 1990, 13.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, 6300 Gießen, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 6. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Josef Persch, Eisenstraße 36, 6300 Gießen-Wieseck,

b) Günther Persch, Möserstraße 42, 6300 Gießen-Wieseck, — in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

305 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 1. 12. 1989 **Amtsgericht**

Eingetragene Eigentümer am 15. 6. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Josef Persch, Eisenstraße 36, 6300 Gießen-Wieseck,

b) Günther Persch, Möserstraße 42, 6300 Gießen-Wieseck, — in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

305 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 1. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5336

24 K 10/89: Das im Grundbuch von Gernsheim, Band 79, Blatt 3502, eingetragene Grundstück,

BV. lfd. Nr. 1, Gemarkung Gernsheim, Flur 14, Flurstück 123/11, Hof- und Gebäudefläche, Hafenstraße 8, Größe 10,34 Ar, soll am Dienstag, dem 20. Februar 1990, 10.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Europaring 11—13, Raum 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 3. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Reinhard Maerten, Hafenstraße 8, 6084 Gernsheim/Rhein.  
Verkehrswert: 650 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 8. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5337

2 K 42/88: Folgender Grundbesitz, eingetragener im Grundbuch von Bechtheim, Band 19, Blatt 592: 312/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Bechtheim, Flur 28, Flurstück 142, Hof- und Gebäudefläche, Raiffeisenstraße 10, Größe 11,33 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 3 bezeichneten Wohnung nebst Keller Nr. 3,

soll am Dienstag, dem 6. Februar 1990, 9.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 1, 6270 Idstein, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 12. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Walter Seelbach, Raiffeisenstraße 10, 6274 Hünstetten-Bechtheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

310 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein, 4. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5338

7 K 75/89: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Dietzenbach, Band 369, Blatt 12 312, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dietzenbach, Flur 16, Flurstück 420, LB 5520, Hof- und Gebäudefläche, Alfred-Delp-Weg 12, Größe 3,26 Ar,

am Montag, dem 19. Februar 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 8. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- 1. Samieh Girgis,
- 2. Klair Girgis geb. Gebrial, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

497 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 7. 12. 1989

**Amtsgericht**

### 5339

4 K 11/89: Die im Grundbuch von Rüsselsheim, Bezirk Rüsselsheim, Band 132, Blatt 6156, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 1, Flurstück 381, Gebäude- und Freifläche, Marktstraße 29, Größe 6,53 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 1, Flurstück 380, Gebäude- und Freifläche, Marktstraße 29, Größe 5,96 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 8. Februar 1990, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Ludwig-Dörfner-Allee 9, Zimmer 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 4. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Hungsberg, Hofheim-Langenhain, Ute Hungsberg, Rüsselsheim, — je zur Hälfte —.

Der Verkehrswert wurde festgesetzt auf

2 710 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6090 Rüsselsheim, 4. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5340

K 25/89: Das im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 95, Blatt 3790, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Nieder-Roden, Flur 8, Flurstück 1349, Hof- und Gebäudefläche, Magdeburger Straße 4, Größe 8,65 Ar,

soll am Montag, dem 12. Februar 1990, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselstraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 6. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Hans-Joachim Lange, 6200 Wiesbaden,
- b) Anna-Elisabeth Lange, 6054 Rodgau 3, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 8. 12. 1989 **Amtsgericht**

### 5341

3 K 1/88: Folgendes Grundeigentum, eingetragener im Grundbuch von Werdorf (Stadtteil von 6334 Aßlar), Band 95, Blatt 3646,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Werdorf, Flur 22, Flurstück 310, Bauplatz, Schwalbenweg, Größe 9,49 Ar,

— bebaut, Schwalbenweg Nr. 1 —, Wohnhausneubau mit drei Wohnungen und drei Pkw-Garagen,

soll am Donnerstag, dem 8. Februar 1990, 9.00 Uhr, Raum 201, II. Stock, im Gerichtsgebäude B, Wertherstraße 1, 6330 Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 1. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Friedrich Jung und Ingrid Jung geb. Jung, Werdorf, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

550 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 6. 12. 1989 **Amtsgericht**

## Andere Behörden und Körperschaften

### Feststellung und Offenlegung des Jahresabschlusses für das Jahr 1988 des Umlandverbandes Frankfurt – Eigenbetrieb Abfallentsorgung –

- I. Der Verbandstag des Umlandverbandes Frankfurt hat in seiner Sitzung am 7. November 1989 folgenden Beschluß gefaßt, der öffentlich bekanntzumachen ist:
- Der Jahresabschluß des Eigenbetriebes Abfallentsorgung für das Jahr 1988 wird festgestellt.
  - Der im Jahresabschluß für das Jahr 1988 ausgewiesene Gewinn in Höhe von 846 307,77 DM wird wie folgt verwendet:
    - Zuführung zur allgemeinen Rücklage 346 307,77 DM
    - Vortrag auf die neue Rechnung 500 000,— DM

### II. Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers:

„Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebs. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.“

6072 Dreieich, 14. Juni 1989

Schüller mann – Wirtschafts- und Steuerberatung – GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Dipl.-Kfm.  
Horst W. Schüller mann  
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Dipl.-Kfm.  
K. D. Hartmann  
Wirtschaftsprüfer

### III. Öffentliche Auslegung

Der Jahresabschluß und der Lagebericht liegt zur Einsichtnahme vom 8. Januar 1990 bis 12. Januar 1990 sowie vom 15. Januar 1990 bis 16. Januar 1990 in der Geschäftsstelle des Umlandverbandes Frankfurt, Am Hauptbahnhof 18, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 420, während der allgemeinen Bürostunden zwischen 8.00 und 16.00 Uhr öffentlich aus.

6000 Frankfurt am Main, 7. Dezember 1989

Umlandverband Frankfurt  
Der Verbandsausschuß  
Dr. Rautenberg  
Beigeordneter

## Öffentliche Ausschreibungen

FRANKFURT AM MAIN: Von der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), 6000 Frankfurt am Main 75, werden folgende Arbeiten öffentlich ausgeschrieben:

Nr. Ö 414/89: Kommunikationsgebäude, Betonwerksteinarbeiten

Zur Ausführung kommen:

ca. 580 St. Betonwerkstein – Winkelstufen  
ca. 500 m<sup>2</sup> Betonwerkstein für Podeste

Kostenbeteiligung: 30,— DM  
Vorgesehene Ausführungszeit: März bis November 1990  
Submissionstermin: Anfang Februar 1990  
Weitere Auskünfte: Tel. 0 69/5 60 33 21

Nr. Ö 415/89: Kommunikationsgebäude, Gipskartonarbeiten

Zur Ausführung kommen:

ca. 9 000 m<sup>2</sup> Gipsmontagewände  
ca. 400 m<sup>2</sup> Gipsmontagedecken

Kostenbeteiligung: 40,— DM  
Vorgesehene Ausführungszeit: Februar 1990 bis März 1991  
Submissionstermin: Ende Januar 1990  
Weitere Auskünfte: Tel. 0 69/5 60 33 21

Nr. Ö 416/89: Kommunikationsgebäude, Doppelböden

Zur Ausführung kommen:

9 000 m<sup>2</sup> Doppelböden

Kostenbeteiligung: 45,— DM  
Vorgesehene Ausführungszeit: April 1990 bis Februar 1991  
Submissionstermin: Anfang Februar 1990  
Weitere Auskünfte: Tel. 0 69/5 60 33 21

Nr. Ö 417/89: Lager- und Werkstättengebäude, Glasbaustein-Fertigwände

Zur Ausführung kommen:

12 St. Glasbausteinfertigwände, 335 × 373

4 St. dto., 373 × 373

113 St. dto., 355 × 392

37 St. dto., 373 × 392

48 St. dto., 301 × 301

20 St. dto., 201 × 301

6 St. dto., 355 × 373

3 St. dto., 200 × 212

ca. 2 750 m<sup>2</sup> Wärmedämmung d = 80 mm

Kostenbeteiligung: 75,— DM  
Vorgesehene Ausführungszeit: 9. bis 18. KW 1990  
Submissionstermin: Ende Januar 1990  
Weitere Auskünfte: Tel. 0 69/6 90 27 72

Nr. Ö 419/89: Ausbau Zurellwege Rollbahn N, Erdarbeiten

Zur Ausführung kommen:

ca. 160 000 m<sup>3</sup> unbrauchbaren Boden abfahren

ca. 300 000 m<sup>3</sup> Frostschutzkies einbauen

ca. 140 000 m<sup>2</sup> Schottertragschicht einbauen

Kostenbeteiligung: 55,— DM  
Vorgesehene Ausführungszeit: März bis Dezember 1990  
Submissionstermin: Ende Januar 1990  
Weitere Auskünfte: Tel. 0 69/69 07 00 84

Nr. Ö 420/89: Kommunikationsgebäude, Estricharbeiten

Zur Ausführung kommen:

ca. 2 500 m<sup>2</sup> Zementestrich mit Wärmedämmung

Kostenbeteiligung: 45,— DM  
Vorgesehene Ausführungszeit: März bis August 1990  
Submissionstermin: Anfang Februar 1990  
Weitere Auskünfte: Tel. 0 69/5 60 33 21

Schlußtermin für alle Anforderungen: 5. Januar 1990

Zu diesen öffentlichen Ausschreibungen werden die Wettbewerbsunterlagen nach schriftlicher Anforderung auf dem Postweg zugestellt. Der Anforderung — unter Angabe der o. g. entsprechenden Ausschreibungsnummer — ist der Nachweis beizufügen, daß die Kostenbeteiligung auf das Postgirokonto der FAG Nr. 441 27-600 (BLZ 500 100 60) beim Postgiroamt Frankfurt am Main eingezahlt ist.

Die Bieter haben den Angeboten prüfbar Nachweise beizufügen, daß Arbeiten dieser Größenordnung bereits erfolgreich und termingerecht durchgeführt wurden.

6000 Frankfurt am Main 75, 15. Dezember 1989

Flughafen Frankfurt/Main AG  
Abteilung Bau und Anlagen

## Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten. Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

Die DEUTSCHE POSTREKLAME GMBH, Wiesenhüttenstraße 18, 6000 Frankfurt am Main 1, vertreten durch ibb — Ingenieurbüro Prof. Burkhardt GmbH & Co., Schwanthaler Straße 73, 8000 München 2, Tel. 0 89 / 53 26 11, beabsichtigt, für den Neubau der **BBZ — Baubezirkszentrale in Darmstadt**, Pallaswiesenstraße

ca. 15 000 m<sup>3</sup> BRI (Bruttorauminhalt) nach DIN 277  
ca. 4 000 m<sup>2</sup> BGF (Bruttogrundriffsfläche) nach DIN 277  
im Wege einer Ausschreibung mit freihändiger Vergabe folgende Leistungen zu vergeben:

Vergabeeinheit:

Nr. 16/2 — Dachdeckerarbeiten Ziegeldach

500 m<sup>2</sup> Flachdachpfannen

135 m Dachrinnen

60 m Fallrohre

Ausführungszeitraum: Juli/August 1990

Der Kostenbeitrag für die Angebotsunterlagen beträgt: 55,— DM. Die Angebotsunterlagen werden voraussichtlich in der 2. und 3. KW 1990 versandt.

Die Angebotsunterlagen für die genannten Vergabeeinheiten sind bis zum **22. Januar 1990 (Bewerbungsfrist)** schriftlich anzufordern bei: **ibb — Ing.-Büro Prof. Burkhardt, Schwanthaler Straße 73, 8000 München 2.** Der Zahlungsnachweis für den geforderten Kostenbeitrag ist der Anforderung beizulegen. Der Kostenbeitrag ist auf folgendes Konto einzuzahlen: Ing.-Büro Prof. Burkhardt, Postgiroamt München (BLZ 700 100 80) Konto-Nr. 384 781-807 mit dem Vermerk: „BBZ-Baubezirkszentrale Darmstadt, Vergabeeinheit Nr. ...“. Der Betrag wird nicht zurückerstattet.

Die Angebote müssen termingerecht (Bearbeitungszeit jeweils 4 KW) bei **ibb — Ing.-Büro Prof. Burkhardt** eingehen. Es findet keine Bekanntgabe der Ausschreibungsergebnisse statt.

Den Angeboten sind folgende Angaben beizufügen:

1. Anzahl der Beschäftigten bei Angebotsabgabe (Aufgliederung nach Berufsgruppen)
2. Jahresumsatz der letzten fünf Geschäftsjahre
3. Referenzliste mit jeweiliger Auftragssumme und Leistungszeitraum.

8000 München, 18. Dezember 1989

ibb — Ingenieurbüro Prof. Burkhardt GmbH & Co.

## Stellenausschreibungen

### Bei dem Hessischen Forstamt Bad Camberg

ist ab sofort die Stelle eines/einer

### Büroleiters/Büroleiterin

zu besetzen.

Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 9/A 10 BBesG bzw. vergleichbarer Vergütungsgruppe dotiert. Aufstiegsmöglichkeiten sind bei Bewährung gegeben.

#### Anforderungen:

- Abschlußprüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst oder gleichwertiger Befähigungsnachweis
- Fachkenntnisse im Bereich der Forstverwaltung sind erwünscht, jedoch nicht Bedingung
- Selbständige, sorgfältige und zuverlässige Arbeitsweise
- Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck
- Aufgeschlossenheit, Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit, Eigeninitiative, Organisations- und Verhandlungsgeschick

Die Bewerbung von Frauen ist besonders erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Interessenten/innen werden gebeten, ihre Bewerbung bis spätestens 15. Januar 1990 unter Beifügung der üblichen Bewerbungsunterlagen zu richten an das

Regierungspräsidium Gießen, Dezernat 61,  
Postfach 57 20, 6300 Gießen.

### Bei der Stadt Allendorf (Lumda),

Landkreis Gießen, 3600 Einwohner, ist eine Planstelle vergleichbar gehobener Dienst mit einer/einem

## Verwaltungsangestellten/ Beamten/in

zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Gesucht wird eine verantwortungsbewußte, dynamische und selbständig arbeitende Persönlichkeit.

Verwaltungsprüfung II. oder vergleichbarer Kenntnisstand ist Voraussetzung.

Berufserfahrung ist erwünscht.

Kenntnisse im Ordnungs-, Sozial-, Sozialversicherungs- und Personenstandsrecht, im öffentlichen Finanzwesen sowie EDV-Wesen werden erwartet.

Die Befähigung zum Standesbeamten ist von Vorteil bzw. nachzuholen.

Zunächst ist die Besetzung der Stelle für die Dauer von einem Jahr vorgesehen.

Bewerbungen mit Bewerbungsunterlagen üblicher Art sind zu richten an den

Magistrat der Stadt Allendorf (Lumda) — Personalamt —,  
Postfach 20, 6301 Allendorf (Lumda).



### Die kreisangehörige Stadt Dreieich, Kreis Offenbach,

sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen/eine

## Beamten/in des gehobenen Dienstes

für die Position des/r stellvertretenden Amtsleiters/in innerhalb des Bauverwaltungsamtes.

Das Aufgabengebiet umfaßt nachstehende Tätigkeiten:

- Vertretung des Amtsleiters
- Leitung der Abteilung Allgemeine Bauverwaltungsangelegenheiten
- Überwachung aller Angelegenheiten zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
- Erarbeitung von Erschließungsverträgen
- Sachbearbeitung für das Dezernat III — Bauamt — zu Angelegenheiten des Denkmalschutzes und Förderung der Altstadtsanierung
- Mitwirkung bei Planfeststellungsverfahren des Landes und des Bundes

Die Tätigkeiten sind mit Besoldungsgruppe A 11 BBesG bewertet.

Für die Besetzung der Position suchen wir eine/n verantwortungsbewußte/n und entscheidungsfreudige/n Bewerber/in möglichst mit Erfahrung in dem aufgezeigten Aufgabengebiet. Darüber hinaus sollte der/die Bewerber/in über eine allgemeine Verwaltungspraxis verfügen. Neben Eigeninitiative wird Kooperationsbereitschaft erwartet.

Die Stadt Dreieich besteht aus fünf Ortsteilen und hat ca. 40 000 Einwohner. Sie liegt verkehrsgünstig nur wenige Kilometer südlich von Frankfurt am Main und verfügt über eine gute Infrastruktur.

Ihre aussagefähige Bewerbung richten Sie bitte mit den üblichen Unterlagen bis vier Wochen nach Erscheinen der Anzeige an den

Magistrat der Stadt Dreieich — Personalamt —,  
Hauptstraße 15–17, 6072 Dreieich, Tel. 0 61 03 / 60 12 06.

## Beim Regierungspräsidium Kassel, Obere Naturschutzbehörde, sind Anfang 1990 zwei Diplomingenieure/innen (FH)

der Fachrichtung Landespflege

als **Sachbearbeiter/innen** für das Dezernat 67 (öffentlich-rechtliche Planung, Landschaftspflege und Grünordnung) und das Dezernat 68 (Naturschutz und Artenschutz) einzustellen.

Das Aufgabengebiet im Dezernat 67 umfaßt insbesondere die Beurteilung von Eingriffen in Natur und Landschaft, die Erarbeitung von Stellungnahmen zu Bauleitplanungen und Landschaftsplänen sowie die Wahrnehmung von Behördenterminen.

Das Aufgabengebiet im Dezernat 68 umfaßt die Umsetzung von Pflegeplänen für Naturschutzgebiete, die Steuerung und fachliche Prüfung von Investitions- und Renaturierungsprojekten sowie die Mitarbeit im Rahmen des hessischen Vertragsnaturschutzprogrammes.

Erwartet werden gute Fachkenntnisse auf den Gebieten des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Engagement, Verhandlungsgeschick sowie die Bereitschaft zu kooperativer und interdisziplinärer Zusammenarbeit.

Einstellungsvoraussetzung sind neben dem erfolgreichen Abschluß des Fachhochschulstudiums der Fachrichtung Landespflege Berufs- und Verwaltungserfahrung.

Die Beschäftigung erfolgt im Angestelltenverhältnis; Stellen der Vergütungsgruppe IV a BAT stehen zur Verfügung.

Es wird angestrebt, den Anteil weiblicher Bediensteter im hessischen Landesdienst zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind – unter Angabe des jeweiligen Dezernates – bis zum 15. Januar 1990 zu richten an das

**Regierungspräsidium Kassel,  
Abteilung Forsten und Naturschutz,  
Wilhelmshöher Allee 157–159, 3500 Kassel.**

## Technische Hochschule Darmstadt



In der Präsidialverwaltung der Technischen Hochschule Darmstadt ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer/eines

### Mitarbeiterin/ Mitarbeiters (BAT V b oder A 9)

in der Haushalts- und Finanzabteilung

(Kenn-Nr. 208) zu besetzen. Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ist die Einstellung als Beamtin/Beamter möglich.

Das Aufgabengebiet umfaßt schwerpunktmäßig die Umsatzsteuer, die DV-Kaufverträge (BVB-Verträge) und die Exkursionsabrechnungen der Technischen Hochschule.

Die Technische Hochschule Darmstadt strebt eine Erhöhung des Anteils der Frauen am Personal an und fordert deshalb qualifizierte Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen unter Angabe der Kenn-Nr. 208 an den Herrn Präsidenten der Technischen Hochschule Darmstadt, Karolinenplatz 5, 6100 Darmstadt, zu senden.

Die

## stadt Taunusstein

im Rheingau-Taunus-Kreis (rd. 28 000 Einwohner) sucht zum 1. April 1990 für die Bauleitplanung eine/n

### Sachgebietsleiter/in

Gesucht wird ein/e beruflerfahrene/r Dipl.-Ing. (FH, TU, TH) in der Fachrichtung Städtebau/Architektur.

Das Aufgabengebiet umfaßt im wesentlichen die verantwortliche Leitung der Bereiche Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bodenordnung.

Für die Besetzung der Stelle wird eine qualifizierte und verantwortungsfreudige Persönlichkeit mit organisatorischen Fähigkeiten und Verhandlungsgeschick gesucht, die in der Lage ist, die vielseitigen Aufgaben des kommunalen Bauwesens, insbesondere auf dem Gebiet der Stadtplanung und Stadtentwicklung zu erkennen und zu lösen. Engagierte und kooperative Zusammenarbeit werden ebenso erwartet wie die Fähigkeit, Mitarbeiter zu motivieren und zu führen.

Führerschein Klasse 3 ist Bedingung.

Die Stelle ist nach Vergütungsgruppe III BAT bewertet. Aufstiegsmöglichkeit ist gegeben.

Wir bieten einen sicheren Arbeitsplatz mit den üblichen Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte umgehend, spätestens bis 20. Januar 1990, an den

**Magistrat der Stadt Taunusstein – Haupt- und Personalamt –  
Bleidenstadt, Adolfstraße 1 A, 6204 Taunusstein.**

Telefonische Auskünfte unter Tel. (0 61 28) 24 11 16.

## An der Fachhochschule Darmstadt

ist im Fachbereich **Sozial- und Kulturwissenschaften** zum Sommer-Semester 1990 (1. März 1990)

### eine PROFESSUR

– Bes.Gr. C 3 BBesG –

für das Fachgebiet „**Kommunikationswissenschaften**“ zu besetzen.

Der/die Bewerber/in sollte in mindestens zwei der folgenden Bereiche über grundlegende historische und methodische Kenntnisse verfügen und einen weiteren Bereich schwerpunktmäßig in Lehre und Forschung vertreten können:

- Deutsche Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts
- Theatergeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts
- Film
- Fernsehen

Der Aufgabenbereich umfaßt u. a. folgende fächerübergreifende grundlegende Lehrveranstaltungen: Literatur-, Theater- und Filmsoziologie, Massenkommunikationstheorie, praktische Medienwissenschaft, Geschichte und Theorie der Ästhetik und der Gestaltung. – Der Fachbereich erwartet die Bereitschaft zur Mitarbeit an projektorientierten interdisziplinären Lehrveranstaltungen innerhalb des durch den Fachbereich organisierten sozial- und kulturwissenschaftlichen Begleitstudiums.

Die Einstellungsvoraussetzungen ergeben sich aus § 29 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Fachhochschulen im Lande Hessen (FHG) vom 6. Juni 1978 (GVBl. I S. 380) i. d. F. des Art. 4 Nr. 11 des Gesetzes zur Anpassung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 28. Oktober 1987 (GVBl. S. 181).

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis vier Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige erbeten an den

**Rektor der Fachhochschule Darmstadt,  
Schöfferstraße 3, 6100 Darmstadt.**



## Bei der Kreisstadt Homberg (Efze), Schwalm-Eder-Kreis,

ist die Stelle des/der hauptamtlichen

### Bürgermeisters/in

zum 3. Juli 1990 neu zu besetzen. Der bisherige Amtsinhaber scheidet nach 24jähriger Tätigkeit aus Altersgründen aus.

Die Amtszeit beträgt sechs Jahre; Wiederwahl ist möglich. Die Besoldung richtet sich nach A 16 des Bundesbesoldungsgesetzes in Verbindung mit der Hessischen Kommunalbesoldungsordnung.

Die Kreisstadt Homberg (Efze) mit ihren 20 Stadtteilen hat ca. 14 000 Einwohner. In der Stadt befinden sich Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe. Sie hat eine gute Infrastruktur und verfügt über vielfältige Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen und weist ein differenziertes Angebot aller Schulformen auf. Die Stadt Homberg als Mittelzentrum mit einem mittelalterlichen historischen Stadtkern (Marktplatz) ist Sanierungsgebiet und wird im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes gefördert.

Gesucht wird eine tatkräftige, zielbewußte, einsatz- und entscheidungsfreudige Persönlichkeit mit Kooperationsbereitschaft, Einfühlungs- und Durchsetzungsvermögen. Sie soll sich auch auszeichnen durch wirtschaftliches Verständnis, Dynamik, Eigeninitiative und Aufgeschlossenheit gegenüber ökologischen und sozialen Entwicklungen. Der/die Bewerber/in soll die Fähigkeit besitzen, den Kontakt und die bestehende vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, den Vereinen, Verbänden und Institutionen zu pflegen, weiter auszubauen bzw. zu fördern.

Als Bewerber/Bewerberinnen kommen Persönlichkeiten in Betracht, die über Erfahrungen in der Personalführung verfügen und grundlegende Kenntnisse der Kommunalverwaltung und praktische Erfahrungen in der Kommunalpolitik besitzen.

Es wird erwartet, daß der/die Stelleninhaber/in seinen/ihren Wohnsitz in Homberg (Efze) nimmt.

Bewerbungen sind bis zum **20. Januar 1990** mit den üblichen Unterlagen (handschriftlichem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften und lückenlosen Tätigkeitsnachweisen) unter dem Kennwort „**Bürgermeisterwahl**“ im verschlossenen Briefumschlag zu richten an den

**Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses,  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher Krüger,  
Rathaus, Rathausgasse 1, 3588 Homberg (Efze).**

Persönliche Vorstellung nur nach besonderer Einladung.

## STAATSANZEIGER Öffentlicher Anzeiger für das Land Hessen

- Anfragen
- Rückfragen
- Reklamationen



0 61 22/60 71  
Apparat 88

**STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN.** Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz; Redaktion: Telefon 0 61 21 / 3 53-6 74; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter, Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 32, Telex 4186648, auch zuständig für Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil

Postvertriebsstück  
Verlag Kultur und Wissen GmbH  
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt  
1 Y 6432 A

### An der Fachhochschule Darmstadt

ist im Fachbereich **Architektur** zum Sommersemester 1990  
(1. März 1990)

## eine Professur

– Bes.Gr. C 3 BBesG –

für das Fachgebiet **Innenarchitektur** mit Schwerpunkt Baukonstruktion und Projektbetreuung zu besetzen.

Die Einstellungs Voraussetzungen ergeben sich aus § 29 des Gesetzes über die Fachhochschulen im Lande Hessen (FHG) vom 6. Juni 1978 (GVBl. I S. 380) i. d. F. des Art. 4 Nr. 11 des Gesetzes zur Anpassung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 28. Oktober 1987 (GVBl. I S. 181).

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis vier Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige erbeten an den

**Rektor der Fachhochschule Darmstadt,  
Schöffersstraße 3, 6100 Darmstadt.**

### Bei der Gemeinde Emstal, Landkreis Kassel,

ca. 5300 Einwohner, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle des/der

## Leiters/Leiterin des Bauamtes

zu besetzen.

Gesucht wird ein/e **Diplom-Ingenieur/Diplom-Ingenieurin** bzw. ein/e **Beamter/Beamtin des gehobenen technischen Dienstes** mit umfassenden Kenntnissen im Tiefbaubereich (Kanal-, Wasser-, Straßenbau), mit guten Verwaltungskenntnissen, insbesondere auf dem Gebiet des Baurechts, des Straßen- und Beitragsrechts, des Haushaltswesens sowie der VOB/VOL.

Da das Arbeitsgebiet sowohl Ingenieurleistungen als auch Verwaltungsarbeiten beinhaltet, sind Erfahrungen bei einem öffentlichen Arbeitgeber erwünscht, jedoch nicht Voraussetzung.

Selbständiges, verantwortliches Arbeiten wird vorausgesetzt.

Die Einstellung erfolgt als Angestellter nach BAT oder als Beamter/Beamtin des gehobenen technischen Dienstes.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis **15. Januar 1990** erbeten an den

**Gemeindevorstand der Gemeinde Emstal,  
Rathaus, 3501 Emstal.**

des Staatsanzeigers (Formdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen). Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 52 vom 25. Dezember 1989 beträgt 48 Seiten.